

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Verlagsdruck: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 10. November 1904.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Verlagsdruck: Amt IV. Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenbreite oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (steigende) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Tarife für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis pro Nummer 1 Pfennig. Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisklasse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erkaltet täglich außer Montags.

Roosevelt der Sieger.

New York, 8. November. Roosevelt ist mit großer Mehrheit zum Präsidenten gewählt. Parker telegraphierte um 8 1/2 Uhr abends an Roosevelt: „Das Volk hat durch seine Abstimmung Ihre Verwaltung nachdrücklich gebilligt. Ich beglückwünsche Sie.“ Roosevelt sandte darauf an Parker ein Danktelegramm.

Ueber den Ausfall der amerikanischen Wahlen wird gemeldet:

New York, 9. November. Die kühnsten Hoffnungen der Republikaner sind übertroffen. Beim Maryland, wie es den Anschein hat, republikanisch gewählt hat, entfallen auf Roosevelt 325 Wahlmännerstimmen gegen 151 für Parker; letzterer erhielt 4 Wahlmännerstimmen weniger als seinerzeit auf Bryan entfielen; außerhalb des Südens, der geschlossen für Parker stimmte, hat Parker keine Wahlmännerstimmen erhalten. Roosevelts Urwahlmehrheit beträgt etwa 1 Million Stimmen, und die Mehrheit der Republikaner im Repräsentantenhaus liegt von 30 auf mindestens 50 Stimmen. Roosevelt empfing die Wahlberichte im Familien- und Freundeskreise in Gelassenheit.

London, 9. November. Das Reutersche Bureau meldet aus New York von 12 1/2 Uhr nachts: Präsident Roosevelt erließ eine Bekanntmachung, in der er sagt, daß er die ihm vom amerikanischen Volke erwiesene Ehre tief empfinde, die in der Art und Weise enthalten sei, in der das Volk sein Vertrauen zu dem, was er getan oder zu tun versuchte, zum Ausdruck brachte. Roosevelt fügt hinzu, daß er, trotzdem seine erste Amtszeit keine volle gewesen sei, unter keinen Umständen noch einmal als Kandidat für die Präsidentschaft aufzutreten oder noch einmal die Berufung zur Präsidentschaft annehmen würde.

„Daily Mail“ meldet vom 8. November aus New York, die diesmalige Wahlbeteiligung sei die größte in der ganzen Geschichte der Vereinigten Staaten gewesen. Die Zahl der Wähler habe 14 Millionen überstiegen.

Roosevelts Majorität betrug im Staate New York 200 000, in Chicago 50 000 Stimmen.

Sozialistische Stimmen.

Als ein sehr günstiges Zeichen ist es zu deuten, daß unter den Stabellnachrichten, die den Sieg der republikanischen Partei melden, zugleich große sozialistische Stimmenzahlen angeführt werden. So wird gemeldet:

New York, 9. November. Die meisten Deutsch-Amerikaner haben für Roosevelt gestimmt. Die republikanische Mehrheit im Repräsentantenhaus berechnet man auf 75 Stimmen. Die Sozialdemokraten erhielten in der Stadt New York 25 000, im Staate New York 50 000, in Chicago 40 000 und in Milwaukee 17 000 Stimmen.

Unruhen in Colorado.

New York, 8. November. In Cripple Creek (Colorado) verlief die heutige Wahl sehr unruhig. In Goldfields wurden zwei demokratische Wahlmänner von einem republikanischen Hilfs-Sheriff, den sie aus dem Wahlhause wichen, erschossen. In Midway (Colorado) wurde ein demokratischer von einem republikanischen Hilfs-Sheriff tödlich verwundet.

Die feindlichen Brüder.

Die Republikaner haben einen großen Sieg errungen und die Demokraten sind aufs Haupt geschlagen worden. Die Frage, welcher Partei die Führung der politischen Geschäfte des Landes übertragen werden sollte, ist entschieden. War die Entscheidung der Frage wichtig? Hat damit ein Prinzip über das andere den Sieg davongetragen? Sind bestimmte große Forderungen im Kampfe mit einer widerstrebenden Macht unterlegen? Ist ein Kampf zwischen feindlichen Klassen im Staate oder zwischen prinzipiell getrennten Interessengruppen einer Klasse oder zwischen scharfen politischen Gegenfächern für die nächsten vier Jahre zum Austrag gebracht worden?

Nichts von alledem! Die Fragen müssen verneint werden. Freilich, der Deutsche glaubt, „es müsse sich dabei was denken lassen“, wenn er die Worte „Republikaner“ und „Demokraten“ hört; er sucht, er fordert prinzipielle Gegensätze zwischen sich bekämpfenden Parteien und er gewinnt nur langsam das „feine Verständnis“ für amerikanische Politik.

Die beiden alten Parteien kämpfen um die Macht im Staate zur Befriedigung des Ehrgeizes ihrer Führer, zur Erlangung von Aemtern und Vorteilen, zur Bereicherung von Personen, zur Unterdrückung der Arbeitermassen, daß sie sich ungehindert ausbreiten lassen, zum Schutze des Kapitalismus, daß er sich ungehindert entwickeln und ausbreiten kann. Beide Parteien stehen im Dienste der Kapitalisten, deren Gebote sie erfüllen. Die Republikaner halten sich dabei nur an die Großen; die Demokraten liebäugeln mit den Kleinen.

Der Kampf um Prinzipien ist ein Scheingechetz. Es sind die traditionellen Unterschiede, die dem Kampfe eine Unterlage, einen materiellen Hintergrund geben, um nicht die nackte Wirklichkeit, den wüsten Kampf um eine kolossale Beute zu deutlich erscheinen zu lassen. Das Volk urteilt noch nach den alten Formen, die ihren Inhalt längst verloren haben. Es ist lange her, als von großen prinzipiellen Unterschieden mit Recht die Rede war.

Die demokratische Partei ist die ältere. Sie war die mächtige Vertreterin der Sklavhalter, die Partei der Südstaaten. Die republikanische Partei hatte den industriellen Norden für sich und bekämpfte die Sklaverei. Im Jahre 1854 wurde die Partei gegründet aus den Whigs, den Freibodenmännern, und aus Demokraten im Norden, deren wirtschaftliche Interessen sich gegen den Süden richteten. Für die junge, sich stark entwickelnde Industrie im Norden glaubte man den Schutzzoll dringend nötig zu haben; somit wurden die Republikaner Schutzzöllner. Dieselbe Industrie brauchte den „freien“ Lohnarbeiter und eine industrielle Reservearmee, der Sklave wäre lästig gewesen, und der ganze Norden nahm sich der Bewegung für die Sklavenbefreiung an. Für Hölzwerke und für die ruhige Entwicklung war die Einheitsfahne der Union geboten und daher traten die Republikaner stets für die Bundesgewalt gegenüber den Einzelstaaten ein. In allen diesen Dingen hatten sie die Demokraten zu erbitterten Gegnern. Im Süden lagen die Dinge anders. Dort gab es keine nennenswerte Entwicklung einer Industrie. Die Pflanzer mit ihren großen Anlagen für Baumwolle und andere Produkte brauchten die Regier als Sklaven für die Bearbeitung ihrer Felder; sie sahen die Sklaverei als nützlich und notwendig an und betrachteten die Einsprache der Nordstaaten als unerhörten Angriff auf ihre heiligsten Rechte. So sehr der Norden einen Schutzzoll brauchte, so wenig lag dem Süden daran; im Gegenteil verlangten die Demokraten den Freihandel als notwendig für den Absatz ihrer Produkte. Ebenso trat der Süden dafür ein, die Rechte der Einzelstaaten gegen den Bund zu verteidigen. Die Demokraten sahen, wie die wirtschaftliche Entwicklung des Nordens, der mächtig emporblühte, demselben das Uebergewicht in der Bundesgewalt sicherte; sie fühlten sich bedroht und machten Opposition. Es gab immerwährende Meinungen, bis ein gewaltiger Kampf entbrannte, der 500 000 Menschenleben und drei Milliarden Dollar kostete. Das war der Bürgerkrieg von 1861—1864; er zeigte die Riesenkraft der Union und die Ueberlegenheit des Nordens. Die Republikaner waren die Sieger und sind die starke Partei, auf welche sich die Kapitalisten am liebsten stützen, heute noch. Die gesamte Entwicklung der Vereinigten Staaten machte die ehemaligen großen Unterschiede zwischen Republikanern und Demokraten zu einem bloßen Schatten, der von einem schwachen Restchen Wirklichkeit ausgeht. Die Demokraten stücken sich davon ein Mäntelchen zusammen, womit sie paradiereen gehen und sie tragen es je nach dem Winde. Ihr größter Kummer ist, daß sie selten an die große Futterrippe gelangen, und sie blühen deshalb mit stiller Verehrung auf ihren Grover Cleveland, der von 1885 bis 1893 und von 1893—1897 Präsident war.

Man kann Republikaner und Demokraten in irgend einer bestimmten Frage nicht mehr streng auseinanderhalten; überall sind die Grenzen verwischt. Die demokratische Partei ist in der Verfassung begriffen; keine Frage von Bedeutung wird einheitlich behandelt. In der Zollpolitik gehen viele Demokraten mit den Republikanern, die stramm zum Schutzzoll halten. In allen Fragen der inneren und äußeren Politik begegnet die Haltung des einen Teils der demokratischen Partei dem Widerspruch des anderen Teils. Es besteht ein radikaler Flügel unter Bryan und Hearst, und nur widerwillig ordnete sich dieser dem konservativen Flügel unter Cleveland und Parker unter. Die Entwicklung des Kapitalismus verschmilzt die beiden Parteien wieder in eine gemeinsame Partei, die nichts weiter kennt als die Interessen der Kapitalisten des Landes zu vertreten. Die Opposition im Lager der Demokraten wird langsam abgestoßen und mag eine eigene Partei mit neuen Grundfächern bilden, wenn sie sich kräftig genug fühlt. Es ist heute schon ohne eine wirkliche Bedeutung für die Entwicklung im Innern wie nach außen, ob Roosevelt oder Parker gewählt würde. Der Wahlkampf, den beide führten, war eine Komödie, die dem Volke vorgespielt wurde und in welcher das Volk unbewußt den größten Narren machen mußte, soweit es nicht das Spiel durchschaute und für eine Oppositionspartei gegen den alten Humbug eintrat, die der Sozialismus ins Feld stellte. In der modernen Arbeiterbewegung liegt die Hoffnung dieser Partei. Ein gewaltiger Kampf, wie ihn das Neue immer mit dem Alten führen muß, wird entbrennen, aus dem die Partei des Sozialismus als Sieger hervorgehen wird; ihre Kraft wird stetig wachsen, denn sie zieht diese Kraft aus dem Boden der Verhältnisse, die den Untergang ihrer Gegner herbeiführen müssen.

Die ersten Meldungen über die sozialistischen Stimmen bei den Wahlen lassen erkennen, daß höchst erfreuliche Fortschritte erzielt worden sind.

40 000 Stimmen in Chicago!

Bei den Wahlen im Jahre 1900 wurden im ganzen Staate Illinois für den sozialdemokratischen Kandidaten Debs 9687 Stimmen abgegeben und für den Kandidaten der Sozialistischen Arbeiterpartei 1373; das ergibt zusammen 11 060 Stimmen.

Von New York ist man leicht geneigt, mehr zu erwarten, aber 50 000 Stimmen für Debs bedeuten eine Verdreifachung seines Votums vom Jahre 1900, welches 12 869 Stimmen betrug; auf die Sozialistische Arbeiterpartei fielen damals noch 12 622 Stimmen; es bleibt abzuwarten, wie sich diesmal das Verhältnis stellt.

Groß ist auch der Fortschritt in Wisconsin; von Milwaukee allein werden 17 000 Stimmen gemeldet und vor vier Jahren wurden im Staate Wisconsin für Debs 7005 und für die Sozialistische Arbeiterpartei 524 Stimmen abgegeben, zusammen 7619. Mithin ist in Milwaukee allein die Stimmenzahl mehr als verdoppelt worden, die damals im ganzen Staate erzielt wurde.

Diese ersten Meldungen lassen auf weitere große Erfolge in den anderen Staaten schließen.

Demokratischer Kahrenjammer.

New York, 9. November. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Dem Vernehmen nach wird Bryan bald mit Watson, dem Kandidaten der Volkspartei konferieren, um eine Reorganisation der demokratischen Partei auf eine trübselreiche Richtschnur zu planen.

Diese Depesche zeigt, daß der radikale Flügel der demokratischen Partei bereits in hellen Jarn geraten ist darüber, daß er dem konservativen Flügel, der so jämmerlich Fiasko gemacht hat, sich unterordnete. Bryans Aussichten als erste Leuchte der Partei bessern sich wieder.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. November.

Diktatur der Fremdenpolizei.

Bis zur Stunde ist die russische Studentin, Fräulein Veron, nicht freigelassen worden. Eine aus Polizeiquellen gespeiste Korrespondenz erzählt, es handle sich selbstverständlich nicht um Liebedienerei gegen Ausland, sondern um — Anarchistenschutz. Die Festnahme sei erfolgt.

„weil die betreffende Person, zusammen mit einem gleichfalls nicht gemeldeten russischen Studenten, unangemeldet in der Wohnung eines notorischen Anarchisten, eines gewissen Korfunkestein, Aufenthalt genommen hat. Seit dem Eintreffen der Verhafteten in Berlin sind Wochen vergangen, ohne daß sie es für angezeigt sand, sich bei dem zuständigen Behörde vorzustellen. Angesichts dieser Sachlage war die Festnahme der Verdächtigen von Gesichtspunkten des Anarchistenschutzes nicht zu umgehen. Auch die eventuelle Abschiebung der angeblichen Studentin würde auf Grundfänge, die für die Behandlung fremder Anarchisten in Kraft stehen, zurückzuführen sein.“

Danach scheinen im Berliner Polizeipräsidium die strategischen Grundfänge des Admirals Roschdjestwensky zu herrschen. Boote, die sich nicht dem zuständigen Revier vorstellen, werden angehalten. Was sich nicht legitimiert, gilt für den Admiral als Japoneer. Herr Dr. v. Henninger ist ein politischer Roschdjestwensky. Russen, die sich nicht anmelden, gelten als Anarchisten und sind unschädlich zu machen; dieser Roschdjestwensky sieht überall Anarchisten, wie jener Japoneer.

Daß eine Russin unangemeldet — Fräulein Veron war nur auf der Durchreise — sich bei einem deutschen „Anarchisten“, mit dem sie seit langer Zeit befreundet ist, aufhält, genügt, sie festzunehmen. Die Ausländer sind danach tatsächlich in Deutschland so lange vogelfrei, so lange sie nicht so geschick sind, ein kleines Verbrechen zu begehen. Die Polizei wacht eifersüchtig darüber, daß auch diese Russin ihr erhalten bleibt und nicht in die Wächtersphäre der öffentlichen Justiz gerät. Die Polizei hat dem Fräulein Veron ausdrücklich erklärt, sie bedürfe keines Rechtsanwalts, weil sie keiner Straftat verdächtig sei. Keiner Straftat verdächtig zu sein, das bedeutet, der Polizei einen unbegrenzten Anspruch auf ihr Eingreifen zu geben. Wäre die Dame einer Straftat verdächtig, so läme ihre Sache in die Sphäre der Justiz. Weil sie aber das Unglück hat, nichts Strafbares begangen zu haben, darum darf die Polizei sie in die eigene Liebesvolle Behandlung nehmen, die durch keinerlei Rechtsgarantien beschützt ist.

Zu solchem Wahnsinn hat sich das deutsche „Fremdenrecht“ entwickelt. Die Schuldlosigkeit eines Fremden ist ein schlimmeres Verbrechen als selbst der Mord. Die Garantien, die dem Mörder zugesprochen werden müssen, werden dem keines Delikts verdächtigen Fremden entzogen: Hier wird die Polizei zur allmächtigen Herrin, das administrative Verfahren entblößt seine Allgewalt. Das Schreckenswort „Anarchismus“ genügt, um der Polizei einen Freibrief auszustellen für jede Maßregel, die ihr beliebt. Und alles dies geschieht im Unterschied von der Justiz im geheimen Verfahren. Das ist die Russifizierung des deutschen Rechtsstaates! Der Russe ist verurteilt, sein russisches Kleid nach Deutschland mitzuschleppen und in der preussischen Polizei die Rechtsinstitutionen seiner Heimat wiederzufinden. Der Polizei-Absolutismus ist das deutsche Fremdenrecht. Wehe der Nation, die solche Zustände duldet! Der militärische Zusammenbruch Russlands ist in erster Linie verschuldet durch den polizeistaatlichen Patriarchalismus. Man trifft auch die deutsche Wehrkraft in ihrer Wurzel, wenn statt der Entwicklung zum freien demokratischen Rechtsstaat unser Vaterland immer mehr in die Willkür des feudalen Polizeiregiments hineingepreßt wird.

Es gehört zum Wilde des Wiedererwachens der Russendienste, daß auch die Spitzel wieder stärker hervortreten. Selbst die Universitäten, diese „Gelehrtenrepubliken“, die so stolz sind auf ihre Autonomie, werden ganz schamlos von Polizeiagenten überwacht.

Von der Berliner Universität wird uns mitgeteilt: Ein eigenartiger Anblick bot sich am Dienstag im Atrium des Universitäts-Hauptgebäudes dar. An einer Säule dieses überlitheten Versammlungsplatzes und Aussenhofes während der Stundenpausen lehnte ein . . . Herr, der als — — Kriminalbeamter erkannt wurde und zu dem sich in den Nachmittagsstunden ein

zweiter gefellte! Was diese Gestalten im Hause der freien, voraussetzungslosen Wissenschaften wollen, wird man leicht beantworten können, wenn man an die Enthüllungen denkt, die uns die Aufklärungen über die Uebervandung und heimlichste Vespigelung der ausländischen und insbesondere der russischen Kommissitionen gegeben haben, und wenn man im speziellen daran denkt, daß eben jetzt wieder ein Laster preussisch-deutschen Jarendienstes im Polizeigefängnis schmachtet.

Weshalb die Universitätsbehörde um die Anwesenheit jener Spiegel, die doch gar nicht berechtigt sind, die Universität zu besuchen, und bildet sie diese neueste Erscheinung der akademischen Freiheit? Oder hat man sie vielleicht gar, der Sicherheit wegen, um sie zum Aufenthalt in der Universität zu berechtigen, honoris causa immatrikuliert?

Eine Friedensintervention des deutschen Kaisers?

Das „Berliner Tageblatt“ erhält aus Petersburg ein Telegramm, wonach demnächst eine Zusammenkunft zwischen dem Zaren und dem Kaiser Wilhelm stattfinden wird. Dieser Zusammenkunft werde eine große politische Bedeutung beigemessen sein. Das Telegramm lautet:

Ich erlaube mir absolut zuverlässiger Quelle, daß in den nächsten Tagen eine Zusammenkunft zwischen dem Zaren und Kaiser Wilhelm in St. Petersburg stattfinden wird, der man hier in Regierungskreisen große politische Bedeutung beimißt. Der Zar hat vor seiner Abreise dem Hofminister Baron Frederiks und dem Direktor der Kanzlei des Hofministeriums General Mosolow gesagt: „Ich wünsche, daß der Empfang Seiner Majestät Kaiser Wilhelms einen außerordentlichen und allerherzogliichen Charakter trägt, und in dieser Richtung außergewöhnliche Vorbereitungen getroffen werden.“ Wie ich ferner höre, sind außer einer Truppenschau und Jagd keinerlei außergewöhnliche Festlichkeiten geplant, wohl aber spricht man von mancherlei politischen Kombinationen, deren Wichtigkeit schwer zu prüfen ist.

Das „Berliner Tageblatt“ kommentiert das Telegramm seines Berichterstatters selbst dahin, daß die Vermutung nahe liege, daß bei den Verhandlungen zwischen den beiden gekrönten Hauptern der Krieg zwischen Rußland und Japan in erster Linie den Gegenstand der Unterhaltung bilden werde. Kaiser Nikolaus sei wohl nur von der russischen Kriegspartei zum Kriege gedrängt worden, er werde deshalb wahrscheinlich gern den Vorschlag einer friedlichen Schlichtung des so verhängnisvollen Krieges anzunehmen geneigt sein. Eine deutsche Friedensvermittlung werde für Rußland umsoweniger Verlockendes haben, als ja das Deutsche Reich bisher die Neutralität in strittigster Weise beobachtet und genügende Beweise dafür gegeben habe, daß es in keiner Weise die Verlegenheit Rußlands zu eigennütigen Zwecken ausbeuten wolle.

Es bleibt abzuwarten, ob die Nachricht des „Berliner Tageblatts“ und die Interpretation, die das Blatt dieser Nachricht gibt, Bestätigung finden wird. An sich wäre es keineswegs ausgeschlossen, daß sich Rußland nach einer Friedensvermittlung sehnte. Man braucht dabei keineswegs so naiv zu sein wie das „Berliner Tageblatt“, das sich den Anschein gibt, als ob es von der Friedensliebe des Zaren überzeugt sei. Der Krieg in Ostasien hat einen derartigen Verlauf genommen, daß die Sache Rußlands außerordentlich schlecht steht und eine schließliche Niederlage Rußlands wahrscheinlicher ist, als ein russischer Erfolg. Trotz der renommierten Erklärungen der russischen Politiker dürfte man auch in Rußland selbst zu dieser Ueberzeugung gelangt sein. Wenn sich daher für Rußland die Möglichkeit böte, durch eine neutrale und befreundete Macht Friedensverhandlungen angebahnt zu sehen, so dürfte Rußland nur zu gern auf eine derartige Beilegung des Krieges einzugehen bereit sein. Daß andererseits Wilhelm II. die größten Sympathien für das zarische Rußland hegt und die russischen Niederlagen von Herzen beklagt, haben ja seine verschiedenen Kundgebungen bewiesen. An seiner Bereitwilligkeit, Rußland aus seiner üblen Lage zu befreien und einen Friedensschluß zustande zu bringen, bei dem Rußland noch mit einem blauen Auge davon kommt, kann also nicht gezweifelt werden.

So sehr nun auch das sozialistische Proletariat den Krieg prinzipiell verwirft, und so intuitiv Mitleid es mit den Opfern des Jarrismus empfindet, die gegenwärtig auf den mandschurischen Schlachtfeldern verbluten, so wenig wird es sich für eine Friedensvermittlung begeistern können, die die zehnmal verdienten schlimmen Folgen dieses frivol herausgeschworenen Krieges von dem Jarrismus abwenden würden. Für eine Friedensvermittlung würde sich das Proletariat nur dann erwärmen können, wenn Rußlands ostasiatischer Deutepolitik dabei die verdiente Niederlage bereitet würde. Sollte dagegen die Friedensintervention Wilhelm II. auch nur im entferntesten darauf hinauslaufen, Japan abermals um die Erfolge seines opferreichen und ruhmvollen Krieges zu bringen, wie es seinerzeit durch das russisch-französisch-deutsche Eingreifen in den chinesisch-japanischen Krieg um seine kriegerischen Erfolge gebracht wurde, so wäre ein derartiges Eingreifen einer neutralen Macht vom Proletariate entschieden zu verwerfen. Eine solche Friedensvermittlung würde nur als neuer Liebesdienst nicht gegen das russische Volk, sondern gegen den wackelnden Jarrismus empfunden werden. Dem Jarrismus fallen alljährlich in eigenen Lande so viele Opfer, daß selbst die gewaltigsten Blutopfer im ostasiatischen Kriege nicht zu groß sein würden, wenn sie dazu beitragen, den Jarrismus in Rußland zu stürzen und dem russischen Volke die Befreiung von der zarischen Knechte zu bringen!

Nationalistische Bestialität.

Paris, 7. November. (Eig. Ber.) Sybeton steht nicht allein. Sein tüchtiger und kühl berechneter Uebersall auf den Kriegsminister findet die ausdrückliche, teils enthusiastische Billigung der Nationalisten, dieser Partei der „honneten Leute“, der aristokratischen und aristokratischen Welt, der Götter der „echt französischen“ ritterlichen Ueberlieferungen. Jede Klasse hat die Helden, die sie verdient. Die politisch und moralisch auf den Hund gelommene Reaktion bespöttelt sich mit lammballdischem Behagen im Uebereinstimmen des Sybeton.

„Durch die Nationalität zur Bestialität.“ Dieses Wort sieht auch dem französischen Nationalismus von jeher wie angeköpft. Aber seit längerer Zeit hat er seine schöne Seele nicht so unanständig entblößt wie im Falle Sybeton. Die bisherige vollständige Ausschließlichkeit der reaktionären Opposition hat die brutale Draufgängererei ihrer nationalisistischen Deputierten. Das durchbohrende Gefühl der Hoffnungslosigkeit lähmt den „männlichen“ Schwung der Demagogen. Dazu kam die Rücklicht auf die soliden, ehrpuffeligen Bundesgenossen aus dem melinistischen Lager, die aus gutem Grunde die nationalisistische Madamacherei als eine Störung ihrer eigenen falschen Winterarbeit einzudämmen suchten. Jetzt aber — und das ist der symptomatische Wert des Falles Sybeton —, da der Reaktion wieder ein Strahl der Hoffnung zu leuchten

begann, bekamen die Nationalisten von neuem den Mut ihrer beliebten Kampfmethoden.

Indes auch die Bestialität hat ihre Schattierungen. Sie ist faugrob in Drumonts „Libre Parole“ und im Hochforschchen „Zukunftseigent“, wofür letzterer über den Fall Sybeton unter der Spitzmarke berichtet: „Der nationale Säuer geohrfeigt“. Sie ist tüchtig-ironisch in der „Presse“, die meint, es handle sich ja nur um einen ganz winzigen Zwischenschall, um eine ungeduldige Geste, die jedermann einmal machen könne. Sie ist heuchlerisch-lehrhaft in der „Liberté“: Für dieses Blatt war Sybetons Uebereinstimmen eine unvermeidliche Folge „dieses abstoßenden und unheilvollen Wirrwarrs“. Sie ist endlich pathetisch und rachehnaubend im orleanistischen „Soleil“: „Recht viele honnette Leute, recht viele gute Franzosen, geborene Feinde von Gewalttätigkeiten, werden endlich frei aufzutreten, wenn sie erfahren, daß der Desorganisator der nationalen Verteidigung, das feige Werkzeug geheimer Tyrannie, durch die Hand eines braven Mannes die verdiente Züchtigung und Beleidigung bekommen hat.“ Ähnlich spricht sich aus die fromme katholische und monarchistische „Gazette de France“. Der „Figaro“ hat seinerseits dem Sybeton ein nachsichtiges Urteil „des Landes“ versprochen.

Schließlich sei erwähnt, daß auch Dérouté, der im Geruche der „Ritterlichkeit“ steht, sich den unbedingten Bewunderern des nationalisistischen Nausheins angeschlossen hat. In einer Begrüßungsdepesche bezeugt er dem Sybeton, daß dieser sich um die Armee und das Vaterland verdient gemacht habe: „Ich freue mich mit allen guten Franzosen, daß Sie auf dem gemeinen Gesicht des Organisations unserer militärischen Herabwürdigung ein ganzes Régime und ein ganzes System geohrfeigt haben. Was diejenigen betrifft, die Ihnen sagen werden, daß Ihre Gewalttätigkeit das Kabinett gerettet hat, so antworten Sie ihnen getrost, daß sie im Irrtum sind...“

Dieses letztere Urteil von Dérouté ist nur im buchstäblichen Sinne richtig, indem das Kabinett bereits ohne Sybeton in der ersten Abstimmung mit zwei Stimmen Mehrheit gerettet wurde. Aber nur Sybeton hat die Stellung des Ministeriums befestigt und die parlamentarische Lage wenigstens fürs erste zugunsten des Blocs umgestaltet. Die Melinisten und die einschüchteren Merikalen lesen dem auch Sybeton gehörig den Text — wegen der Zweckwidrigkeit seiner „Geste“.

Ein Anzeichen der geänderten Lage sind namentlich die Besuche ehemaliger Mitglieder des Kabinetts Waldeck-Rousseau beim General André, derselben Politiker, die im Vordertreffen des antiministeriellen Kabinetts standen.

Von den unzähligen Sympathie-Kundgebungen, die dem Kriegsminister zuteil werden, sei mitgeteilt die Adresse des Förderkomitees des proletarischen Zivilpersonals der Verwaltungsmagazine des Kriegsministeriums:

„In Erwägung, daß die feige Handlung, deren Opfer General André, der republikanische Kriegsminister, wurde, das Werk der Merikalen Sekte ist, die allein eines solchen Verfahrens fähig ist, — brandmarken die zivilen Arbeiter und Arbeiterinnen der Verwaltungsmagazine das Individuum, das sie verübt hat, entbieten sie dem General André ihre volle Sympathie und laden ihn ein, die Säuberung der Republik von ihren Feinden ohne Schwanken fortzusetzen, denn das Proletariat ist mit ihm für die soziale Republik.“ —

Deutsches Reich.

„Das Schlepptriebs-Monopol auf dem Rhein-Neine-Kanal.“

Der Antrag auf Verstaatlichung des mechanischen Schlepptriebs auf dem Rhein-Neine-Kanal, den das Zentrummitglied des preussischen Abgeordnetenhauses Dr. Am Jahnhoff in der Kanal-Kommission gestellt hat, erweckt in der bürgerlichen Presse heftige Fehde. Das ist durchaus begreiflich, handelt es sich doch im Grunde genommen bei dieser Frage um einen Profitstreit zwischen den nach Besitz und Einkommen maßgebenden Schichten des preussischen Ostens und Westens. Nach hergebrachter Schablone sprechen zwar die um den Kanalbau streitenden Parteien von wirtschaftlichen Volksinteressen; aber jede versteht darunter lediglich die speziellen Erwerbsinteressen ihrer Klientel. Das Projekt des Mittelkanals ist von Jahr zu Jahr in steigendem Maße, je mehr an ihm heruntersinkt worden ist, zu einem reinen Handelsobjekt geworden, um das zwischen den verschiedenen Wirtschaftsgruppen nach allen Kunstregeln der politischen Schachermache gekämpft wird — unter Mitwirkung der Regierung, die, was sie auf geradem Wege nicht zu erreichen vermag, durch allerlei Konzessionen an das ostelbische Junkertum zu erlangen sucht.

Ogleich in diesem Streite die rheinisch-westfälische Großindustrie nicht minder einseitige Profitinteressen vertritt, als der östliche Großgrundbesitz und die schlesische Kohlen- und Hüttenindustrie, spielte erstere bisher doch die Rolle als Vertreterin einer wirklich nationalen Wirtschaftspolitik, da die liberale Presse mit Geschick die egoistischen Motive der rheinisch-westfälischen Industriellen ideologisch zu verbrämen wußte. Diesen Glorienschein, in welchem die Herren Großindustriellen nach außen erstarrten, hat der Antrag des Abgeordneten Am Jahnhoff jämmerlich vernichtet. Es war ein meißerhafter Schlag, als er gleich nach dem Wiederauftritt der Kanal-Kommission die Forderung stellte, der Staat solle zwecks Herstellung eines einheitlich geregelter, eisenbahnmäßig eingerichteten Schlepptriebs und zur Dedung eines Teils des durch die Frachtenentziehung der Staatsbahn erwachsenden Einnahme-Ausfalls den mechanischen Schlepptrieb auf dem Rhein-Neine-Kanal in eigene Regie nehmen. Er bot dadurch der Merikalen und konservativen Landtagsfraktion Gelegenheit, sich als Verfechterin des Allgemeininteresses gegenüber den Sonderinteressen der rheinisch-westfälischen Großindustrie aufzuspielen, und zweitens zwang er letztere, entweder auf einen Teil des vom Kanalbau erhofften Ertrages zu verzichten oder sich, indem sie sich gegen den staatlichen Schlepptrieb erklärten, zu demaskieren und einzugehen, daß es ihr weniger auf „das Kulturwerk des Kanalbaues“, auf „die Verkehrsvereinfachung zum Nutzen der deutschen Volkswirtschaft“ usw., als auf die ungehinderte, möglichst kostenlose Ausnutzung des Kanals in ihrem privatwirtschaftlichen Interesse ankomme. Und diese Absicht ist dem Abgeordneten Am Jahnhoff denn auch prächtig gelungen. Mehrfach haben in den letzten Tagen liberale Blätter erklärt, daß Industrie und Handel kein eigentliches Interesse am Kanalbau mehr hätten, wenn auf ihm das staatliche Schlepptriebsmonopol durchgeführt würde. Dabei gefällt es einem Teil dieser Blätter, den Anschein zu erwecken, als fordere der Antrag nicht nur die staatliche Monopolisierung des gesamten Schlepptriebs, sondern als bedeute er in Wirklichkeit die Verstaatlichung der ganzen Kanal-Schifffahrt. Tatsächlich hat der Abgeordnete Am Jahnhoff nur beantragt, daß der „mechanische Schlepptrieb“, d. h. der mit Dampf- oder Elektrizität arbeitende Schlepptrieb (geplant ist der elektrische Betrieb wie im Teltow-Kanal) dem Staat vorbehalten sein soll. Der mit Menschen- oder Tierkraft arbeitende Schlepptrieb, d. h. der Kleinbetrieb soll nicht vom Staate monopolisiert werden. Dadurch ist der Großindustrie von vornherein die Anwendung des beliebten Trids entzogen worden, das Interesse

des sogenannten „kleinen Mannes“ in den Vordergrund zu schieben und als dessen Sachwalterin aufzutreten.

Wie kaum gesagt zu werden braucht, enthält die Begründung, die der Abgeordnete Am Jahnhoff und die ihm assistierenden Blätter zur Verstaatlichung des Schlepptriebs beibringen, nicht ihre Hauptmotive. Es wäre zu viel behauptet, wollte man die ganze Begründung als Spiegelfechtere bezeichnet; sicherlich ist z. B. der Grund, für die voraussetzliche Mindereinnahme der Bahnen in den Kanal-districten müsse ein Einnahme-Ersatz geschaffen werden, ernst gemeint. Aber dieses Motiv kommt erst in zweiter, dritter Reihe. Der Hauptgrund ist für das Zentrum und die Konservativen, daß die Regierung die Macht erhält, für die von auswärts importierten landwirtschaftlichen Produkte die Kanal- und Schlepptriebsgebühren eventuell so hoch zu schrauben, daß die Transportkosten auf dem Kanal sich nicht viel niedriger stellen als die Eisenbahn-Frachtkosten. Bekanntlich werden in der Kanalvorlage der Regierung drei verschiedene Gebührentarife für die Benutzung des Kanals vorgeschlagen. Auf dem Rhein-Dortmund-Kanal sollen pro Tonnenkilometer in der ersten Güterklasse 2, in der zweiten 1 1/2, in der dritten 1 Pfennig erhoben werden, auf der Strecke Webergem-Hannover 1, 1/2 und 1/2 Pfennig. Schon diese Verschiedenheit erlaubt der Regierung, einen gewissen Einfluß auf den Transport auszuüben. Zweifellos wird sie, wenn der Kanal gebaut wird, die landwirtschaftlichen Produkte in die höchste, Kohlen und Eisen in die niedrigste Güterklasse einreihen. Aber dieser Einfluß genügt den Konservativen und dem Zentrum nicht, die Regierung soll auch durch eine verschiedene Abstufung der Schlepptriebspreise die Transportkosten erhöhen oder erniedrigen können. Offen gab das der Abg. Am Jahnhoff am Dienstag in der Kanal-Kommission selbst zu, indem er meinte, dem Auslande gegenüber könnten die Tarife wie ein Schutzoll wirken. Es liege sich allerdings auch mit den Kanalgebühren viel machen; aber bei diesen ließen sich keine Ruancierungen vornehmen, da man nur drei Klassen habe. Viel wirksamer sei die Tarifgestaltung, wenn die Schlepptriebsgebühren hinzukämen.

Und von der preussischen Regierung ist sicherlich kaum zu erhoffen, daß sie die Wünsche der Agrarier nicht möglichst zu erfüllen trachten wird. Und ferner wird sie sich sicher bemühen, aus dem Schlepptriebs reiche Ueberflüsse für den Fiskus herauszuwirtschaften. Aber trotz dieser Bedenken halten wir es für verfehlt, wenn einige Parteiblätter geneigt zu sein scheinen, für den privaten gegen den staatlichen Schlepptrieb einzutreten. Was würde die Folge sein, wenn der Schlepptrieb dem Belieben privater Geschäftstriebe überlassen bliebe? Dann würden die großen Zechen und Hüttenwerke teils selbst schleppen, teils mit Schlepptriebsgesellschaften günstige Verträge abschließen; die Kostenersparnis bei dem Transport würde aber nicht den Konsumenten zufließen, sondern den großen kartellierten Werken, für deren Produkte die Syndikate die Preise festlegen. Der vom Staat erbaute Kanal würde lediglich den Profit der heute schon beträchtliche Ueberflüsse erzielenden rheinisch-westfälischen Kohlen- und Eisenindustrie steigern. Der Vorgang, der jüngst in der Offenbacher Handelskammer zur Sprache kam, würde sich auf dem Rhein-Neine-Kanal wiederholen. Das Kohlen-syndikat bezw. das Kohlenkontor würden die Kohlenpreise in den verschiedenen Lagerplätzen am Kanal keineswegs erniedrigen und die Frachtersparnis als Extra-Kartellgewinn einstecken. Außerdem vermag aber der private Schlepptrieb unter den Verhältnissen, mit denen zu rechnen ist, nicht jene gleichmäßige Beförderung zu leisten, wie der Staatsbetrieb. Wie schon gesagt wurde, würden die gewerkschaftlichen und Hüttenwerksvereine teils selbst Schlepper anschaffen, teils mit den Schlepptriebsgesellschaften Vorzugsverträge abschließen. Die Folge wäre, daß in Zeiten starken Güterandrangs die anderen Waren zurückstehen müßten. Zudem ist mit ziemlicher Sicherheit darauf zu rechnen, daß die Einnahmen der Eisenbahnen in den Kanalgebieten wenigstens zunächst abnehmen werden, und dieser Ausfall muß wieder eingebracht werden, wenn nicht durch die Einnahmen aus dem Schlepptrieb, dann durch Steuererhöhungen.

Dem Bericht über die Dienstags-Sitzung der Kanal-Kommission in gestriger Nummer ist noch nachzutragen, daß schließlich nach langer Debatte der Antrag des Abg. Am Jahnhoff betreffend die Verstaatlichung des staatlichen Schlepptriebs mit 17 Stimmen angenommen wurde.

Gestern tagte die Kanal-Kommission in geheimer Sitzung. Zur Beratung stand die Frage der Abgabenerhebung auf den regulierten Strömen in Verbindung mit der Resolution Am Jahnhoff: „Die Einführung von Gebühren zum Ausgleich für die Kosten der Verbesserung und Unterhaltung der natürlichen Dampfschiffahrtstragen in die Wege zu leiten.“

Aus dem Württembergischen Landtag.

Stuttgart, 9. Nov. (Privattelegramm.)

Seit Sonnabend ist der Landtag wieder tätig. Bei der Konstituierung des Präsidiums und der Kommissionen gelang es unserer Fraktion, nach einer weiteren Kommission Vertretung zu erlangen. Unsere sämtlichen Abgeordneten sind jetzt Kommissionsmitglieder inne, einige sogar in den näheren Kommissionen.

Am Montag trat der Landtag in die Beratung der neuen Gemeinde-Ordnung ein. Im Abschnitt 1 des Entwurfes wird die persönliche Grundbesitz der Gemeinde behandelt. Hier beantragten unsere Parteigenossen, die vom Entwurf vorgezeichnete Bürgergemeinde, welche den Grad der Gemeindegliederung festsetzt, und dadurch insbesondere die Arbeiter vom Wahlrecht fernhält, durch die Einwohnergemeinde zu ersetzen. Nach ihrem Antrag soll das Bürgerrecht ohne weiteres jedem männlichen Einwohner zufließen, welcher Angehöriger des Deutschen Reiches ist, das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat, seit einem Jahre im Gemeindegeld seinen Wohnsitz hat. Ferner werden ledigen oder verwitweten weiblichen Einwohner, auf welchen diese Voraussetzungen zutreffen. Mit diesem Bürgerrecht soll dann ohne weiteres das aktive und passive Wahlrecht verknüpft sein. Diese Anträge kamen in der Dienstags-Sitzung zur Verhandlung und wurden vom Genossen Taucher begründet, der besonders den Grundgedanke betonte, daß gleiche Pflichten und gleiche Rechte gegenüberstehen müssen. Man nimmt jedem in einer Gemeinde zugehörigen Mann sofort Steuern ab, folglich müsse man ihm auch das Recht der Mitbestimmung in Gemeindegeldangelegenheiten geben. Heute habe aber speziell unter der arbeitenden Bevölkerung eine solche Fluktuation platzgegriffen, daß die dreijährige Karenzzeit, nach der das Bürgerrecht erst gegen hohe Gebühr erworben werden konnte, viel zu hoch sei.

Die gegenwärtigen Parteien machten sich die Entgegnung auf unsere Anträge ungeheuer leicht. Sie führten aus: Wer ein Interesse an der Gemeinde habe, dürfe die Gebühr für die Erwerbung des Bürgerrechts nicht scheuen. Wenn der Arbeiter an die Organisationen Beiträge zahle, so könne er auch für das Gemeindegeld etwas zahlen. Außerdem wurden dann billige Witze darüber gemacht, daß unser Antrag nur den ledigen und verwitweten Frauen das Wahlrecht geben solle.

Es war unserem Genossen Hildenbrand eine Kleinigkeit, solche und ähnliche untergeordnete Argumente zu bekämpfen. Bezüglich des Frauenwahlrechts sollte unser Antrag den bürgerlichen Parteien nur den ersten Schritt ersichtlichen, indem er das Wahlrecht zuerst den wirtschaftlich selbständigen und steuerzahlenden Frauen zukommen läßt, wie es die bürgerlichen Parteien schon bei den Wahlen zu den Handelskammern gegeben haben. Wenn sie dem Antrag dennoch nicht zustimmten, so ist ein Vorwurf nicht gegen unsere Inkonsequenz zu erheben, sondern gegen die Gegner, welche

dem Frauenwahlrecht platonische Versprechungen machen, ohne sich um seine Verwirklichung zu bemühen. Hatte doch der konservative Kraut geagt: Das Frauenwahlrecht werde ja bestimmt einmal kommen, das glaube auch er, aber man solle der Sozialdemokratie bei Errichtung des Zukunftsstaates auch noch etwas zu tun übrig lassen. Dies sollte vermutlich ein Witz sein, ist aber nur die Waise einer politischen Unrechlichkeit. Wenn des Weiteren die *W o l l s p a t t e i* bereit war, die Bürgerrechtsgesetze von 5 auf 2 Mark herabzusetzen, so hätte sie es ebensogut auch völlig aufheben können. Denn dies schließlich nicht geschah und unsere Anträge mit allen gegen unsere Stimmen und die eines Demokraten abgelehnt wurden, so beweist dies, daß man den wachsenden Einfluß der Arbeiterpartei auf die Gemeindevorkontrollen fürchtet und daß alle politischen Grundzüge der bürgerlichen Parteien über das gleiche Recht aller Staatsbürger an dem Punkt in die Brüche gehen, wo ihre Klasseninteressen gefährdet erscheinen.

Das Reichsgericht über „Doppel“-Wahlen.

Der Maurer *L e o n h a r d t* war vom Landgericht in Leipzig zu drei Tagen Gefängnis verurteilt worden, weil er bei den letzten Reichstagswahlen — er war an zwei Orten, in Reudnitz und Dahlen, rechtmäßig in die Wählerliste eingetragen worden — in der Hauptwahl in Reudnitz (Leipzig-Land), in der Stichwahl in Dahlen gewählt hatte.

Ueber seine Revision entschied am Dienstag der vierte Strafsenat des Reichsgerichts. Sein Verteidiger, der Reichstags-Abgeordnete Dr. Herzfeld aus Berlin, der selbst wegen eines gleichen Falles verurteilt worden ist (über seine eigene Revision hat das Reichsgericht noch nicht entschieden), führte folgendes aus: Es fragt sich, ob die Stichwahl selbständiger Rechtsakt ist oder nur die Fortsetzung der Hauptwahl. Der § 7 mit § 8 zusammen ergibt das erstere. § 8 bestimmt nur die örtliche Zuständigkeit der Wahlbezirke, aber nicht, daß jeder Wähler nur einen Mann wählen dürfe. § 7 spricht nur davon, daß innerhalb eines Wahlkreises nur ein Ort zuständig ist. Bei einer Wahl ist es natürlich auch nicht zulässig, daß in Leipzig und in Dahlen zugleich gewählt wird. § 8 gibt die Lösung. Die Regierung hatte permanente Wahllisten vorgeschlagen, es ist dafür aber nicht permanente gesetzt worden. Auf Veranlassung des Abgeordneten Wöhe ist bestimmt worden, daß bei Stichwahlen neue Listen aufgestellt werden. Daraus folgt, daß die Stichwahl eine selbständige Handlung ist. § 29 des Wahlreglements bekräftigt dies: Die Hauptwahl ordnet der Kaiser an, die Stichwahl der Wahlvorsteher. Die Hauptwahl schließt mit dem Wahltage ab. § 34 des Wahlreglements hat noch deutlichere Bestimmungen getroffen. Er stellt die allgemeine Wahl als einen besonderen Rechtsakt hin, von dem aus die einjährige Frist berechnet wird, nach welcher eventuell neue Listen aufgestellt werden müssen. Die Frage ist sehr verwickelt, deren Lösung durchaus nicht auf der Hand liegt und über die der Reichstag noch keine Entscheidung getroffen hat. Die Unterstellung, daß der Angeklagte gewählt habe, er dürfe bei der Stichwahl in Dahlen nicht wählen, ist doch nicht durchschlagend. Das Urteil des dritten Strafsenats vom 11. Juli gegen Eberhardt in Erfurt ist ganz irrig und widerspricht einer früheren Entscheidung. Die Entscheidungen treffen nur Fälle, die sich auf die ähnelnde Wahlhandlung, aber nicht auf das materielle Wahlrecht beziehen. Auch der § 108 des Gesetzes will nur die äußere Wahlhandlung schützen, nicht das materielle Wahlrecht. Die Ausübung des Wahlrechts ist nicht möglich ohne die Hilfe des Wahlvorstehers, der den Zettel einlegt. Daher ist der Wahlvorsteher Mittäter oder Gehülfe. Das wäre die Konsequenz. Ueber die Wahlberechtigung hat nur der Reichstag zu entscheiden.

Der Reichsanwalt führte dagegen folgendes aus: Dieser Fall liegt völlig gleich dem, der am 11. Juli den dritten Strafsenat beschäftigte. Nur hatte der damalige Angeklagte an demselben Tage in zwei Wahlkreisen gewählt. Die Stichwahl entbehrt jedes selbständigen Charakters und ist nur eine Fortsetzung der Hauptwahl. Die Stichwahl ist nur die Beendigung der Hauptwahl, welche vorläufig ohne Ergebnis war. Es gehört aber zum Wesen der Wahl, daß jemand gewählt wird. § 108 will auch eine materiell unrichtige Verbeiführung eines Wahlergebnisses bestrafen. Es ist nicht einzusehen, weshalb der Gesetzgeber die materielle Wahl nicht schützen wollte, wenn er die äußere schützte. Durch den Artikel von Drenkmann aus dem Jahre 1889, der eine bezügliche Schwäche des preussischen Gesetzes aufdeckte, war der Gesetzgeber darauf hingewiesen, diesen Fehler nicht aufzunehmen. Der Wahlvorsteher kann sich nicht strafbar machen, wenn er dem Gesetze gehorcht und den Zettel unerschrocken annimmt. Ebenjowenig wird ein Richter, der einen Meineid abnimmt, Gehülfe bei Begehung des Meineides. Daß das Gesetz nicht die Wahl an zwei Orten verbietet, wie der Verteidiger behauptet, bedarf wohl keiner Widerlegung. Das Gesetz verbietet direkt eine Wahl an zwei Orten.

Das Reichsgericht schloß sich im wesentlichen den Ausführungen des Reichsanwalts an und erkannte auf Verwerfung der Revision.

Staatsgefährliche Schuhmacher!

Aus München wird uns in Ergänzung des gestrigen Telegramms geschrieben:

Unter der hiesigen Schuhmannschaft herrscht schon seit einigen Jahren in bezug auf die Behandlung durch die Vorgesetzten, ungedehte Dienstverteilung und sonstige traffe Mißstände starke Erbitterung. Es wurden schon verschiedene Petitionen an den Landtag gebracht, die darin niedergelegten Wünsche und Beschwerden u. a. von unseren Genossen vertreten, der Minister v. Zeilisch versicherte den Schuhleuten sein „Wohlvollen“, versprach die Mißstände, soweit möglich, zu beseitigen und den Dienst möglichst zu erleichtern — aber geschehen ist bisher nichts. Der Herr Postzeiminister trägt sein schon sprichwörtlich gewordenes berühmtes „Wohlvollen“ wohlverwahrt unter dem Brustflak.

Neuerdings wurde angeordnet, daß die verheirateten Schuhleute, die abends von 7—10 und 10—1 Uhr Patronen zu machen haben, nicht mehr zu Hause, sondern auf der Station schlafen müssen. Das schlug dem Fuß den Boden aus, weshalb sie für gestern nachmittag nach der Thomasbräuerei eine Versammlung einberiefen, um sich wie die Postbediensteten, Eisenbahner usw. zu organisieren. Der Polizeimajor Seufferheld hatte den Schuhleuten jedoch „nahegelegt“, der Versammlung fernzubleiben und alle, die auch nur im entferntesten „unruhig“ waren, erhielten für gestern nachmittag Dienst. Aber dennoch war die Versammlung von etwa 60 Schuhleuten besucht. Als man sich ansah, die Mißstände zu besprechen und Mittel und Wege vorschlagen wollte, wie diese am besten beseitigt werden könnten, erschien ein Wachtmeister, der den Schuhleuten plausibel machen wollte, daß es sich hier um eine nicht angemeldete Versammlung handele. Und bevor die Schuhleute auch nur eine Antwort geben konnten, erschien auch schon ein Polizeikommissar und erklärte die Versammlung im Namen des Gesetzes für aufgelöst, der Ausgang wurde versperrt und sämtliche Teilnehmer wurden notiert!

Mit dieser Aktion hat sich die Postzeidirektion wieder einmal unsterblich blamiert, denn erstens handelte es sich nicht um eine „Versammlung“, in der öffentliche Angelegenheiten erörtert wurden, sondern um eine Vorbesprechung zur Gründung einer wirtschaftlichen Vereinigung zwecks Wahrung von Berufsinteressen, und zweitens ist das Institut der Münchener Schuhmannschaft, wenn auch militärisch organisiert, ein Zivil-Institut und können zweifellos auch die Schuhleute wie die Post- und Eisenbahnbefriedigten von dem gesetzlich gewährtesten Koalitionsrecht Gebrauch machen.

Auf alle Fälle ist der Zuzug von Schuhleuten nach München fernzuhalten. Arbeiterfreundliche — pardon — schuhmannfreundliche Blätter werden um Nachdruck gebeten!

Die Abberufung Oberst Leutweins

wird nach einer Meldung des „Tag“ in Berliner Kolonialkreisen als nahe bevorstehend bezeichnet. Vor kurzem wurde bekanntlich diese schon mehrfach aufgetauchte Nachricht noch energisch demontiert.

Vor einiger Zeit kündigte der südafrikanische Berichterstatter des „Lokal-Anzeiger“ an, daß eine Abberufung des Oberst Leutwein eine Erhebung der sämtlichen Hottentottenstämme zur Folge haben werde. Nun ist diese Erhebung bereits eingetreten, ehe Oberst Leutwein abberufen worden ist. Es wäre aber trotzdem keineswegs ausgeschlossen, daß auch diejenigen Stämme, welche sich bisher dem Aufstand der Witbois nicht angeschlossen haben, ebenfalls rebellieren würden, wenn Oberst Leutwein abberufen wird.

Nach einer Meldung der „Deutsch-Südwestafrikanischen Zeitung“ hat sich ein Hererotrupp bereits ergeben. Salatiel, ein Sohn des Kapitäns Kappagambi, hat mit 60 Mann die Waffen gestreckt. Hoffentlich gewährt man diesen Hereros *V a r d o n*, namentlich da Salatiel sich nur gegenwärtig dem Aufstande angeschlossen haben soll. Von der Behandlung dieses Trupps und derjenigen Abteilungen, die sich in der nächsten Zeit ergeben werden, wird es ja abhängen, ob die Hereros in ihrer Mehrheit die Waffen strecken oder den Kampf in verzweifelterm Widerstand bis zu ihrer Aufreibung fortsetzen werden. Wichtig wäre es allerdings, endlich mit den Hereros in Verhandlungen einzutreten und ihnen gegen Auslieferung der Waffen *G e n e r a l p a r d o n* zuzufichern.

Die „Kölnische Zeitung“ läßt sich aus Berlin vom 9. November melden: Aus zeitlichen Gründen wird eine einheitliche Verrechnung der Kosten für die Niederwerfung der aufständischen Bewegung in Deutsch-Südwestafrika nicht erfolgen können. Sie würde auch nicht den Grundzügen unserer finanziellen Verwaltung entsprechen. Die Kosten werden zum Teil in Nachtrags-Etat, zum Teil in ordentlichen Etat für 1905 erscheinen. In den bisherigen, bereits genehmigten Nachtrags-Etat von 1903 und 1904 sind die Kosten des Krieges gegen die Bondelzwarts, die der ersten Monate des Kampfes gegen die Hereros, sowie die Entschädigung von zwei Millionen Mark für die Anfechtung entfallen. Für die seitdem fortlaufend im Etatsjahr 1904 entstehenden Kosten wird zunächst ein weiterer noch zu genehmigender Nachtrags-Etat für 1904 in Höhe von rund 80 Millionen vorgelegt werden. Ab dann werden in den ordentlichen Etat für 1905 die vorausgehenden Kosten für größere Unternehmungen und Truppenmengen unter der Rubrik einmalige Ausgaben gestellt werden.

Diese Mitteilungen der „Köln. Zeitung“ beschäftigen nur die Ausführungen des „Hannov. Kuriers“. Um die Riesenausgaben für den Herero-Feldzug nach Möglichkeit zu verkleinern, soll der größte Teil der Ausgaben im ordentlichen Etat für 1905 gebucht werden. Trotzdem wird ein außerordentlicher Nachtrags-Etat in der Höhe von ca. 80 Millionen nötig sein, um den Betrag für die Ausgaben des Jahres 1904 zu decken! Das ganze Abenteuer wird mit 2—300 Millionen nicht zu hoch veranschlagt sein!

Berlin, 9. November. An Typhus gestorben: Reiter August *B a h l a w e l*, geboren 1. 8. 80, am 4. 11. 04 in Ojsofodu; Seesoldat *M i r i c h*, geboren 5. 11. 83, am 6. 11. 04 in Ojsofodu; Reiter *G e i n r i c h J o r d a n s*, geboren 5. 8. 88, am 6. 11. 04 in Ojsofodu an Blutvergiftung gestorben; Kriegsveteran Boer *R i t t a s S w a r t*, am 31. 10. 04 bei Schifameelbaum gefallen.

Unruhen in Kamerun.

Eine amtliche Meldung lautet: Berlin, 9. November. Die infolge der Zeitungsnachrichten über Unruhen im Gebiet der Station *V a m e n d a* beim Gouverneur in Kamerun eingezogenen telegraphischen Erkundigungen haben ergeben, daß die Unruhen ruhig sind, dagegen in der Nähe von *B a b a d j u* lokale Unruhen aus Anlaß des unter Leutnant von *P u t t l i c h* stattfindenden Wegebauens entstanden waren. Bei einem am 18. September stattgehabten Gefecht verlor der Gegner seinen Häuptling und 30 Tote, während auf unserer Seite keine Verluste zu verzeichnen waren. Der neue Häuptling hat auf der Station *V a m e n d a* seine Unterwerfung angeboten. Nach übereinstimmender Ansicht des stellvertretenden Gouverneurs und des Truppenkommandeurs bietet die Lage keinen Anlaß zur Unruhen. In der Nähe von *B a b a d j u* sind genügende Streitkräfte vorhanden, um die den Aufständischen auferlegten Strafbedingungen durchzuführen.

Hoffentlich findet die Auffassung des Gouverneurs und des Truppenkommandeurs über die Lage ihre Bestätigung. Um aber späteren Unruhen vorzubeugen, wäre es dringend nötig, eingehende Untersuchungen über die Ursachen der Erhebung anzustellen. Dadurch, daß man einen Aufstand blutig niederkämpft, hat man die Gefahr späterer Aufstände noch keineswegs beseitigt. Gerade der Hereros- und Hottentottenaufstand sollten die Regierung veranlassen, von dem bisherigen System der terroristischen Niederwerfung abzugehen und lieber Einrichtungen zu treffen, durch die die berechtigten Anzufriedenheit der Eingeborenen beseitigt wird. Läßt die deutsche Regierung es in unseren Kolonien in dem bisherigen Eselndrian weiter gehen, so wäre es durchaus nicht ausgeschlossen, daß der südwestafrikanische Aufstand auch in unseren anderen Kolonien eine Wiederholung finden könnte.

Ausland.

Zum russisch-englischen Konflikt.

London, 7. November. Mittwoch ist Lord *M a y o r s D a y*: der Tag der Einführung des neuen City-Oberbürgermeisters in sein Amt. Abends findet, wie gewöhnlich, ein Bankett in der Guildhall statt. Der Hauptredner des Abends ist gewöhnlich der jeweilige Premierminister und seine Rede gibt der äußeren Politik. Da Mr. *B a l f o u r* infolge der Aufregung über den russisch-englischen Konflikt an Wadenkrampf erkrankt ist, wird diesmal Lord *L a n s d o w n e*, der Staatssekretär des Aeußern, die Bankett-Rede halten.

Jrgend welche wichtige Erklärungen dürften von ihm kaum zu erwarten sein. Der russisch-englische Konflikt ist bereits sub judice, und über Prozesse, die in richterlichen Händen sind, werden in England keine polemischen Ansichten geäußert. Zudem ist sich fast jeder denkende Engländer darüber klar, daß seine Diplomaten entweder täpiert worden sind oder untapfer gehandelt haben. Die heute veröffentlichten sechs Punkte des russisch-englischen Abkommens hätten ohne alle Aufregung und ohne jede Entfaltung der britischen Seemacht zustande kommen können. Die Haltung der englischen Regierung ist rätselhaft und kann nur folgende Erklärung haben: entweder hat sie das Selbstvertrauen in die Kraft der Nation verloren, oder sie spart die Energien der Nation für den Kampf gegen das maritime rüstende Deutschland. Wie an dieser Stelle des öfteren ausgeführt wurde, ist die Ansicht, daß Deutschland der wirkliche Feind Englands sei, fast zum Axiom der öffentlichen Meinung Englands geworden. Aber diese Ansicht ist unvollständig. Deutschland könnte vielleicht den Briten gefährlich werden, wenn ihnen gleichzeitig ein starkes Rußland gegenüberstände. Die deutsche Flotte vereint mit der russischen, wie letztere vor dem ostasiatischen Kriege aus sah und wie sie noch durch die Flotte des Schwarzen Meeres hätte verstärkt werden können, wären in stande, die britische Flotte in Schach zu halten, während russisch-deutsche Regimenter mit der transafrikanischen Eisenbahn gegen Indien geworfen werden. Also: Deutschland könnte den Briten nur dann ge-

fährlich werden, wenn mit einem starken Rußland bereinigt. Die deutsche Gefahr könnte England deshalb am besten bannen durch eine Niederhaltung Rußlands. Denn der Dreibund kommt bei weltpolitischen Fragen gar nicht in Betracht. Der Dreibund sollte nur für Deutschlands kontinentaler Sicherheit dienen. Für Deutschland in der Weltpolitik kommt entweder Rußland oder England als Bundesgenosse in Betracht. Diese Erwägung ist selbstredend den britischen Politikern wohl bekannt, und nicht minder der französischen Diplomatie, die deshalb sehr geschickt arbeitet, indem sie sich die Allianz Rußlands und die Freundschaft Englands erhalten will. Und tatsächlich hat der russisch-englische Nordsee-Konflikt nirgends ein so promptes und tiefes Verständnis gefunden wie bei den Franzosen.

Aber vom rein englischen Standpunkt betrachtet, scheint mir die deutsche Gefahr in England ungehörlich ausgebeutet zu werden. Und es ist zweifelhaft, ob die britische Diplomatie wirklich in dem Maße an diese Gefahr glaubt, wie sie an die Hand gemalt wird.

Wenn Ausdruck des russisch-englischen Nordsee-Konflikts ist in England von der deutschen Gefahr gar keine Rede gewesen. Die Nation war fast einstimmig bereit, ihren maritimen Traditionen gemäß zu handeln und das Verbrechen der russischen Flotte blutig zu ahnden. Allein die Regierung zauderte und die Russen nutzten dieses Zaudern aus, indem sie die deutsche Gefahr heraufbeschworen. Die untapfere Haltung der englischen Regierung hatte einen ganz anderen Grund. Ich bin überzeugt, daß der Grund dieses Zauderns nicht in diplomatischen Erwägungen zu suchen ist, sondern in dem mangelnden Selbstvertrauen in die nationale Energie. Die Konservativen sind klug genug, diesen Punkt nicht zu berühren. Die Liberalen verdeden diese Schwäche durch ihre Haager Konferenzen und ihre Friedenshymnen; dennoch konnte eines ihrer besten und maßgebendsten Organe im Sprechenden des Konflikts sich nicht enthalten, das Geheimnis auszuplaudern. Ich meine die „*W e s t m i n s t e r G a z e t t e*“, die das beste Abendblatt der englischen Mittelklassen ist. Am 25. November schrieb sie in ihrem Leitartikel: „Kein Engländer ist in stande, leichtem Herzens an einen Krieg mit Rußland zu denken. Wir würden den größten Irrtum begehen, wollten wir aus den Vorgängen in der Mandchurie den Schluß ziehen, daß ein Krieg mit Rußland kein formidables Unternehmen wäre. . . . Wiederholt haben uns die Kriegs-korrespondenten belehrt, die russische Armee ist trotz aller Niederlagen eine tapfere und formidabile Armee, die sich mit jeder europäischen messen könnte. . . . Gedenken wir, daß diese Armee noch nicht ihre Reserven aus Europa und Mittelasien herangezogen hat. . . . Wenn wir das Publikum auffordern, dies in Erwägung zu ziehen, so geben wir ihm keineswegs den Rat der Feigheit; es ist einfach der Rat des gesunden Menschenverstandes.“

Ohne Zweifel. Auch Falstaff hatte eine ganze Menge gesunden Menschenverstandes, indem er seinen unsterblichen Ausspruch that: „Zurückhaltung ist der bessere Teil der Tapferkeit“. Falstaffs Ausspruch ist die Grabchrift des absterbenden Rittertums. Etwas Ähnliches geht mit dem britischen Bürgertum vor. Und nicht nur mit dem britischen. Die Furcht der herrschenden Klassen Europas vor Kriegen und Massenkämpfen ist ein untrügliches Symptom ihres Niederganges. Die Haager Konferenz ist das erste öffentliche Eingeständnis der Herrschenden, daß sie den Kampf gegen gleich starke Staaten und Reiche fürchten, und sich nur noch gegen schlecht bewaffnete afrikanische und asiatische Rassen behaupten können.

Ähnlich wie die „Westminster Gazette“ schrieb in den „Times“ der Parlaments-Abgeordnete *A l e x . D . M u r r a y*, der den Gladstoneschen Wahlkreis *M i d L o t h i a n* vertritt. Er schrieb „mit Zittern“, England sollte sich doch nicht in einen Krieg mit Rußland einlassen, da das indische Reich unsicher sei; Rußland würde mit Japan Frieden schließen, um sich gegen Indien zu werfen. Baron *S u z e m a t s u*, der Schwiegerjohn des *M a r q u i s I t o*, antwortete sehr würdevoll, wie man denn in England ein Bündnis verleihe, in dem ein Bundesgenosse den anderen im Stiche lassen könnte; *M u r r a y s* Brief sei eine Beleidigung Japans. Aber der Engländer konnte gar nicht begreifen, womit er dem Japan beleidigt haben sollte, wenn er ihm zumute, aus der Verlegenheit eines Bundesgenossen ein gutes Geschäft zu machen. Man denke nicht, *M u r r a y* sei der erste beste Engländer; er gehört vielmehr zu den angesehensten Familien und führt den Titel „Honorable und Herr von *E l b a n t*“. Uebrigens hat ja Bismarck nicht anders gehandelt, als er trotz der Allianz mit Oesterreich den Rückversicherungsvertrag mit Rußland abschloß. *M u r r a y* hat eben europäische und christliche Moral, *S u z e m a t s u* dagegen asiatische und heidnische.

Wird Lord *L a n s d o w n e* in seiner Bankettrede weise Zurückhaltung in bezug auf Rußland üben, so wird er um so mehr die britischen Waffentaten gegen die Vedertanonnen Tibets preisen und die Friedensliebe und die Humanität der zivilisierten Welt verherrlichen, wie sie in den verschiedenen internationalen Schiedsverträgen, die in den letzten Monaten abgeschlossen wurden, zum Ausdruck gekommen sind.

Paris, 9. November. (Meldung der „Agence Havas“.) Die Schwierigkeiten, welche zwischen der russischen und der englischen Regierung bezüglich der Untersuchungs- und Schiedsgerichts-Kommission entstanden waren, sind, ohne sehr ernster Natur zu sein, doch nicht unerheblich gewesen und haben zu lebhaften Besprechungen Anlaß gegeben. Es handelte sich namentlich um die Frage, ob die in Vigo angedockten russischen Offiziere von der Kommission als Zeugen oder als Verantwortliche anzusehen seien. Die russische Regierung ist der Ansicht, daß diese Offiziere je nach der Entwicklung der Untersuchung sowohl als Zeugen, wie als Verantwortliche gelten und daß außerdem noch andere Verantwortlichkeiten in Frage kommen könnten. Man nimmt an, daß diese Kommission in etwa 14 Tagen in Paris, und zwar wahrscheinlich in demselben Saale des Ministeriums des Aeußern zusammengetreten wird, in dem die Friedenskonferenz nach dem spanisch-amerikanischen Kriege tagte.

Oesterreich-Ungarn.

Die Vorgänge in Innsbruck

haben dem Rationalitätshaber in den österreichischen Ländern neue Nahrung gegeben. In Innsbruck selbst ist die Erregung noch so groß, daß viele italienische Arbeiter von dort abgereist sind; sie mußten unter Polizeischutz nach dem Bahnhof gebracht werden. Die Italiener nahen die Aufregung zu ihren chauvinistischen Zwecken aus; es wird kategorisch die Entfaltung der italienischen Fakultät und die Abberufung des Statthalters gefordert, worauf aber die Regierung nicht eingehen will. — In zahlreichen deutschen Städten, wie in Linz, Graz, Leoben usw., haben tumultuarische Kundgebungen gegen Tschechen und Italiener stattgefunden. In Graz demonstrierten mehrere Hundert Studenten die Fenster- und Spiegelscheiben eines italienischen Restaurants. Auf der anderen Seite wird in den italienischen Gebieten Oesterreichs und in Italien selbst durch die Innsbrucker Vorgänge die irredentistische Bewegung wieder höhere Wogen schlagen. So werden aus Trient, Triest und anderen Städten Istriens bereits solche Kundgebungen gegen die Deutschen gemeldet. —

Schlesien, 9. November. Abgeordnetenhause. Im Verlaufe der Erörterung über die Revision der Hausordnung erklärte Apponi, er würde die Revision nur als Bestandteil einer allgemeinen Parlamentsreform billigen können. Denn unter der Herrschaft des gegenwärtig geltenden Wahlrechts über die Regierung einen übermäßigen Einfluß auf die Bildung des Parlamentes und erzeuge dadurch die Leidenschaft der Rinderheit, die sich dann in Ausschreitungen und Obstruktion äußere; die Obstruktion wiederum rufe in der Regierung das Bestreben hervor, möglichst starke Repressionsmittel anzuwenden, und so bewege sich das Abgeordnetenhause in einem circulus vitiosus. Er könne daher nicht glauben, daß die Neuherstellung des Ministerpräsidenten, man müsse härtere Mittel anwenden, um den Willen der Mehrheit zur Geltung zu bringen, bedeuten solle, daß er die Revision durch einen Gewaltstreich durchsetzen wolle. (Stürmischer Beifall auf den Wünschen der Opposition.)

Ministerpräsident Graf Tisza erklärte, die formelle Verbindung zwischen der Reform der Hausordnung und der Reform des Wahlrechts, wie sie Apponi vorschlägt, mache die Reform der Hausordnung unmöglich. Man könne die Rechtmäßigkeit der Majorität nicht beanstanden, weil sie auf Grund des Zensuswahlrechts und nicht auf Grund des allgemeinen Stimmrechts zustande gekommen sei. Graf Tisza erklärte ferner, die Wahlreform durchzuführen zu wollen, die jedenfalls eine beträchtliche Vermehrung der Wähler ergeben werde; doch wie man überall bezüglich einer Wahlreform behutsam vorgehen müsse, so sei Vorficht in Ungarn doppelt angebracht, da nicht alle führenden Elemente der Nationalitäten von gleicher Anhänglichkeit für den Staat besetzt seien. Der Ministerpräsident erklärte auch, daß die definitive Hausordnung jedenfalls auf Grund des Entwurfes eines Ausschusses in Kraft treten werde; in diesem Ausschusse sei auch die Mitwirkung der Opposition wünschenswert. (Beifall rechts.)

Frankreich.

Augagneur gewählt.

Paris, 7. November. (Sig. Ver.) In Lyon wurde in einer Nachwahl Professor Augagneur, Maire der Stadt, zum Deputierten gewählt, und zwar mit 4237 von 4668 abgegebenen Stimmen. Das heißt, der beliebte sozialistische Maire hatte so gut wie keine Gegenkandidaten.

Der Wahlkreis war früher vom unlängst verstorbenen Jurefisten Krauj vertreten, der in den allgemeinen Wahlen 1902 mit 3790 Stimmen wiedergewählt wurde.

In der Person Augagneurs gewinnt die ministeriell-sozialistische Kammerfraktion eine hervorragende Kraft. Ein tüchtiger Gelehrter, Professor an der medizinischen Fakultät von Lyon, hat er sich im Bürgermeisterrat als ein vorzügliches Verwaltungstalent bewährt. Er hat mit Erfolg wichtige kommunale Reformen durchgeführt, so namentlich die Abschaffung des Oktroi. Daher die glänzende Wiederwahl seiner Liste in den Gemeinderatswahlen von 1904 und seine konfuzienlose Wahl in die Kammer.

Der Oberleutnant Szyban hat unmittelbar nach der Aufhebung seiner Abgeordneten-Immunität durch die Kammer vorsichtig die Flucht ergriffen. Die Polizei beeilte sich, sein Wohnhaus streng zu überwachen, als er ausgetrieben war. Mit dem Kürassiermajor Legail, den er wegen eines empörten Briefes herausgefordert hatte, erklärte er gestern durch seine Zeugen, sich nicht schlagen zu wollen, weil es nicht angängig sei, daß Major Legail den Flak Andrés, seines Sohnes oder seiner nächsten Verwandten, einnehme. Der Fall wird einem Schiedsrichter unterbreitet, doch haben die der Reihe nach angerufenen Schiedsrichter Herzog von Saxe, Kame und Clemenceau sich geweigert, das Amt zu übernehmen.

Belgien.

Zwei Kundgebungen.

Brüssel, 7. November. (Sig. Ver.) Am letzten Sonntag hat die liberale Regierung einen bösen Tag erlebt. Zwei Kundgebungen sind veranstaltet worden, die den Oppositionsparteien Gelegenheit gaben, großen Eindruck auf die öffentliche Meinung zu machen und die bedeutende Zahl ihrer Anhänger zu zeigen.

In Brüssel hatten die Liberalen beschlossen, ihren letzten Wahlsieg, in dem sie 9 Sitze gewonnen haben, durch einen politischen Umzug zu feiern. Sie haben nicht mit Absicht den Tag kurz vor der Eröffnung der Kammer zur Manifestation ausgewählt, vielmehr war der zurzeit beachtlichste Umzug vor drei Monaten verboten worden und zwar durch den liberalen Bürgermeister von Brüssel. Dieses liberale Verbot hat die Veranstalter des Festes nicht gehindert, den eigenartigen Liberalen zu ihrer Feier einzuladen, und er tronte bei der Festtafel auf dem Ehrenstuhle und hatte die Unerschämtheit, eine Rede zu halten. Solche Dinge sind wohl nur in Belgien möglich.

Der liberale Umzug war sehr kitschlich. Er durchnah den vorgedachten Weg fast 2 Stunden lang, man kann die Zahl der Teilnehmer auf ungefähr 20 000 schätzen, aber man darf nicht vergessen, daß viele „industrielle der liberalen Partei ihre Arbeiter eingeladen“ hatten, nach Brüssel zu kommen und daß der Deputierte Barocque, ein Rabob, sich öffentlich gerühmt hat, die Verbeisidaffung von 7000 Personen aus seiner Gegend bezahlt zu haben. Am Abend sah man eine große Anzahl dieser Arbeiter, die das blaue Band im Knopfloch trugen, an den Tischen in unserem Volks-hause. Auf diese Weise zusammengebracht vermochte dieser liberale Umzug keine große politische Bedeutung zu gewinnen. Die Manifestanten begnügten sich, antiliberale Rufe auszustoßen, während die Forderung des allgemeinen Stimmrechts recht wenig erhoben wurde. Auf dem Bankett, welches dem Umzug folgte, haben die radikalen Abgeordneten Janson und Jeron ebenso wie der Senator Lambotte das Einverständnis der Liberalen und der Sozialisten verurteilt zum Zwecke der Eroberung des allgemeinen Stimmrechts und zur Niederwerfung des liberalen Regiments, aber die anderen Redner haben sich begnügt, sich allein an die Liberalen zu wenden, obschon es sich mathematisch berechnen läßt, daß die liberale Partei für sich allein die katholisch-konservative Macht nicht niederverwerfen vermag.

Zur gleichen Zeit hat die sozialistische Partei in Louvain (Lüttich), eine halbe Stunde von Brüssel, eine mächtige Kundgebung zugunsten des allgemeinen Stimmrechts veranstaltet. Man erinnert sich, daß in dieser Stadt, zurzeit der furchtbaren Ereignisse im April 1902, 6 Arbeiter durch die Bürgergarde erschossen worden sind. Um ihr Gedächtnis zu feiern, hat die Arbeiterpartei auf dem Kirchhof ein herrliches Grabdenkmal errichtet, das Werk des Bildhauers Herbans, ausgeführt durch den Abgeordneten Hubin und gehalten in blauem Granit, stellt eine gewaltige Frauengestalt dar, die einen zum Tode verwundeten Arbeiter aufträgt. Die Behörden hatten verboten, die Frauengestalt mit der Pflanzlichen Wähe zu versehen, aber der Künstler hat die Schwierigkeit überwunden, indem er die Haartracht der Gestalt in die Form der republikanischen Wähe brachte. In Vorbereitung dieser Kundgebung hatte die höhere Behörde draconische Maßregeln treffen und einen wachhaften Verlagerungsstand anordnen wollen. Aber der liberale Bürgermeister blieb fest und die Kundgebung verlief ohne jeden Zwischenfall unter der größten und sympathischen Aufmerksamkeit der ganzen Bevölkerung. 37 Sonderzüge hatten in die kleine Stadt mehr als 20 000 Manifestanten gebracht, die aus allen Gebieten des Landes zusammenströmten. Die gesamte parlamentarische Fraktion unserer Partei marschierte an der Spitze des Zuges, gefolgt von einem Hundert junger Mädchen in Trauerkleidung. Es war ein unschreiblicher Zug, der sich mehr als drei Stunden lang durch eine dreifache Reihe von Zuschauern bewegte. Die Zuschauer waren vielfach zu Tränen gerührt. 600 rote Banner in Trauerstoff gefüllt und 25 Musikchöre führten den Zug. Auf dem Friedhof haben die Abgeordneten Ansele, Vandervelde und der Abgeordnete von Louvain erschütternde Reden gehalten, indem sie der Opfer gedachten, die dem allgemeinen Stimmrecht gebracht wurden. Dann zogen die Manifestanten vor dem Denkmal vorüber, welches nach 2 Stunden unter der Fülle der Kränze verschwand.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Die Lage bei Mukden ist noch immer unverändert. Die russische Armee soll bedeutende Verstärkungen erhalten haben und nach einer Meldung der „Morning-Post“ nunmehr 300 000 Mann mit 1200 Geschützen betragen.

Weitere Verstärkungen sollen sobald als möglich nach Ostasien abgehen. Der Zar beschäftigt demnächst in Suwalki die 5. Schützenbrigade, die sofort nach der 4., die von Odesa aus abfährt, bereits in den nächsten Tagen nach dem Kriegsschauplatz transportiert werden soll. Beide Brigaden haben seinerzeit an der China-Expedition teilgenommen, sie haben also unter ihren Reservisten fast nur kriegsgeübte, mit den Verhältnissen in Ostasien wohlvertraute Mannschaften. Beide Brigaden zählen zu den besten Elitetruppen der russischen Armee.

Revolten der Reservisten.

Petersburg, 9. November. (W. Z. V.) Wie aus Moskau gemeldet wird, wurden bei Ausschreitungen, die dort aus dem Gouvernement Wologda eingetroffene 1000 Mann Reservisten begingen, gegen das zur Wiederherstellung der Ordnung herbeigerufene Militär von den Reservisten Steine und Holzstücke geschleudert, wobei 4 Offiziere und 9 Soldaten verletzt wurden. Das Militär gab zunächst einige blinde Schüsse ab, die erfolglos blieben, und feuerte dann scharf; 2 Reservisten wurden getötet und 6 verwundet.

Die Lage Port Arthurs

wird auch in einem Telegramm des „V. L.“ aus Petersburg als sehr ernst bezeichnet, trotzdem noch kein einziges der 26 detachierten Forts von Port Arthur gefallen sei. Ein Sturm auf die Werke der Nordfront sei nur eine Frage der Zeit. Doch hoffe man, daß der verweilte Kampfesmut Stößels und der Besatzung durch die Abreise des baltischen Geschwaders von neuem gestärkt werde. In amtlichen Petersburger Kreisen sei man der festen Ueberzeugung, daß die Befestigung sich bis Ende des Jahres werde halten können.

London, 9. November. „Daily Mail“ erfährt aus dem Hauptquartier des General Rogi vom 8., daß der russische Kreuzer „Tajan“ auf 8000 Meter von fünf Haubitzengranaten getroffen und ernstlich beschädigt sei.

London, 9. November. Der „Morning Post“ wird aus Shanghai vom 8. November gemeldet: Der russische Konsul in Tschifu kaufte eine große Zahl Dschunken an, von denen 20 nach Port Arthur geschickt worden sind. Da diese Dschunken keine Ladung an Bord hatten, glaubt man, daß sie dazu bestimmt seien, den Offizieren der Garnison als Fluchtmittel zu dienen.

London, 9. November. Dem „Daily Express“ wird aus Nagasaki vom 6. November gemeldet: Täglich werden Verstärkungen für die mandchurische Armee und die Belagerungsarmee vor Port Arthur abgeschickt. Von Hieroschima, Schimonoseki und Moji gingen am 5. November zwei Divisionen mit zusammen 40 000 Mann nach Dalny ab. Diese Divisionen sollen die Verluste der Belagerungsarmee bei den letzten Sturmversuchen ersetzen. Diese Verluste werden auf 20 000 Mann geschätzt.

Gewerkchaftliches.

Der Arbeiter „im Dienst“.

Viele Unternehmer können sich immer noch nicht mit dem Gedanken befremden, daß der Arbeiter ein ihnen gleichberechtigter Kontrahent des Arbeitsvertrages ist, und daß der Arbeiter als Mensch genau so bewertet werden muß wie die Unternehmer. Die Auffassung, daß der Arbeiter ein Untergebener des Unternehmers sei, daß er in einem Dienstverhältnis zum Arbeitgeber stehe, kommt nicht nur zum Ausdruck in den Handlungen der ausgesprochenen Arbeiterfeinde, sondern sie tritt oft ungewollt und unbeabsichtigt hervor, und gerade bei solchen Gelegenheiten zeigt es sich, wie tief der Herrsinn manchem Unternehmer im Blute steckt. So erklärt es sich denn auch, daß die von den Unternehmern erlassenen Fabrikordnungen mitunter mehr dem Geiste eines Gesindeverhältnisses als dem Sinn eines Arbeitsverhältnisses entsprechen.

Vor uns liegt die Fabrikordnung der Dampf-Schneidemühle und Jomnier-Werkerei von A. J. W. u. Wiese Nachf., Berlin O. Der § 4 dieser Fabrikordnung lautet: „Sämtliche Arbeiter der Fabrik sind dem betreffenden Werkführer (Meister, Vorarbeiter) unmittelbar untergeordnet und haben den Anordnungen derselben im Dienste unbedingt Folge zu leisten.“

Der Geist, welcher diesen Paragraphen durchweht, tritt uns fast in jeder einzelnen Bestimmung der Fabrikordnung entgegen. Inzähligmal ist von den „Vorgesetzten“ der Arbeiter die Rede, und bei allem, was der Arbeiter zu tun beabsichtigt, hat er erst die Erlaubnis des „Vorgesetzten“ einzuholen. Wenn er glaubt, daß ihm sein „Vorgesetzter“ unrecht tut, dann darf er — das wird ihm durch die Fabrikordnung gütigst gestattet — dem Fabrikbesitzer eine durch Tatsachen begründete Beschwerde vortragen, und der Fabrikbesitzer entscheidet über die Beschwerde. So haben wir also ein ausgebildetes System, welches den Arbeiter „im Dienste“ den „Vorgesetzten“ unterordnet, und über dem Ganzen waltet als unumschränkter Herr der Fabrikbesitzer. — Wenn es streng nach dieser Fabrikordnung geht, dann kann der Arbeiter nicht einmal bei unvorhergesehenen Ereignissen wie plötzlichen Krankheits- oder Todesfällen in der Familie von der Arbeit beurlaubt werden, denn die Fabrikordnung verlangt, daß Urlaub nur persönlich und stets zwei Tage vorher von dem „Vorgesetzten“ einzuholen ist. — Sollte sich ein Arbeiter einfallen lassen, in solchen bringenden Fällen eigenmächtig Urlaub zu nehmen, dann kann der § 12 der Fabrikordnung gegen ihn angewandt werden, welcher bestimmt: „Wer vor Vollendung eines Alfordes ohne Erlaubnis freiwillig oder unfreiwillig die Fabrik verläßt, verliert jedes Anrecht auf den Leberverdienst des Alfordes.“

Man sieht: die Bestimmungen, welche in der Fabrik von Wiese u. Wiese Nachf. Zucht und Ordnung aufrecht erhalten sollen, passen besser in eine Gesindeordnung als in eine Fabrikordnung.

Berlin — Amgegend.

Der Müllfuhrenstreik ist nunmehr in das Stadium der Verhandlungen eingetraten. Sowohl die an der Aussperrung beteiligten Unternehmer wie auch die Wirtschaftsgenossenschaft scheinen endlich einzusehen, daß sie mit ihren Arbeitswilligen eher tiefer in den Müll hineingeraten als herauskommen. Uebrigens haben auch die Arbeitswilligen des letzten Transportes der Wirtschaftsgenossenschaft bei dem gegenwärtigen schlechten Wetter samt und sonders den „Schnapsen“ bekommen. Auch sie hielten die Arbeit nur einen Tag aus, dann verließen sie das gasstiche Streikbrecher-Müß in der Alexanderstraße, trotz aller Witten ihrer Arbeitgeber, und gingen nach dem — Gewerkschaftshause, woselbst sie noch auf ihre Papiere warten, die ihnen die Wirtschaftsgenossenschaft widerrechtlich vorenthält. Selbstverständlich haben die Leute jetzt den Klageweg beschritten, wegen der Schädigung, die aus der Enthaltung ihrer Papiere erwächst, wie auch wegen Zahlung des Reisegeldes zu ihrer Heimfahrt, weil ihnen die Agenten der Genossenschaft geflissentlich verschwiegen

haben, daß sie Streitarbeit verrichten sollten. Die Sache dürfte der Genossenschaft recht teuer werden.

Was nun die Verhandlungen anbelangt, so hatte zuerst die Firma H. Scheller von einer Einigung mit ihren alten Leuten gesprochen, indem sie rund heraus erklärte, sie wisse jetzt weder aus noch ein, die Geschichte könne unter keinen Umständen so weiter gehen. Die Arbeiter erwiderten, sie seien natürlich stets zur Verständigung bereit, doch könne dieselbe nur erfolgen, wenn es auch bei der Wirtschaftsgenossenschaft zu einer Einigung komme. Diefelbe sei bisher lebhaft daran gearbeitet, weil es die Wirtschaftsgenossenschaft hartnäckig abgelehnt habe, mit den anderen Unternehmern zusammen vor dem Einigungsamte zu erscheinen.

Auf eine Anregung des Führers Fricke, der da meinte, wie lange denn diese Streikerei noch dauern sollte, erklärte sich gestern auch der Herr Inspektor der Wirtschaftsgenossenschaft zu Verhandlungen mit den Streikenden bereit. Als diese dazu aber ihren Organisationsvertreter Werner vom Transportarbeiter-Verband mitbrachten, da weigerte sich die Direktion, denselben anzuerkennen. Wie solche Verhandlungen ohne Organisationsvertreter geführt werden dürften, davon bekam die Kommission gestern bereits einen kleinen Vorgeschmack. Als sie nämlich die Tür zum „Allerheiligsten“ der Direktion öffnete, tönte ihr von einer „Bärenstimme“ da drinnen plötzlich ein donnerndes „Nein“, erst anmelden!“ entgegen. Hernach wurden die Herren allerdings etwas gemüthlicher; aber da sie mit dem Organisationsvertreter nichts zu tun haben wollten, so ging auch die ganze Kommission wieder hinaus, um erst die Streikversammlung zu befragen, ob diese auf ihren Vertreter bei den Verhandlungen verzichten wolle oder nicht.

Ritterknecht hatte auch Herr Geheimrat Brauer vom Polizeipräsidium die Streik-Deputation zu sich gebeten, indem er sich telefonisch an den Transportarbeiter-Verband wandte. Als die Deputation sich darauf gestern nachmittags nach dem Polizeipräsidium begab, hat Herr Geheimrat Brauer seine persönliche Vermittlung zur Beilegung des Streiks an. Allerdings empfahl Herr Brauer auch die Ausschaltung des Organisationsvertreters bei den Verhandlungen, da man es einer so großen Gesellschaft wie der Wirtschaftsgenossenschaft doch nicht gut zumuten könne, den Transportarbeiter-Verband anzuerkennen (!). Die Deputation erklärte sich auch hier zu Verhandlungen bereit, bezweifelte aber stark, daß die übrigen Streikenden und Aussperrten ohne ihren Verhandlungsvertreter verhandeln würden, weil nicht einzusehen sei, daß die Arbeiter die Unternehmerorganisation anerkennen sollten, während die Herren Unternehmer die Anerkennung der Arbeiterorganisation bezweigen. Herr Brauer erklärte darauf, immerhin einen Vermittlungsversuch bei der Genossenschaft machen zu wollen.

In der gestrigen stark besuchten Streikversammlung im „Englischen Garten“ nahmen die Streikenden und Aussperrten den Situationsbericht sowie die Berichte der Kommissionsmitglieder über die Einigungsbestrebungen entgegen. Sämtliche Redner erklärten sich auf Grund früherer Erfahrungen mit aller Entschiedenheit gegen eine Ausschaltung des Organisationsvertreters bei den Verhandlungen, worauf die Versammlung einstimmig folgenden Beschluß faßte:

„Der Direktion der Wirtschaftsgenossenschaft ist die Mitteilung zu machen, daß die Ausschaltung jederzeit zu Verhandlungen bereit sind, aber nur unter Hinzuziehung eines Verbandsvertreters.“

Vorsitzender Beschluß wurde der Direktion sogleich übermittelt: Tapezierer, Kleber! Der Tapeziermeister Gedide, Eberstraße 30, Bau Schievelbeimerstraße 4/5, ist gewert.

Kusland.

Der Streik der niederländischen Glasbläser. Die Organisationen der Glasarbeiter fanden am 1. November der Fabrikantenorganisation ein Schreiben, worin sie den Vorschlag machten, die Fabrikanten sollten die alten Lohnsätze wieder einführen, oder durch Vorlegung ihrer Berechnungen den Arbeitern und deren Sachverständigen den Beweis erbringen, daß die Herabsetzung der Löhne durch die mangelhaften Verhältnisse in der Industrie notwendig geworden sind. Außerdem wurde in dem Schreiben Anerkennung der Organisation verlangt. Die Fabrikanten, die am Montag in Rotterdam eine Konferenz abhielten, haben beschlossen, die Hauptvorstände der drei Glasarbeiter-Organisationen auf Donnerstag zu einer Verhandlung einzuladen, an der je zwei Vertreter der Vorstände, doch nur solche, die unmittelbar vor dem Streik noch im Beruf tätig waren, teilnehmen sollen. Wie weiter mitgeteilt wird, haben die Fabrikanten beschlossen, daß wesentliche Forderungen der von ihnen aufgestellten neuen Lohnsätze nicht zu gestanden werden sollen; doch könnte vielleicht die gegenseitige Aussprache ergeben, daß einzelne unbedeutende Punkte geändert würden.

Eingegangene Druckschriften.

Hans Torbel. Paa almenmenneskelig Grund. 145 Seiten. Forlagt af J. C. F. Schous Boghandel, Torvogade 7, Kobenhavn O. Skoletrykkeriet. 1904.

Stefte zum christlichen Orient. Nr. 7. Russische Klostergefängnisse. Von Christophoros. Preis 20 Pfennig. Verlag: Deutsche Orient-Mission, Berlin W. 10, Lützen-Ufer 5.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zu den amerikanischen Wahlen.

New York, 9. November. (Privatdepesche des „Vormärts“.) Großer Fortschritt. Debs erhält in den Staaten Rifnesota 20 000, Kalifornien 35 000, Illinois 75 000, Pennsylvania 25 000, Indiana 30 000, Wisconsin 35 000, New York 45 000 Stimmen. In Einzelstaaten New York 25 000, Chicago 45 000, Milwaukee 20 000, Cleveland 7000, Cincinnati 8000 Stimmen. Milwaukee erwählt vier Legislaturen und einen Senator. In ganzen erhielt Debs über eine halbe Million Stimmen.

Washington, 9. November. Meldung des Reuterschen Bureau. Präsident Roosevelt erhielt aus Anlaß seiner Wiederwahl von dem deutschen Kaiser folgendes Telegramm: Meine aufrichtigsten Glückwünsche möge der Himmel Ihnen Segen verleihen. Quod bonum felix laetanturque sit populo americano!

Washington, 9. November. (W. Z. V.) Man nimmt jetzt an, daß die zukünftige Majorität der Republikaner im Repräsentanten-hause genau hundert Stimmen betragen wird.

Frankfurt a. M., 9. November. (Privatdepesche des „Vormärts“.) Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl wurden Genosse Jinklowski und drei Bürgerliche gewählt. Außerdem sind wir an 12 Stützpunkten beteiligt. Unsere Stimmzahl stieg von 2400 auf 4300. Eisenbahn-Unfall.

München, 9. November. (W. Z. V.) Der heute abend um 7 1/2 Uhr von hier abgehende Güterzug München-Sindach stieg bei der Station Niern auf den letzten Teil eines dort stehenden Güterzuges, wodurch zwei Wagen zertrümmert und eine Maschine stark beschädigt wurden. Der Bremser des Güterzuges wurde schwer verletzt. Passagiere sind nicht verunglückt. Die Züge werden un-parkiert.

Wien, 9. November. (Von einem besonderen Korrespondenten.) Wie die „Neue Freie Presse“ meldet, sind die Konferenzen des Ministerpräsidenten Dr. v. Koerber mit den Führern der Tschechen vorläufig beendet. Der Jungtschechenklub wird die Obstruktion einstellen mit der Erklärung, daß er bis auf weiteres die Politik der freien Hand befolgen wolle. — Wie dasselbe Blatt aus Innsbruck meldet, hat der Delan der italienischen Fakultät bereits am Sonntag abend beim Statthalter die Einstellung der Vorträge der italienischen Fakultät nachgesucht. Der Statthalter erklärte, die Einstellung ergebe sich aus den Umständen von selbst.

Paris, 9. November. (W. Z. V.) Mehreren Blättern zufolge ist in dem Befinden des Kriegsministers André eine Verschlimmerung eingetreten.

Militarismus und Demokratie.

Der ungeredete und erbitterte Polemik Kautskys wollen wir nicht in der Schärfe erwidern, zu der sie herausfordert, sondern in aller Sachlichkeit.

Kautsky protestiert gegen unseren Artikel, weil die Gegner ihn für sich ausnützen könnten. Wir glauben, daß die französische Reaktionspresse eher Kautskys Ausführungen in ihrem Interesse mißbrauchen kann, als daß die deutsche Reaktion aus unseren Ausführungen Förderung erhält. Tatsächlich ist in der deutschen bürgerlichen Presse der Versuch, die von uns in der jetzt vorliegenden Frage gebilligte Politik der französischen Sozialdemokraten auszunutzen, bereits reichlich unternommen worden und er ist längst gescheitert, da Kautskys Fürsorge erwacht. Die bürgerliche Presse jammerte über den Schug der Angeberei durch die Sozialdemokratie und die „Kreuz- und Zeitung“ beispielsweise stellt bewegt die Frage, welcher Geist bereits im Offizierskorps der sozialdemokratischen Zukunftskarmee herrschen werde. Wir wiesen diese Ausnutzungsversuche mit Leichtigkeit durch den Hinweis auf das System der Befehlsübergewaltigkeit im deutschen Heere ab und wir erwiderten dem konservativen Militärblatt, daß in der sozialdemokratischen Miliz allerdings Monarchisten, wenn es dann dergleichen anormale Köpfe noch geben sollte, ihren Platz haben können.

Damit hatten wir zugleich dasselbe Prinzip vertreten, dessen mangelnde Vertretung Kautsky jetzt rügt. Ueber das Prinzip ist natürlich kein Zweifel und wir verwahren uns gegen die Annahme, als hätten wir uns einer Begünstigung des Spionennetzes, einer „Demokratisierung der Spigelei“ schuldig gemacht. Die Frage, die in Frankreich gestellt war, ist eine völlig andere, wie die, welche Kautsky als den „Kern der Sache“ ansieht.

Kautsky will nicht gegen Jaurès polemisieren. Er tut es aber gleichwohl und seine Angriffe gegen uns beruhen auf der Kritik der Haltung Jaurès'. Darum müssen auch wir von der Haltung Jaurès' in diesem Kampfe ausgehen.

Kautsky legt dar, was vom sozialistischen Standpunkt in der französischen Kammer hätte gesagt werden müssen.

Wir sind der Ansicht, daß die französischen Sozialisten, gerade weil sie in die Lage gelangt sind, häufig mit bürgerlichen Parteien gegen eine reaktionäre Opposition zu kämpfen, umso mehr verpflichtet sind, die sozialistischen Gedanken zu akzentuieren, damit nicht die Grenzlinien des kapitalistischen und des sozialistischen Lagers verläßt werden. Gerade aber hinsichtlich der Armeedebatten der letzten Wochen ist unseres Erachtens der Vorwurf, als sei von den Sozialisten in der französischen Kammer etwas Wesentliches verabsäumt worden, gänzlich hinfällig. Es ist selbstverständlich, daß bei derartigen parlamentarischen Reden diese oder jene Ausführung etwas anders oder besser gestaltet sein kann, aber im wesentlichen hat Jaurès das gesagt, was die Grundzüge der Partei und was die Situation, in der er sich befand, erforderten. Jaurès hat die Praktiken des Hauptmann Rollin gemißbilligt und er hat die Demokratisierung der Armee gefordert. Wir werden später im anderen Zusammenhang den Teil der Jaurès'schen Ausführung, der die Armeereform betrifft, wörtlich zitieren. Die Vorwürfe Kautskys, als wäre Jaurès nur in ganz kleinlicher Weise für die sozialdemokratischen Forderungen eingetreten, was äußerst lebhaft gegen die Wucht, die Jaurès für die Aufrechterhaltung der jetzigen Regierung aufwandte, kontrastiert wird, werden sich als nicht berechtigt zeigen.

Auch konnte Jaurès, wie Genosse Kautsky fordert, nicht wohl erklären, daß nur die Sozialisten das Recht hätten, dieses Denunziantentum zu verurteilen, da nur sie allein den Militarismus prinzipiell bekämpfen. Dem gerade die Regierungsradikalen legten allen Ton auf diese von Kautsky geforderte Verurteilung des Denunziantentums. Sarrrien, der Führer der Radikalen, hatte vor der Freitagssitzung anläßlich einer Vertrauensresolution für die Regierung lediglich die Verurteilung der unstatthafter Vorgänge im Kriegsministerium beantragt. Er und andere Führer der Regierungsparteien lehnten es ab, die Resolution Jaurès' zu unterschreiben. Die Regierungsradikalen hatten im Unwillen über die Vorkommnisse im Kriegsministerium den klaren Willen über die Situation verloren. Ihre politische Schwäche führte die Reaktion dem Siege nahe. Jaurès unterschied sich von ihnen, indem er neben der Betonung der zu mißbilligenden Vorkommnisse zur Besinnung auf das Entscheidende rief, auf das gute Recht der republikanischen Regierung, die republikanischen Offiziere vor den Untrieben der Monarchisten und Rationalisten zu schützen.

Ueberhaupt läßt sich ein Vorgehen der französischen Sozialdemokraten, wie Kautsky es rät, nur schwer vorstellen. Man kann eine Regierung nicht schwerer treffen, als Kautsky es tut, indem er davon spricht, daß die Regierung unter der Verachtung zusammenzubrechen drohte, die man gegen jede Spigelei empfindet. Gleichwohl billigt auch Kautsky, daß die Sozialdemokratie für diese unter der allgemeinen Verachtung zusammenzubrechende Regierung gestimmt hat, weil sie „immerhin einige Reformen anstrebt“. Um einiger Reformen willen, die nach Kautskys Darstellung winzig bis zur Gleichgültigkeit erscheinen, sollte man dann überhaupt nicht für eine Regierung stimmen, die moralisch derartig gebrandmarkt ist, wie es wiederum Kautsky ausspricht. Da hätte man folgerichtig gegen eine so korumpierte Regierung stimmen sollen oder mindestens sich der Abstimmung enthalten müssen.

Nach Kautskys Auffassung könnte es kaum von Bedeutung für die französische Arbeiterklasse sein, ob die jetzige Regierung streng und eine Regierung der reaktionären Opposition an ihre Stelle tritt. Wenn aber Kautsky die Erhaltung der jetzigen Regierung für nötig hält, so sollte er sich nicht verhehlen, daß bei der Haltung, die er der französischen Sozialdemokratie empfiehlt, diese Regierung keinesfalls zu halten gewesen wäre. Die bürgerlichen Regierungsparteien waren so wenig der Lage gewachsen, daß der reaktionäre Sieg sicher war ohne ein entschlossenes, kühnes Eingreifen. Eines kann man, wie die französischen Dinge liegen, nur wollen: entweder ist es gleichgültig, welche bürgerliche Gruppe die Regierung hat, dann kann man sich beschränken auf scharfe Betonung der sozialistischen Prinzipien; entschließt man sich aber, die eine Gruppe vorzuziehen als kleineres Übel, dann kann man nicht in kritischer Situation die Abstimmung für die Regierung dadurch einleiten, daß man sie nach allen Kräften vor der Öffentlichkeit verächtlich macht. Solche Situationen sind sicherlich für die Sozialdemokratie schwierig, aber Kautsky überwindet nicht die Schwierigkeit, sondern kritisiert mit heißem Eifer diejenigen, welche sie zu überwinden suchen.

Uebrigens, wenn Jaurès so grundsätzlich operierte, wenn er unsere Grundzüge verleugnete, wäre dann nicht sicherlich ein anderer Sozialdemokrat der französischen Kammer aufgetreten, um die Prinzipien der Partei zu verklären? Wäre es bei Kautskys Ansicht nicht schwere Unterlassungssünde aller anderen Sozialdemokraten der französischen Kammer, diese vortrefflichsten Gelegenheiten nicht zu ergreifen? Wir aber glauben, daß eine Unterlassungssünde nicht vorliegt. Auch die französischen Sozialdemokraten, und zwar nicht nur die ministeriellen, haben diese Vorgänge anders empfunden als Kautsky.

Nur zur Spigelei und Besinnungsdrückerei. Nach Kautskys Feststellungen hätten wir die ideenreichsten Charakteristika gedeutet und das reine Schild der Partei bejubelt. In Wahrheit haben wir die Spigelei und Besinnungsdrückerei verurteilt, aber die Notwehr gegen Spigelei und Besinnungsdrückerei gebilligt. Wir sagten schon, daß über das Prinzip kein Zweifel besteht. Nach sozialdemokratischer Auffassung sollen Beamte und Offi-

ziers die volle Freiheit der politischen Meinung und ihrer Betätigung haben. In einem Vollsahere der Sozialdemokratie, in dem Soldat und Bürger nicht ein Gegensatz, sondern eine Einheit ist, können Personen mit liberalen, liberalen, anarchischen, monarchistischen Gefinnungen in jede Stellung je nach Fähigkeit und Verdienst aufrücken. Jede besondere Kontrolle wäre schon deshalb unnötig, abgesehen von ihrer Verwerflichkeit, weil eben jeder Offizier das Recht hat, öffentlich seine Anschauungen zu vertreten.

Kann man aber diesen Grundsatz in der jetzigen Situation Frankreichs verwirklichen? Es wäre eine durchaus unsozialistische Uebersehung der Bourgeoisrepublik, wenn man ihr die Möglichkeit zumuten wollte, sie solle die Reinheit der Zustände durchführen, die erst die Sozialdemokratie erreichen kann, indem sie den Gegensatz zwischen Armee und Volk völlig aufhebt. In Frankreich kann es sich zunächst nicht um die Durchführung des sozialdemokratischen Prinzips handeln, das zu jeder Zeit zu betonen unsere Pflicht und Ehre, sondern lediglich um die Erfüllung der ersten Vorbedingung für dieses Prinzip, um die Abwehr der brutalsten Vergewaltigung, die in der französischen Armee wie in den anderen Armeen des Massenstaates gegen das Prinzip der Befehlsübergewaltigkeit verübt wird. Wie die Sozialdemokratie, um die Aufhebung der Klassen zu erreichen, zunächst den schärfsten Klassenkampf führt, so muß sie auch die Waffe führen, um die Untergrabung der Befehlsübergewaltigkeit in der Armee zu bekämpfen.

In Frankreich ist seit Jahrzehnten das Offizierskorps nationalistisch, liberal und monarchistisch gegliedert worden. Wer nicht die bürgerliche Regierung verläßt, wer nicht den Gegensatz zum Volke in Wort und Haltung bekundet, wer nicht staatsstreikgelüftig ist, der galt nicht für voll und wurde von den Vorgesetzten im Advancement gehindert. Die Absonderung des Offizierskorps vom Volksganzen, von allen Volksbestrebungen war fast so weit gediehen, wie — in Deutschland. Man scheute nicht vor dem frevelhaftesten Justizmord zurück, um Juden als Landesverräter und unfähig für Offiziersstellen auszugeben. Es kostete schwere, jahrelange Kämpfe gegen einen Generallstab der Fälschungen, um einen Unschuldigen zu befreien. Selbst der abtrünnige Willard — der, natürlich aus völlig anderen Motiven, in seiner letzten Kritik der jetzigen Regierung wunderbar übereinstimmt mit Kautskys Urteil über die Spigelei! — hat erklärt, daß die Offiziere, wenn sie befördert werden wollten, eifrig in die Presse gehen müßten.

Gegenüber dieser systematischen Abschließung der Armee und der geheimen Staatsstreichskonspiration der hohen Generale ist es das gute Recht der republikanischen Regierung, Abwehrmaßnahmen zu treffen. Die Beurteilung der Befehlsübergewaltigkeit hat unter den heutigen Verhältnissen da ein Ende, wo die Feinde des Volkes nicht nur diese Kontrolle, sondern alle Hinterlist üben, um diejenigen, die nicht ihre Gefinnungen teilen, ungerecht zurückzusetzen. Da wäre es ein politisches Verbrechen, sich „ethischen“ Anwendungen zu überlassen, wie sie jetzt leitamerweise gerade Kautsky erfassen.

Wir halten daher vollkommen für richtig, daß unter Umständen, wie sie in Frankreich bestehen, Führungslisten über die Offiziere berechtigt und notwendig sind, auf Grund deren das bisher an den Rängen von republikanischer Gefinnung verübte Unrecht gemildert und aufgehoben werden kann.

Nachdem Kautsky das Wort unseres Artikels von den „an sich berechtigten Führungslisten“ zitiert hat, erwartet er, daß es nicht einen Parteigenossen gibt, der diesen Satz unseres Zentralorgans unterschreibt. Kautsky mag überzeugt sein, daß alle Parteigenossen bereit sind, Maßnahmen zu treffen, durch welche jahrelange Jurisdiktionen im reaktionären Interesse endlich beseitigt werden können. Selbst weitgehende Reformen in den Einrichtungen des Heerwesens würden auf lange Zeit ihres Wertes beraubt bleiben, wenn dem Offizierskorps fortwährend überlassen würde, die „ethischen“, die Republikaner zurückzusetzen und auszuschließen.

Jene Erwartung Kautskys ist um so aussichtsloser, da der von ihm getriebene Satz des „Vorwärts“ nichts anderes enthält als die Wiederholung dessen, was sämtliche sozialdemokratische Abgeordnete der Deputiertenkammer beschlossen haben. Es erübrigt nicht, den Wortlaut der von Jaurès eingebrachten, von Mitgliedern der radikalsten Partei unterstützten und den Sieg der Regierung bekräftigenden Resolution zu geben:

„Die Kammer in der Ueberzeugung, daß es die Pflicht des republikanischen Staates ist, gegen die Einflüsse des Kastengeistes und der Reaktion und durch die Mittel regelmäßiger Kontrolle, über welche er verfügt, die treuen und tapferen Anhänger der Republik und der Nation zu schützen, rechnet auf die Regierung, daß sie bei der Einstellung und dem Advancement der Offiziere, unter Anerkennung der Rechte, der Verdienste und der Leistungen eines jeden, die notwendige Ergebenheit in alle republikanischen Einrichtungen zeigt.“

Die Schlußabstimmung am vorigen Freitag bedeutet also keineswegs allein den Willen, die gegenwärtige Regierung aufrecht zu erhalten, sondern billigt ungewöhnlich die Kontrolle über das Offizierskorps wie auch wir sie als berechtigt erklärt haben. Die doch auch für Kautsky gänzlich unverdächtige antiministerielle Parteiengenossen haben die Regierung zur Ausübung dieser Kontrolle aufgefordert. Sie haben sich, nach Kautsky, der „Demokratisierung der Spigelei“ schuldig gemacht! Sie haben, nach Kautsky, bewirkt, daß der Sozialismus dem Militarismus unterworfen wird. Sie haben, nach Kautsky, die Niederträchtigkeit zum demokratischen Kulturfaktor erhoben!

In der angegebenen Zweckbestimmung solcher Führungslisten ist zugleich die Grenze bezeichnet, jenseits deren das beginnt, was wir in unserem Artikel als unstatthafter verurteilten. Unstatthafter sind die Methoden des Hauptmanns Rollin, der in der Freimaurerloge ein Bureau der Auskunftsverteilung über Offiziere etablierte. Es ist aber den Angehörigen des französischen Kriegsministeriums, soweit wir aus den Berichten entnehmen können, in keinem Falle gelungen, den Nachweis zu erbringen, daß, wie Kautsky zu vermuten scheint, vermög jener Listen Offiziere zurückgesetzt worden sind, weil sie nicht ein republikanisches Zeugnis aufweisen konnten. Auch Kautsky erwähnt solche Fälle nicht.

Wenn Kautsky darauf verweist, daß die jetzige Regierung auch Sozialisten in der Armee und als Lehrer verkennt, so begeht die Regierung freilich dasselbe Unrecht, das sie gegenüber der Reaktion abwehrt, und sie ist darob aufs allerhöchste anzugreifen. Kautsky hat jedoch unrecht, wenn er das Verfahren gegenüber den Offizieren der Reaktion und den Sozialisten als gleichbedeutend erachtet. Der Unterschied liegt auf der Hand. Während die republikanische Regierung gegenüber der Reaktion sich lediglich in der Abwehr befindet, läßt sie gegenüber Sozialisten nicht irgendwelche Abwehr, sondern dieselbe Vergewaltigung, deren sie mit Recht die Reaktion beschuldigt. Immerhin ist zur Feststellung der Tatsachen und zur Erkenntnis der französischen Verhältnisse zu bemerken, daß doch nicht wenige sozialistische Lehrer an staatlichen Schulen unterrichten und daß Offiziere, die für die Befreiung des stehenden Heeres eingetreten sind, nicht, wie es sich in Deutschland verhielt, der Offiziersuniform entkleidet wurden. Wenn wir nicht irren, ist beispielsweise der auch in Deutschland bekannt gewordene Hauptmann der Artillerie, Galton Koch, der Verfasser des Buches: „Die Demokratie in der Armee“, noch heute berechtigt, wenn er auch nicht mehr im aktiven Dienste ist, die Offiziersuniform zu tragen.

Genosse Kautsky erblickt, wie schon erwähnt wurde, in der Frage der Spigelei den „Kern der Sache“, während er unsere Ausführungen über die werdende Demokratisierung der Armee bespöttelt. Er erhebt den Vorwurf, wir seien dem Fehler verfallen, jede Erbärmlichkeit des bürgerlichen Republikanismus in eine demokratische Grobheit umzuwandeln und dadurch alle klar. Erkenntnis der „ger-

lichen Welt zu verschleiern“. In Wahrheit ist Genosse Kautsky den geschickten Manövern der reaktionären Opposition zum Opfer geworden, welche allerdings die Vorkommnisse im Kriegsministerium zu einer Hauptaktion machte, um die mißliebige linksrepublikanische Regierung endlich zu stürzen. Die Führungslisten sollten der Reaktion zum Anlaß dienen, die Regierung an sich zu reißen und die liberal-militaristische Herrschaft wieder zu errichten. Die Frage der Führungslisten kann nur derjenige übersehen, der die wirklichen Probleme, um die in Frankreich gekämpft wird, verkennt. Auch nur infolge der Verleumdung der französischen Kämpfe ist es möglich, daß Kautsky aus unserem Artikel wenige Bemerkungen ficht, um über sie herzustärken, ohne die gesamte Darstellung zu berücksichtigen.

Kautsky spricht von den Erbärmlichkeiten des bürgerlichen Republikanismus. Auch wir sind stets der Ansicht gewesen, daß alles, was die französische Regierung getan hat und was sie noch in Aussicht stellt, wenig ist, wenn es gemessen wird an der Unertüchlichkeit der heutigen Zustände für die Arbeiterklasse und an den Zielen der Sozialdemokratie. Gleichwohl haben gerade wir deutsche Sozialdemokraten, die wir bei unseren andersgearteten Zuständen auf dem Gebiete der Armeereform zunächst überhaupt nichts erreichen konnten, keinen vernünftigen Grund, die Entwidlung, die sich in Frankreich vollzieht, mit Verächtlichkeit abzutun, wie es durch Kautsky geschieht. Kautsky widerspricht sich selbst und widerlegt sich selbst, wenn er auf der einen Seite von den „Erbärmlichkeiten des bürgerlichen Republikanismus“ spricht, auf der anderen Seite aber ausführt, daß die jetzige Regierung einige Reformen wolle und daß die Sozialdemokratie für diese Reformen stimmen müsse, damit sie diese Reformen durchführen könne. Nachdem Kautsky von diesen Reformen wenigstens Erwähnung getan, hat er sie aber alsbald schon wieder ganz aus dem Auge verloren und erklärt, es handele sich lediglich darum, industrielle und kommerzielle Bourgeois an Stelle der agrarischen in das Offizierskorps zu bringen. Die Reform verschwindet vollends. Es wird immer mehr unbegreiflich, warum diese Regierung nur ein „kleineres Übel“ ist.

Wir haben aber bereits in unserem Artikel verschiedene Hinweise auf die geplante Heeresreform gegeben. Wir verweisen auf die Aufhebung des Einjährig-Freiwilligen-Privilegs, eines Privilegs, das bei uns gerade durch die industriellen und kommerziellen Kreise gehalten wird; ferner auf die Ergänzung eines Teiles der Offiziere aus den Mannschaften, deren Stellung man im deutschen Heere als „Gemeine“ kennzeichnet. Wenn diese Reformen durchgeführt werden, so liegt dies auch im Interesse der Arbeiterklasse, denn der Gegensatz zwischen Heer und Volk wird zweifellos dadurch abgeschwächt und weitergehende Reformen werden ermöglicht. Eine Armee, in der eine große Anzahl der Vorgesetzten aus den unteren Volksklassen stammen, dürfte nicht leicht gegen Väter und Mütter kommandiert werden können.

Kautsky überieht, daß allerdings die französische Heeresreform, so unzureichend sie für die Sozialdemokratie zunächst ist, den Anfang bedeutet einer Aufhebung des Kastensystems des Offizierskorps und des Gegensatzes zwischen Armee und Volk. Was ist die Armee eine Macht gegen die bürgerliche Gewalt und gegen das Volk, aber die geplanten Reformen bedeuten den ersten Schritt — nicht mehr, aber auch nicht weniger —, die Armee unter die Zivilgewalt zu heugen. Dieser bildete der Generallstab eine Neben- und Ueberregierung, bereit zu Staatsstreich und chauvinistischen Abenteuer, jetzt soll er der Regierung untergeordnet werden, die unmittelbar aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangen ist. Diese doch nicht zu unterschätzende Frage steht in Frankreich zur Entscheidung. Weil diese Ausläufer eröffnet sind, weil die Reaktion diese Zukunft sieht, daher die schäumende Wut gegen die Regierung, die sich unter die Führung der Sozialdemokratie gestellt habe.

Aus dieser Situation erklären sich für jeden ruhig Urteilenden die Forderungen, die Jaurès in seiner Rede erhoben hat. Gegenüber Kautskys Herabsetzungen dieser Forderungen ist es nötig, auch hier mehr Klarheit über die Tatsachen zu schaffen. Diejenige Forderung, die Jaurès als die weitestgehende anführt, verschwindet bei Kautsky vollständig, nämlich die völlige Aufhebung besonderer Militärschulen.

Jaurès führte aus: „Es gibt zwei Arten Maßnahmen, die ich in einige Worte zusammenfasse, die sich heute der republikanischen Partei aufdrängen, gründliche organische Reformmaßnahmen.“

Meine Herren! Ich will keineswegs der republikanischen Majorität einen Gedanken in Vorschlag bringen, der bisher nur von meinen Freunden der äußersten sozialistischen Linken angenommen worden ist, der aber, wie ich hoffe, hier eine stets wachsende Zahl von Anhängern finden wird, in dem Maße, als die Erfahrung den Gedanken unterstützen wird. Dieser Gedanke geht dahin, daß es eins der nötigsten Mittel ist, um die Armee an die Nation anzuschließen, um die Armee in der Demokratie aufgehen zu lassen.“

Graf de Lanjuinais: Das heißt, sie zu unterdrücken.“

Jaurès (fortfahrend): Ich meine, diese Absonderung, diese Abschließung der Militärschulen muß beseitigt werden. Der Militär-Unterricht soll eine besondere Abteilung der großen französischen Universitäten werden, wo alle lebendigen Kräfte der Wissenschaft und der Arbeit zusammentreffen. (Beifall auf der äußersten Linken.)

Meine Herren! Wenn diese Auffassung bisher nur derjenige einer Minderheit ist, so scheint es mir doch, daß wir alle wenigstens darüber einig sein müßten, die Unentgeltlichkeit für eine große Anzahl Schüler der Schule zu Saint-Eyr zu einem Recht zu gestalten.

Es genügt nicht, daß diese Unentgeltlichkeit in dem Augenblick, wo der Schüler in Saint-Eyr eintritt, beginnt, es ist nötig, daß arme Familien, die Familien der Arbeiter, von vornherein die Gewißheit vollständiger Unentgeltlichkeit an dieser Schule haben. (Beifall auf der äußersten Linken.) Ferner ist es nötig, in den Gymnasien besondere Freistellen zur Vorbereitung für Saint-Eyr einzurichten, es ist nötig, daß alle jungen Leute, welche sich der militärischen Laufbahn widmen wollen, sobald sie ihre ordentlichen Studien vollendet haben und die Spezialstudien beginnen sollen, die Gewißheit besitzen, daß sie durch das Recht auf unentgeltlichen Besuch die Militärschule durchmachen können, ohne ihren armen Familien ein allzu schweres Opfer aufzuerlegen. Es ist nötig, alle Schlagbäume zu beseitigen, welche das Leben der Offiziere vom Leben der Nation trennen. Es muß außerdem die Einpferdung der Offiziere an den Offiziersstellen, zu deren Teilnahme sie jetzt verpflichtet sind, es muß ihnen gestattet werden, sich nach Belieben in das soziale und nationale Leben zu mischen; das heißt endlich eine Reform durchsetzen, die wie ein Zeichen, wie ein Symptom gelten wird.

Ja, meine Herren! Wir sind alle schuldig, die Regierung und die Majorität — und ich nehme meinen Anteil an dieser Schuld auf mich —, bisher nicht die notwendige Vereinfachung der Kriegsgesetze erreicht zu haben (Beifall auf der äußersten Linken), welche das Kasernenregiment kennzeichnen und verlängern. (Beifall auf der äußersten Linken.)

Alle diese notwendigen Reformen, welche die Armee und die Nation, die Offiziere und die Demokratie mehr und mehr einander nähern sollen, sie machen jedoch die Maßnahmen der unmittelbaren Kontrolle über das bürgerliche Verhalten der Offiziere, besonders über die bürgerliche Haltung der hohen Chefs nicht überflüssig. (Rufe auf der Rechten.)

Jaurès stellt also diese Forderungen, um den Radikalen dasjenige vor Augen zu halten, was sie als Bürgerliche tun können und zu tun haben, und zu dem Zweck, die Radikalen für die Re-

gerung, die solche Maßnahmen durchzuführen kann, und gegen die Parteien zu setzen, die solche Reformen fürchten und bekämpfen. Kautsky aber berücksichtigt in seiner Weise diese Situation. Die bürgerliche Linke war zerstückelt und die Sozialdemokratie mußte, wie so oft die deutsche Sozialdemokratie, bürgerliche Arbeit besorgen. Sie stellte sich an die Spitze der Kammerlinken, um sie zur Aufrechterhaltung einer Regierung zu zwingen, unter der immerhin die Möglichkeit des bürgerlichen und demokratischen Fortschritts gegeben erscheint. Gegen diese Methode des Kampfes gegen den Militarismus ist unter solchen Umständen unseres Erachtens nicht das mindeste einzuwenden.

Nach alledem vermögen wir Kautsky's Kritik nicht als berechtigt anzuerkennen. Wir sind überzeugt, in unserer Darstellung die jüngsten französischen Vorgänge richtig beurteilt und für die Partei nützlich gesagt zu haben.

Es ist tief bedauerlich, daß Genosse Kautsky durch maßlose Verzerrungen das Verständnis der französischen Zustände den Sozialisten der anderen Länder unendlich erschwert. Sollte er hier die Voreingenommenheit beiseite lassen, so würde er seine Kraft für die Stärkung der französischen Demokratie einbringen, deren Schicksal zugleich von größtem Einfluß auf das Schicksal der internationalen und besonders der deutschen Sozialdemokratie ist.

Partei-Nachrichten.

Ein Parteitag im Saarrevier. Die Genossen des Saarreviers trafen am Sonntag in öffentlicher Konferenz zusammen, um über Mittel und Wege zu beraten zur Einführung der sozialistischen Ideen in die ungeheuren Industriearbeitermassen des Reviers. Schon an dem Besuch der Konferenz aus den einzelnen Orten, abgesehen von dem Geist, der dieselben beherrschte, war der Fortschritt der Partei in Saarabiten zu erkennen; waren doch aus den vier zum Saarrevier gehörigen Kreisen 44 Orte mit 61 Delegierten vertreten. Die Konferenz beschäftigte sich mit der Schaffung einer einheitlichen Organisation für das ganze Saarrevier und diskutierten ausgiebig über die zu betreibende Agitation. Die in zwei saarabischen Kreisen (Ottweiler-St. Wendel und Saarbrücken) ziemlich sicher bevorstehenden Kandidaturen zum Reichstage und die aufzustellenden Kandidaturen, des weiteren die innere Ausgestaltung und Verbreitung des vom 1. Januar kommenden Jahres im Saarrevier erscheinenden Particiblatte bildeten zwei äußerst wichtige Tagesordnungspunkte.

Ein den eigentümlichen Verhältnissen des Saarreviers angepaßtes Organisationsstatut wurde geschaffen, welches die Wahlkreise Saarbrücken, Ottweiler, Saarlouis und Saargemünd-Forbach in einen Agitationsbezirk vereinigt, dem ein fünfgliedriges Agitationskomitee vorsteht. Das Statut regelt weiter die Organisationsfrage in ziemlich detaillierter Weise. Als Bezirksvertrauensmann wird Genosse Osteroth gewählt, den die Konferenz in einer Resolution als Parteisekretär für das Saarrevier in Vorschlag bringt. Die Frage der Kandidaturen wurde zur Vorbereitung dem Agitationskomitee überwiesen, das zu gegebener Zeit den einzelnen Wahlkreis-Konferenzen Vorschläge unterbreiten soll.

Auf Wunsch der als Gäste anwesenden Obersteiner Genossen sollen Verhandlungen angebahnt werden, um das neue Parteiblatz auch im Fürstentum Württemberg einzuführen.

Die sehr anregend verlaufenen Verhandlungen, in denen aus dem Munde mancher ländlicher Delegierten nicht gerade anmutige Stimmungsbilder entworfen wurden, wurden nach sechsständiger Dauer geschlossen. Ohne Zweifel wird die Konferenz dazu beitragen, den Sozialismus in Saarabiten ein gutes Stück vorwärts zu bringen.

Die Agrarfrage im Programm der schweizerischen Sozialdemokratie.

Der demnächst stattfindende Parteitag der schweizerischen Sozialdemokratie wird sich mit der Revision des Parteiprogramms zu beschäftigen haben. Dieser Tage hat sich der Parteivorstand mit dem von der Programmkommission ausgearbeiteten Entwurf beschäftigt. Dabei entspann sich eine lebhafteste Diskussion besonders über den die Agrarfrage betreffenden Teil des Entwurfs. Das Ergebnis dieser Diskussion war die einstimmige Annahme in folgender Fassung:

„In der schweizerischen Landwirtschaft herrscht fast durchgängig der Kleinbetrieb, wobei das Grundeigentum individuelles Arbeitsmittel ist und nicht zur Aneignung fremder Arbeit dient. Der Kleinbauer gehört wie der Arbeiter zu den ausgebeuteten Volksschichten. Im Gegensatz zu Verlehen und Industrie besteht heute für das kleinbäuerliche Grundeigentum — mit Ausnahme der Waldungen — weder die Notwendigkeit der Vergesellschaftung, noch die wirtschaftliche und technische Vorbedingung dazu.

Berfolgt die sozialdemokratische Partei keine Agrarpolitik, welche die Kleinbauern zu Gegnern hat, so widersteht sie sich dagegen jeder großbäuerlichen Politik, die sich in Gegensatz zum Interesse der Gesamtheit setzt durch künstliche Steigerung der Lebensmittelpreise. Sie unterstützt aber alle Mittel, die einerseits die Ergiebigkeit des Landwirtschaftsbetriebes steigern und andererseits dem Bauer den Ertrag seiner Arbeit sichern, indem sie verhindern, daß die Betriebsfortschritte zu größerer Verschuldung und höherem Hindrübend an das Kapital führen.

Die sozialdemokratische Partei verlangt deshalb staatliche Förderung aller Mittel, die den Kleinbäuerlichen Betrieben die Vorteile des genossenschaftlichen Großbetriebes sichern (Güterzusammenlegung und verbesserte Flureinteilung, genossenschaftliche Viehhaltung, Verwendung von Kraft- und Arbeitsmaschinen, Versicherungswesen etc.); ferner die Verstaatlichung der Hypotheken und deren planmäßige Tilgung, so daß das Gemeinwesen an die Stelle der privaten Hypothekengläubiger tritt. Der Zins wird durch allmählich abnehmende Annuitäten ersetzt, die endlich in eine mäßige Abgabe an Staat und Gemeinde übergehen. Die Entwicklung wird alsdann die Bauernsamen von selbst zu rationalen Betriebsgenossenschaften und endlich zur gesellschaftlichen Produktion und zum gesellschaftlichen Eigentum führen. Bauernstellen, die zur Zwangsverwertung kommen, sind von den Gemeinden anzukaufen und zu verpachten.“

Ein Parteitag der tschechischen Sozialdemokratie in Österreich fand vor kurzem in Prag statt. Das Hauptergebnis der Verhandlungen war die einstimmige Annahme der folgenden Resolution:

Mit Rücksicht auf das beschämende, die Vernunft, das Recht, die Ehre und das Gefühl beleidigende Vorgehen verschiedener patriotischer und nationaler Parteien und Notizen, die die geltenden ungerechten Wahlordnungen mit der Behauptung, daß sie die staatlichen und nationalen Interessen schützen, vertheidigen und dabei ihren allerdings armen und arbeitenden Genossen das allgemeine, gleiche, geheime Wahlrecht und eine entsprechende Vertretung in den gesetzgebenden und autonomen Körperschaften verweigern;

mit Rücksicht darauf, daß auch die sogenannten demokratischen und freimüthigen Parteien ohne jede Scham das unsinnige, reaktionäre Werk des von Ministerhulb mit Schmach und Schande davongejagten Grafen Badeni nachahmen;

mit Rücksicht auch auf die traurige Tatsache, daß diese privilegierten Klassen durch ihr Verhalten in den gesetzgebenden und autonomen Körperschaften die Rechte und Interessen des Volkes aller Nationen schädigen;

fordert der Kongress die ganze tschechische Arbeiterschaft auf, daß sie ihren bisherigen Kampf für das allgemeine, gleiche, geheime Wahlrecht mit Proportionalvertretung stärke und schärfe und zwar

1. durch geeignete und energische Kundgebungen bei allen Versammlungen von Arbeiterparteien sowie anderer Parteien, wohin die Arbeiterschaft sich Zutritt verschaffen kann;
2. durch gelegentliche Demonstrationen bei Wahlen in die gesetzgebenden und autonomen Körperschaften sowie in alle Institutionen, die ihre Angelegenheiten öffentlich verwalten;
3. durch einen dauernden Vorstoß der Presse jener politischen Parteien und Unternehmungen, die sich offen oder indirekt gegen die Demokratisierung der politischen Rechte stellen;
4. durch die Erweckung des Interesses und der Solidarität für den politischen Massenstreik einzelner Industrie-, Verkehrs- oder landwirtschaftlicher Branchen und für den großen politischen Streik der gesamten Arbeiterschaft;

5. durch Abführung freiwilliger Gaben und Beiträge, mit denen die Propaganda gestärkt, Rechtschaffen und Unterstützung den Opfern des Kampfes für die Ausbreitung des Wahlrechts gewährt werden;
6. durch unerschrockenes öffentliches und privates Auftreten gegen alle Kandidaten, Würdenträger und Abgeordneten, die sich gegen die Einführung des Wahlrechts erklären.

Dem Exekutivkomitee der tschechischen Sozialdemokratie wird aufgetragen:

1. In der Sitzung der Gesamtparteivertretung die Frage der Organisierung einer großen gemeinsamen Aktion aller demokratischen Elemente Österreichs für die Erreichung des gleichen, geheimen Wahlrechts und der Proportionalvertretung zum Reichsrat und für die Aufhebung jener Privilegien, auf denen das Herrenhaus beruht, zur Sprache zu bringen;
2. in der Presse und auf dem Parteitag die Diskussion über die Vorbereitung und Organisierung eines geeigneten zeitgemäßen politischen Massenstreiks einzelner Berufe und Branchen des allgemeinen Massenstreiks anzuregen;
3. in Erwägung zu ziehen, ob es sich nicht empfehlen würde, die Arbeiterschaft auf die üblichen Polizei- und Militärmassefests gegenüber der für die gleichen bürgerlichen Rechte demonstrierenden Arbeiterschaft sowie auf die Verkündigung von Ausnahmestand und Standrecht mit Massenstreiks antwortete;
4. die Parteiorganisationen von den Ergebnissen der gemeinsamen Beratung auf geeignete Weise zu verständigen.

Ueber die Presse referierte Lufar-Brünn. Er führte aus, daß die 42 politischen und Fachblätter insgesamt 12 Millionen Exemplare verkauft haben. Das „Pravo Lidu“ sei auf eine Reihe von Jahren gesichert; das zweite Tagblatt, „Dělní Lid“, habe die ärgste Zeit überstanden, dank der eigenen Kraft der Wiener Genossen. Das dritte Tagblatt dürfe recht bald in Brünn erscheinen.

Den Bericht der „Freiheitsgenossenschaft“ erstattete Svoboda-Prag. Diese Freiheitsgenossenschaft wurde vor 10 Jahren gegründet und hat jetzt einen großen Aufschwung genommen. Der Umsatz der letzten zwei Jahre betrug 200 000 Kronen. Seit dem letzten Kongress wurden von ihr 32 Schriften in einer Auflage von 302 700 Exemplaren herausgegeben. Das von der Genossenschaft herausgegebene Kreuzerblatt „Jar“ („Morgenröte“) hat eine Auflage von 35 000 Exemplaren.

In der darauf folgenden Debatte wurde hauptsächlich über das wissenschaftliche Organ „Akademie“ gesprochen, das, wie sein Redakteur Vobracek erklärte, gemäß den Parteitagebeschlüssen ein Organ der freien Diskussion sei, dem aber von vielen Seiten vorgeworfen wurde, daß es ganz revisionistisch geleitet sei, zum Beispiel die deutschen Reichstagswahlen nur durch einen ganz kurzen Artikel abgetan, dagegen einzelne Neben von Jaurès ausführlich gebracht habe.

Bei der Abstimmung wurde zunächst beschlossen, die Freiheitsgenossenschaft sowie die Herausgeberschaft des „Pravo Lidu“ aufzulösen. An deren Stelle wurde ein achtgliedriger Pressausschuß errichtet, dem die Aufgaben der beiden aufgelösten Körperschaften übertragen wurden. Die redaktionelle Kontrolle des „Pravo Lidu“ wird jedoch der Parteifraktion übertragen. Der Herausgeber und der Chefredakteur des „Pravo Lidu“ hat im Pressausschuß Sitz und Stimme.

Von den zahlreichen angenommenen Anträgen sei erwähnt, daß ein neues Prehesegulativ beschlossen wurde. Dem Pressausschuß wurde ein Antrag Vobracek auf Herausgabe einer Geschichte der tschechischen Sozialdemokratie zugewiesen.

Beim Punkt „Eventuelles“ wurde beschlossen, daß alle Streitigkeiten zwischen Parteigenossen durch ein Schiedsgericht erledigt werden, das aus sechs von den Streitenden gewählten Mitgliedern und einem von diesem gewählten Mitglied der Bezirksexekutive, das zugleich der Obmann des Schiedsgerichts ist, besteht.

In die Parteiregeln wurden gewählt: Leopold Vobracek, Heinrich Hornof, Dr. Benzel Houser, Franz Kautenkranz, Dr. Franz Soukup, Josef Teska und Karl Korinek-Bien; in die Kontrolle Jaroslav Kratky, Benzel Kuna, Adalbert Javadi, Vladimir Halil, Rudolf Mertza und Josef Steiner.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zentral-Wahlverein für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg. Am Sonntag, den 13. November, findet im Lokal Tempelhofer Tivoli in Tempelhof, Berlinerstr. 50, mittags 12 Uhr die Kreisversammlung und nachmittags 2 Uhr die Generalversammlung des Kreises statt. Die Tagesordnungen sind: für die Kreisversammlung: 1. Bericht und Neuwahl der Vertrauenspersonen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — für die Generalversammlung: 1. Bericht des Vorstandes, des Kassierers, der Revisoren. 2. Bericht der Mitglieder der Agitations-, Press- und Lokalkommission. 3. Antrag des Vorstandes betreffend Anstellung eines Sekretärs. Anträge betreffend Aenderung in der Besetzung der Generalversammlungen des Kreises, Antrag Königs-Buscherhausen auf Aenderung des § 6 des Statuts. 4. Die Kreis-Konferenz. 5. Neuwahlen aller Funktionäre. 6. Verschiedenes. Nach § 11 des Statuts kann zur Generalversammlung jeder örtliche Wahlverein bis zu drei Delegierten entsenden. Die Delegierten müssen mit Mandaten versehen sein. — Die Versammlungen werden pünktlich eröffnet. Gäste haben Zutritt. Der Zentralvorstand.

Die Parteigenossen von Tempelhof machen darauf aufmerksam, daß nach Schluß der Generalversammlung des Kreises im Tivoli ein gemächliches Beisammensein mit Tanz stattfindet.

Zur Lokalliste. In Reinickendorf-Dorf steht das Restaurant „Zur Eisenbahn“, Inhaber Fritz Sens, der Arbeiterschaft zu Versammlungen zur Verfügung. — Der Gesangsverein „Kamenlos“ veranstaltet in Herlingsen's Wirtshaus, Chausseestraße 116, Berlin, am Sonnabend ein Vergnügen. Besonders in den Fabrikräumen der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft versucht man Willett zu diesem Vergnügen abzugeben. Das Lokal steht der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung. Die Lokalkommission.

Spandan. Die Mitglieder des Sozialdemokratischen Arbeitervereins werden ersucht, rückständige Beiträge spätestens bis 31. Dezember zu berichtigen, da an diesem Tage die Umwandlung in den Kreis-Wahlverein vollzogen sein muß.

Lokales.

Zur Stadtverordneten-Ergebniswahl im 30. Bezirk dritter Abteilung. Als der Magistrat in der vorigen Woche endlich den Termin für die am 22. und im 30. Bezirk dritter Abteilung vorzunehmenden Stadtverordneten-Ergebniswahlen veröffentlichte, erlag man aus seiner Bekanntmachung im „Gemeindeblatt“, daß in beiden Bezirken ein Hausbesitzer gewählt werden muß.

Die Bürgerpartei, die im 30. Bezirk noch einmal mittun will, ist durch diese Wendung in Verlegenheit gebracht worden. Sie hatte als Kandidaten den antimilitarischen Rechtsanwalt Ulrich auszuwählen und ihn auch schon in einer Wählerversammlung proklamiert. Erst nachher kam dann die Bekanntmachung des Magistrats heraus. Herr Ulrich ist nun aber kein Hausbesitzer und mag es um des 30. Bezirks willen auch nicht werden. Er weiß, daß da für die Bürgerpartei nicht mehr viel zu holen ist. Am Dienstag hat er in einer Wählerversammlung, die von 25 Personen besucht war, seine Kandidatur niedergelegt und sie dem früheren Stadtverordneten Pregel überlassen. Herr Ulrich wird vielleicht in stillen das Hausbesitzerprivileg preisen, das ihn von einer Kandidatur befreit hat, an die er in Anbetracht ihrer geringen Aussichten von vornherein nicht recht herangewollt hatte. Auch Herr Pregel, der vor Ulrich abgelehnt hatte, fühlt sich nicht sehr beglückt. Aber da hilft nun nichts mehr; denn er ist Hausbesitzer. Am Dienstag versicherte er dem Häuflein seiner Freunde, die Bürgerpartei hoffe wenigstens zur Stichwahl zu kommen. Dann aber habe sie Aussicht, den Bezirk zu gewinnen; denn dann werde man mit den Säumligen „ein so ernstes Wort reden“, daß sie am Stichwahltag gewiß ihre Pflicht tun. Man weiß von früheren Wahlen her, wie das gemeint ist. Gnade dem kleinen Beamten, der dann nicht kommt! Ueber

das, was Herr Pregel früher in der Stadtverordneten-Versammlung gewesen ist und künftig wieder sein werde, dramatisierten er und seine Freunde in einer grotesk-komischen Weise. Pregel versprach, er wolle dort „ein helles Licht leuchten lassen“, Rechtsanwalt Simons bezeichnete ihn als den „Hecht im Karpenteich“, der Leben und Bewegung hineinbringen wird. Und der bekante Schneidermeister Donner donnerte, man „zittere im roten Hause vor Pregel“. Ach, du armes Pregelchen, wie still warst Du doch, als Du im roten Hause sahest, und wie herzlich haben sie dort über Dich gelacht, wenn Du wirklich einmal lospöteltest!

Die Sozialdemokratie hat die Schwierigkeit zu überwinden gewußt, die ihr aus dem Privileg der Hausbesitzer erwachsen ist. Der von ihr aufgestellte Kandidat Genosse Sassenbach wird in der Lage sein, die geforderte Bedingung zu erfüllen. Ein Hausagiarier wird er selbstverständlich deshalb nicht sein; er denkt im Gegenteil den freimüthigen Hausagiarier, die in der Stadtverordneten-Versammlung sich breit machen, kräftig zu Leibe zu gehen. Dem Wahlgang sehen wir frohen Mutes entgegen. Wenn am 23. November alle unsere Freunde und Genossen im 30. Bezirk ihre Pflicht tun, dann muß es uns gelingen, den Freisinn samt der Bürgerpartei zu schlagen. Die Hoffnungen, die Herr Pregel auf die Stichwahl setzt, sollten für alle unsere Wähler ein Ansporn sein, schon im ersten Wahlgang Mann für Mann anzutreten und unserm Genossen Johannes Sassenbach ihre Stimme zu geben.

Sie wollen nichts lernen.

Daß der mittelalterliche Jopf unseren Freimüthigen im Rathaus bis an die Baden herabhängt, beweist, wie uns geschrieben wird, eine Diskussion, die in der letzten Sitzung der Deputationsdeputation gepflogen wurde eine Diskussion, an der Herr Oertel, der Oberste der teutonischen Freilehnhäuser, seine helle Freude gehabt haben würde. Wie wir unseren Lesern vor kurzem mitgeteilt haben, hatten sich in der Fürsorge-Erziehungsanstalt zu Pichtenberg einige junge Burschen gegen den Aufseher empört. Es war zu einer Weilerei im wahren Sinne des Wortes gekommen; die Taugenichtse gingen mit abgekochenen Stuhlweiden auf den Beamten los, dieser, im Zustande der Notwehr, „zog blank“, es setzte haben und drüben arge Betwundungen, einer der Angreifer liegt noch heute an den Folgen der nicht unbedeutenden Verletzung darnieder.

Gewiß ein außerordentlicher bellagender Zufall. Der pflichtgetreue Beamte in Ausübung seines schweren Berufes verlegt, die Burschen selbst durch Sühnliebe kampfunfähig gemacht! Jeder anständige Mensch, gleichviel welchen politischen Grundfähen er huldigt, muß in den Zustand moralischer Erregung kommen angesichts solcher Ausdrücke jugendlicher Verwilderung. Jugendliger Verwilderung, enormer Verwahrlosung! Jagen wir. Und somit wären wir zum springenden Punkte der ganzen Affäre gekommen. Welcher Klasse Gegenstand zwischen bürgerlicher und sozialdemokratischer Anschauung, wenn es sich um die Verhütung von Roheitsakten handelt! Unsere Vertreter in der Deputation weisen nach, daß im Geiste der menschlichen Fürsorge für die Auswürlinge der jetzigen Gesellschaft das oberste Erziehungsprinzip die Milde sein müsse. Unsere Genossen aus der Deputation apostrophierten die Herren in folgender Weise: „Wollt Ihr das Eis brechen, welches das jugendliche Gemüt umgibt, dann müßt Ihr das Evangelium des Sozialismus in Euch aufnehmen! Fort mit allen rigorosen Strafbestimmungen! Leert es verziehen, daß diese unglücklichen jugendlichen Verwahrlosungen in ihrer ganzen schrecklichen Eigenart das Produkt einer mangelhaften Erziehung und furchtbarer gesellschaftlicher Mißstände sind! Hat einem einzigen dieser Entertien vielleicht jemals das liebevolle Auge der Mutter entgegengeleuchtet, sind diese Elenden in ihrer frühesten Jugend von sorgsamem Eltern gesättigt worden, waren Wohnungs- und Lebensverhältnisse so eingerichtet, daß den primitivsten Forderungen der Sittlichkeit Rechnung getragen werden konnte? Wenn Ihr wahrhafte Fürsorge sein wollt, dann arbeitet mit an der sozialen Wiedergeburt der Menschheit, bekämpft in diesem besonderen Falle die krankhafte Anlage Curer Alenten dadurch, daß Ihr streng individualisiert sie einer irrenärztlichen Überwachung unterstellt!“

Ein winziger Teil der Deputationsmitglieder sollte unseren Genossen eine gewisse überlegene Aufmerksamkeit, die übrigen haben durch Unruhe zu erkennen, daß man sich durch Anregungen sozialistischer Herkunft in dem Alltagsgange gut bürgerlicher Vorstellungen nicht gern stören lasse. Eins der Magistratsmitglieder wurde von dem Vorsitzenden um ein motiviertes Gutachten ersucht. „Jede schlechte Tat verlangt eine angemessene Strafe“, das war die pädagogische Weisheit, in der „das Gutachten“ des Herrn ausklang. Daß man auch im Rathaus der Freimüthigen in der landesüblichen Frömmigkeit macht, bewies eine gelegentliche Bemerkung eines Magistratsberren. „Entziehung der Weihnachts-Geschenke“ wurde verlangt. Wohlgemerkt: Auch den am Ergeh Unbeteiligten sollen die Weihnachts-Geschenke vorenthalten werden!

Beschlossen wurde endlich: Sperrung der Besuche auf die Zeit von ungefähr sechs Wochen. Es soll der Aufseher durch die Verwahrten ein Niegel vorgegeben werden. „Die Unschuldigen müssen mit den Schuldigen leiden.“

Daß ein gutgemeinter, aus der Situation heraus geborener Vermittlungsvorschlag unserer Parteigenossen, es bei einer Art bedingter Verurteilung, einer Art Strafandrohung zu belassen, mit mitleidigem Häseljuden aufgenommen wurde, versteht sich am Rande. „Eine derartige Methode ist durch und durch unpädagogisch, sie widerspricht jeder erzieherischen Erfahrung“, lautete es zurück. — An ihren Früchten sollt Ihr sie erkennen! Die Wahrheit dieses Bibelworts wird auch an der Berliner Kommunalpädagogik gutate treten!

Wenn Lehrer nervös sind,

sollten sie Urlaub zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit nehmen oder sich bei Seiten pensionieren lassen. Wollen sie das nicht um ihrer selbst willen tun, so muß es im Interesse der Schule gefordert werden.

Leider wird diese notwendige und selbstverständliche Forderung noch zu oft außer acht gelassen. Trotz Nervosität wird weiter unterrichtet, entweder weil der fränke Lehrer sich über seinen Zustand nicht klar ist, oder weil er dem Schicksal einer frühen Pensionierung entgegen will. Die Folgen fallen dann auf die Schule. Uns sind über die Zustände, die in den Klassen nervöser Lehrer herrschen, mitunter recht sonderbare Mitteilungen gemacht worden. Die einem solchen Lehrer anvertrauten Kinder befinden sich in einer nicht beneidenswerten Lage, und manches von ihnen kommt in Gefahr, für immer verpufft zu werden.

Wir denken hier natürlich an Lehrkräfte beiderlei Geschlechts, an die Lehrerinnen sogar noch mehr als an die Lehrer. Die Zahl der Nervösen ist unter dem Lehrpersonal erschreckend groß, am größten unter den Lehrerinnen. Wenn die Damen in ein gewisses Alter kommen, dann beginnen mancher mal böse Tage nicht nur für sie, sondern auch für ihre Schulkinder. Der Lehrberuf ist eben doch anstrengender, als mancher Vater und manche Mutter glauben will. In den Berliner Gemeindeschulen z. B. müssen alljährlich zahlreiche Lehrer und Lehrerinnen beurlaubt werden, und unter den Urlaubsanlässen stehen die Nervenkrankheiten mit obenan. Für die Pensionierungen gilt dasselbe, und Eingeweihte wissen, daß schon für manchen Lehrer und manche Lehrerin der Weg aus der Schulküche direkt in die „Heilanstalt“ geführt hat, aus der es keine Rückkehr mehr gab.

Ein nervöser Lehrer, eine nervöse Lehrerin ist gewiß zu bedauern. Aber nicht weniger bedauern wir jeden, der mit einer nervösen Person, die in solchem Amt steht, zu tun bekommt. Die Nervosität des Lehrenden ist ein Unglück für die Kinder, eine Plage für die Eltern, eine Last für den Vektor. Da folgt eine Beschwerde auf die andere, und das Verhältnis zwischen Schule und Haus wird immer unfreundlicher. Wir möchten uns nicht gern in solche Streitigkeiten — und wenn Eltern uns darum bitten, so tun wir es am liebsten nicht durch Veröffentlichung der Sache, sondern durch mündliche Warnung, die Beziehungen zur Schule im Interesse des Kindes doch möglichst wieder freundlicher zu

gestalten. Es gibt aber Fälle, bei denen eine öffentliche Besprechung geradezu geboten ist, weil durch sie die höheren Instanzen erfahrungsgemäß zu einer umfassenderen Untersuchung veranlaßt werden als durch Befehle einzelner Personen.

Ein solcher Fall scheint uns derjenige zu sein, der uns aus einer Gemeindefschule im Süden Berlins bekannt geworden ist. Es handelt sich um die Lehrerin Fräulein W., die im Unterricht, anscheinend infolge starker Nervosität, über geringe Versehen leicht in Erregung gerät und dann die Kinder mit Schellen und Krügen reichlich und nachdrücklich bestraft. Die Dame ist längst keine Anfängerin mehr, die erst lernen soll, wie man unterrichtet. Sie dürfte ungefähr ein Vierteljahrhundert Unterrichtstätigkeit auf dem Rücken haben. Dabei ist sie ziemlich viel umhergekommen und hat in den letzten 20 Jahren an 8 verschiedenen Anstalten unterrichtet. Aus Anlaß einer Prügelaustragung, deren Folgen durch ärztliches Attest festgestellt worden sind, hat man uns gebeten, diesen Zustand unsere Aufmerksamkeit zu schenken. Wir haben eine Anzahl der in Betracht kommenden Familien aufgesucht, um die Eltern — und, wo es nötig schien, auch die Kinder — zu befragen. In den ersten acht Fällen trafen wir überall auf Eltern, die sich bereits bei Fräulein W. oder beim Rektor Sch. beschwert hatten. (Ubrigens scheint auch Rektor Sch. von den W.'schen Prügelereien keineswegs erbaut zu sein, doch er ist wohl machtlos gegenüber der Nervosität dieser Dame.) Um auch die andere Seite zu hören, haben wir um Adressen solcher Eltern, die mit Fräulein W. zufrieden sind. Man hat uns einwachen nur zwei Familien genannt, die dann von uns aufgesucht wurden und uns erklärten, daß sie bisher keinen Anlaß zu Klagen gehabt haben. Die Einzelheiten, die die anderen acht Familien mitteilten, sind von der Art, daß wir die höheren Instanzen dringend bitten müssen, sich die Sache einmal etwas genauer anzusehen. Die Erziehungsmethode des Fräulein W. erscheint uns höchst bedenklich und geradezu geeignet, manchen Kindern das bisherige Lust zur Schule, das sie etwa noch haben, vollends ausatzen zu lassen.

Für die Untersuchung möchten wir einen Weg vorschlagen, der von dem sonst üblichen abweicht. Es genügt hier nicht, daß der Rektor bzw. Schulpflichter die Lehrerin befragt, sie im Unterricht beobachtet und die Kinder befragt. Wir empfehlen den Vorgesetzten, sich in die Wohnungen der Eltern zu bemühen und diese zu fragen, was die Kinder zu Hause mitgeteilt haben, was sie selber an den Kindern beobachtet haben und wie es ihnen in Unterredungen mit Fräulein W. ergangen ist. Diese Untersuchungsmethode ist sehr viel umständlicher, zeitaufwendiger und mühseliger als die sonst übliche, aber nur so kann man die volle Wahrheit ermitteln. Wir müssen stets so verfahren, wenn Beschwerden über die Schule an uns gelangen. Es dürfte den Organen der Schulbehörde ganz dienlich sein, wenn sie's einmal ebenso machen. Sie können manches dabei lernen.

Stadtschulrat Vertrams Beerdigung. Im Rathaus, auf dessen Turm die Fahne halbmast gehißt war, wurde am Mittwoch um 12 Uhr mittags dem verstorbenen Stadtschulrat a. D. Vertram, dem langjährigen Leiter des Berliner Volksschulwesens, die Totenfeier abgehalten. In dem erst geschmückten Festsaal war der mit prächtigen Kranzspenden bedeckte Sarg aufgebahrt vor einer zahlreichen Trauerversammlung von Magistratsmitgliedern und Stadtverordneten, von Abordnungen städtischer Verwaltungszweige, vieler Schulen, Erziehungsanstalten, Lehrervereine usw. Unter den Leidtragenden sahen in der ersten Reihe die nächsten Angehörigen, die Witwe, die Kinder und Enkel. Neben dem Sarg war Vertrams Marmorbüste aufgestellt.

Drei Redner versuchten, das Lebenswerk Stadtschulrat Vertrams zu schildern: der Prediger Girms von der Neuen Kirche, dann der jetzige Stadtschulrat Gerstenberg, der Vertrams Nachfolger im Amt wurde, und zuletzt der Stadtverordnete Cassel, der Führer derjenigen Gruppe der Stadtverordneten-Versammlung, der der nun Verstorbene oft genug seine pädagogische Ueberzeugung hat zum Opfer bringen müssen, weil kleinlicher Krämergeist es so wollte. Wer erst aus diesen Lobreden sich ein Bild von dem Wollen, dem Können und dem Vollbringen oder Richtvollbringen des Stadtschulrats Vertram machen wollte, der dürfte aus all dem tönenen Schwallot schwerlich herausgehört haben, daß Vertram — so weit er auch hinter dem Ziele zurückgeblieben sein mag, das im Beginn seiner Laufbahn ihm vorgeschwebt hatte — eben doch ein gewöhnlicher Mensch gewesen ist.

Die Feier wurde verschönt durch Gesänge, die vom Berliner Lehrer-Gesangverein und von einem Chor von Jünglingen der Blindenanstalt vorgetragen wurden. Das war eine sinnige Ehrung des Toten. Nach Beendigung der Feier wurde der Sarg die Freitreppe hinabgetragen und vor dem Hauptportal in der Königstraße auf den Leichenwagen gestellt. Im strömenden Regen setzte sich der Zug in Bewegung nach dem Friedhofe der Apoll-Gemeinde an der Kolonnenstraße, wo nach kurzer Ansprache und üblichem Gebet die Leiche beisetzt wurde.

Der Kindersegen verteilt sich in Berlin auf die einzelnen Stadtbezirke sehr ungleich. Von den 49 549 Berliner Geburten (einschl. Totgeburt), die das Jahr 1903 brachte, kamen z. B. auf den Stadtteil Wedding-Gesundbrunn 5030, auf den nördlichen Teil der Rosenthaler Vorstadt 5093, auf das Königsviertel 4089, auf den östlichen Teil des Stralauer Viertels 4820. Hiernach war im vorigen Jahre der Streifen äußerer Stadtteile, der sich vom Norden über den Nordosten bis zum Osten herumzieht, allein mit 19 000 Geburten beteiligt, d. h. mit reichlich 38 Proz. aller Geburten. Desto ärmer an Geburten waren dafür die inneren Stadtteile, beispielsweise wurden aus der ganzen Friedrichstadt nur 672 Geburten gemeldet. Allerdings ist auch die Bevölkerung im Innern der Stadt viel weniger zahlreich als in jenen Außenbezirken, aber selbst die Vergleichung der Geburtenzahl mit der Bevölkerungszahl ergibt für die einzelnen Stadtteile immer noch sehr beträchtliche Unterschiede. In 1903 kamen auf je 1000 Personen der Stadtteilbevölkerung in der nördlichen Rosenthaler Vorstadt 36 Geburten, im Stadtteil Wedding-Gesundbrunn 32, im östlichen Stralauer Viertel 31, im Königsviertel 29. Auch im äußeren Teil Moabits war die Geburtenziffer reichlich 29, der äußere Teil der Luisenstadt hatte 28, die Oranienburger Vorstadt 27 usw. Dagegen war die Geburtenziffer in der Friedrichstadt knapp 13, in der Altstadt wenig über 13, in der Schöneberger Vorstadt 15 usw.

Ein heftiger Sturm legt seit zwei Tagen durch die Straßen Berlins und verursacht mannigfachen Schaden. Vieles wurde von den Dächern Fingelsteine und Schieferplatten herabgerissen; Transportkisten wurden zertrümmert und zahlreiche Fensterscheiben eingebrochen. Von den Anschlagssäulen riß der Wind das Plakatpapier herunter, so daß an den Säulen die roten Eisenplatten sichtbar wurden. Einen Unfall verursachte der Wind gestern in der Invalidenstraße am Humboldthafen. Als der Kaufmann B. den Fahrdamm überschritt, riß ihm ein Windstoß den Zylinderhut vom Kopfe und trieb ihn dem Hafen zu. B. ließ seinen Regenschirm fallen und ließ dem Gute nach, rannte blindlings gegen einen Geschäftswagen und wurde niedergedrückt. Glücklicherweise fiel der Kaufmann so, daß er von den Rädern nur gestreift wurde. Der Schirm geriet unter einen Postwagen und der Cylinder wurde in das Wasser hineingetrieben. Auch in den Vororten hat der Sturm viel Unheil angerichtet und ganz besonders hat er in den Wäldern an der Nordbahn und Stettinerbahn gehaust und dort zahlreiche Windbruch herbeigeführt. In Nichtenberg wurde durch einen Wirbelsturm vor einem Neubau im neuen Ortsteil das Gerüst niedergelegt. Die von Carow am Morgen hier eingetroffenen Milchwagen hatten dadurch eine bedeutende Verspätung erlitten, daß ein entwarzelter Baum sich quer über die Chaussee gelegt hatte und den Fahrdweg versperrte. Die Schiffer auf der Spree und den anderen Wasserläufen in und um Berlin waten unablässig bemüht, ihre Fahrzeuge vor dem Forttreiben zu wahren. An der Einfahrt zum Müggelsee bei Friedrichshagen kenterte ein Segelboot. Von den beiden Insassen, zwei Männern, die sich leichtsinnigerweise trotz des hohen Wellenganges auf den See hinauswagen wollten, schwamm der eine ans Land, während der andere von Schiffen gerettet wurde.

Ein rätselhafter Diebstahl im Westen der Stadt beschäftigt die Kriminalpolizei. In der Neuen Winterfeldtstraße bewohnte die Witwe eines Kaufmanns mit ihrem Dienstmädchen den ersten Stock

eines Hauses. In der vergangenen Woche erhielt die Frau von einem Sohne, der ihr außerhalb Berlins ein Haus verwaltet, sieben Einhundertmarkstücke zugesandt. Diese Sendung, von der außer ihr niemand etwas wußte, legte sie zu einer goldenen Herrenuhr mit Kette und einem goldenen Kreuz in eine Arzheinkassette, die sie in ihrem Schreibrich aufbewahrte. Am Sonntagnachmittag gingen die Frau und das Dienstmädchen aus. Die Hausfrau kehrte abends um 9 Uhr zuerst zurück. Es fiel ihr auf, daß ihr Schlüssel nicht so gut schloß wie sonst, da aber im übrigen in der Wohnung nichts Verdächtiges zu sehen war, so machte sie sich weiter keine Gedanken darüber. Erst am Dienstag morgen, als sie Geld aus der Kassette nehmen wollte, entdeckte sie, daß diese mit dem ganzen Inhalt gestohlen war. Von dem Täter fehlt jede Spur.

Reiche Beute machten gestern Abend im Zentrum der Stadt Diebe auf offener Straße. Vor dem Hause Neue Friedrichstr. 36 trafen sie einen zweispännigen Kostenvagen des Fuhrers Jemel aus der Schornhorststr. 7a, den dieser einer Tuchhandlung gestellt hatte, ohne Aufsicht, weil der Kutscher einen Augenblick weggegangen war, um eine Bestellung auszurichten. In dem verlassenen Kasten lagen für 6000 M. Kleiderstoffe. Die Spitzbuben schwangen sich auf den Bod und fuhren ungehindert davon. Spät abends wurden Wagen und Pferde in Neu-Weissenhof herrenlos aufgefunden und ihrem Eigentümer wieder zugestellt. Die Diebe hatten den Kasten erbrochen und einen Teil des Inhalts mitgenommen.

Der Unglückliche, der auf der Hochbahn totgefahren wurde, war der 43 Jahre alte Maschinenbauer Hermann Stäbe, Brandenburgstraße 8. Er litt seit dem vergangenen Frühjahr an Rheumatismus und war arbeitsunfähig. Die Krankheit und seine Lage hatten ihn so nervös gemacht, daß er oft nicht wußte, was er tat. Am Montag ging er um 4 Uhr zum Barbier im Nebenhaus, kehrte aber nicht in seine Wohnung zurück. Wahrscheinlich irrte er planlos umher, bis er mit Absicht oder in der Verwirrung des Geistes auf die Hochbahn und unter die Räder eines Zuges geriet.

Der „Herr Kesse“. Der Bankbuchhalter H. in der Eßenerstraße feierte vor kurzem seine silberne Hochzeit. Zu dieser Feier war auch sein achtzehnjähriger Nefte, ein Apothekerlehrling G. aus Magdeburg eingetroffen und logierte im Hause seines Onkels. Im Trubel des Familienfestes konnte man dem jungen Gaste nur wenig Aufmerksamkeit widmen. Der kleine Magdeburger verstand es, sich des Nachts heimlich aus dem Hause zu schleichen, um das Berliner Leben kennen zu lernen. Das Berliner Pfaster erwies sich aber bald als für seine Klasse zu teuer. Er kehrte, noch ehe seine Abwesenheit bemerkt wurde, heim und beschloß sich mit Geld zu versehen. Es gelang ihm auch, aus einem Sekretär, in dem man verächtlich den Schlüssel hatte stecken lassen, drei Hundertmarkstücke zu entnehmen und mit seiner Beute zu verschwinden. Der Diebstahl wurde bald bemerkt; da G. sich nicht finden ließ und schon mancher bösen Streich auf dem Gewissen hatte, zweifelte man nicht daran, daß er der Täter sei. Im einen Stund wurde keine Strafanzeige erstattet, sondern ein Privatdetektiv mit der Ermittlung des Durchbrechens betraut und dessen Vater telegraphisch herbeigerufen. Erst nach dreitägigem Suchen gelang es, dem Ausreißer auf die Spur zu kommen. Als er in Begleitung eines Mädchens ein bekanntes Vorort-Tanzlokal verließ, sah er sich plötzlich seinem Vater und seinem Onkel gegenüber, deren Begrüßung ihm wohl recht lange in Erinnerung bleiben dürfte. Von dem gestohlenen Gelde hatte der Bengel bereits mehr als die Hälfte verbraucht.

Bei einem Einbruch im Seidenwarengeschäft von Luhamann in der Blumenstr. 7 ist in der Nacht zu gestern ein Dieb abgefehrt worden. — Der Cafetier Schmidt im selben Hause vernahm ein verdächtiges Geräusch und fand, als er dem Lärm nachging, in der ersten Etage die Tür zum Seidenwarengeschäft geöffnet. Zufällig gelang es, einen Schuttmann zu finden, und mit dessen Hilfe gelang es, einen der beiden bei der Arbeit überwachenden Diebe festzunehmen, während der andere entkam. Die Persönlichkeit des Eindringers konnte noch nicht festgestellt werden.

Von einem treulosen Wohnungsgenossen um seine ganzen Ersparnisse bestohlen wurde ein Tischlergeselle aus der Rainnstraße. Der fleißige Mann hatte nach und nach 420 M. zurückgelegt, die er in zwei Einhundertmarkstücken und Gold in seinem Koffer in der Schlafstube aufbewahrte. Vor einigen Tagen zog nun ein zweiter Schlafkammer zu, der ein sehr treuherziges Wesen zur Schau trug. Eines Morgens, während der Tischler glaubte, daß er noch schläfe, nahm er wahr, daß dieser sich mit seinem Schatz im Koffer beschäftigte. Die nächste Gelegenheit benutzte er, um ihn zu bestehlen. Während die Wirksleute einer Beeridigung betwohnten und der Tischler auf seiner Arbeitsstelle war, ließ er nach Hause, erbrach den Koffer, verschwand mit der Beute und seinen Sachen und ließ sich nicht wieder sehen. Hoffentlich gelingt es der Kriminalpolizei bald, den Dieb zu fassen und dem armen Tischler die Frucht seiner Arbeit und Sparsamkeit wieder zu verschaffen. Der Spitzbube ist ein Bursche von etwa 20 Jahren, mittelgroß und von mädchenshaftem Aussehen. Er hat dunkelblondes Haar, ein bartloses flaches Gesicht, einen breiten Mund und kleine dunkle Augen, und trägt einen dunklen Jacketanzug und einen schwarzen Filzhut. Einen Finger der linken Hand trug er wegen einer Verletzung in einem Verbands.

Bei der Arbeit schwer verunglückt ist gestern nachmittag der Maurer Meiners, Kulinstr. 28 wohnhaft. M., welcher bei einem Umbau an der Ecke der Straße unter den Linden und der Charlottenstraße tätig war, war gestern damit beschäftigt, mehrere Eisenträger die Treppe hinaufzutragen. Er verlor plötzlich das Gleichgewicht und stürzte in die Tiefe. Der Bedauernswerte erlitt bei dem Unfall Rippenbrüche und mußte mittels Droschke nach einem Krankenhaus gebracht werden.

Die beste der Welten. Schnel nach dem Gefängnis veranlaßte gestern den 29-jährigen Arbeiter Werten, einen Diebstahl zu begehen. Als er gegen 3 Uhr nachmittags die Neue Schönhauserstraße passierte, eignete sich M. aus einem an der Eingangstür eines Milchladens vor dem Hause Nr. 2 stehenden Korbe ein halbes Dutzend Eier an und ergriff dann scheinbar die Flucht. Er lief jedoch nur bis zur Ecke der Wänsstraße und stellte sich dort einem Schuttmann. M. wurde, da er obdachlos ist und der Verlohrne Strafantrag stellte, in Polizeigewahrsam genommen. Der Arbeiter gab an, daß er bereits im Gefängnis gewesen sei und den Diebstahl nur verübt habe, um wieder dort hin zu kommen.

Brauchbare Wagenkuppelungen? Vom Eisenbahnerverband aus wird uns geschrieben: Endlich scheint eine Erfindung gemacht zu sein, die die Opfer auf dem Schlachtfelde der Arbeit erheblich vermindern kann. Vor einigen Wochen veröffentlichte der „Werkruf der Eisenbahner“ eine grausige Statistik über die in den ersten acht Monaten dieses Jahres erfolgten Betriebsunfälle auf den Bahnhöfen in und um Berlin. Von 33 zum Teil tödlich Verunglückten gehörten 25 dem Rangierberufe an, ein Beweis, wie lebensgefährlich gerade der Rangierbetrieb ist. In den letzten Monaten sind wiederum eine Anzahl Unglücksfälle tödlich verlaufen, so daß selbst dem Minister und seinen Geheimräten Angst wird und er nun nach der Ursache der Vorfälle zu forschen beginnt. Ähnlich wie in Berlin liegen die Verhältnisse aber auch auf den übrigen größeren deutschen Bahnhöfen; hat doch der Minister v. Budde selbst einige davon mit Menschenleben verglichen. Die vielen Menschenopfer gerade im Rangierbetrieb beweisen denn auch, daß der Minister nicht so Unrecht hat. Was denken die Leiter der deutschen Eisenbahnverwaltungen aber zu tun, um die Tätigkeit der Arbeiter im Rangierbetriebe weniger lebensgefährlich zu gestalten? Sollten die ministeriellen Geheimräte noch nichts über die Veruche mit einer automatischen Wagenkuppelung in Frankreich vernommen haben? Es gewinnt beinahe den Anschein, daß die Herren nur darauf sinnen, wie die Geschwindigkeit der Züge noch mehr erhöht werden kann. Es werden Schnellbahnerveruche mit und ohne Elektrizität unternommen, man hat aber kaum gehört, daß ernstliche Veruche unternommen worden wären, durch eine automatische Wagenkuppelung den primitiven Bremsknäuel zum Rossbän der Wagen oder gar das gefährliche Dazwischenpringen überflüssig zu machen. Der Ingenieur Voitault der französischen Staatsbahn

hat einen automatischen Kuppelapparat erfunden, der seit 18 Monaten an den 20 Tonnenwagen zum Transport von Kohlen vom Hafen La Pallice nach verschiedenen Depots in Anwendung gekommen ist. Während dieser Zeit hat die Kuppelung tadellos funktioniert und keine Reparatur, auch keine Kosten für Instandhaltung verursacht. Die Vorzüge des Apparates sind: Verhinderung von Unglücksfällen, größere Schnelligkeit in der Handhabung und Verminderung der Beschädigungen an Material und Waren durch die Abstreifung der Schiffe. Der Kuppelapparat Voitault löst in günstiger und vollständiger Weise das Problem der automatischen Kuppelung der Waggons, eine Aufgabe, mit welcher sich die Eisenbahntechnik der ganzen Welt schon so lange beschäftigt. Dieses System hängt die Wagen automatisch ohne Stoß aneinander, es paßt für alle Wagen, ohne daß sie irgendwie abgeändert zu werden brauchen, es schaltet nach Belieben die Automatik aus und stellt sie wieder her, es erlaubt die Kuppelung mittelst des alten gegenwärtigen Systems, es verbindet und löst die Luftbremsen und verzichtet alle nicht automatischen Operationen außerhalb der Puffer, sowohl rechts wie links vom Wagen. Eine Prüfung des Apparates durch den Minister der öffentlichen Arbeiten und der Spitzen der Eisenbahngesellschaften am 12. Oktober im Bahnhof von Niort ergab die unbefriedigbaren Vorzüge des Apparates. Nun wäre zu wünschen, daß sich die Leiter der deutschen Eisenbahnverwaltungen auch einmal eingehend mit dieser Erfindung beschäftigten; besonders sei der preussische Minister v. Budde hierauf aufmerksam gemacht, da er ja Erhebungen über die vielen Unglücksfälle vornehmen läßt. Mit Einführung eines brauchbaren Kuppelapparates würde er sich ein größeres Verdienst erwerben als mit seiner nutzlosen Verampfung des Verbandes der Eisenbahner Deutschlands, der Konsumvereine und seiner rosa angehauchten Kollegen.

Im Polak-Theater werden die Ringlumpen fortgesetzt. Das Publikum ist durch alte und neue Mogeleyen mit der Zeit mißtrauisch geworden und hat namentlich erstklassigen starken Männern gegenüber ja auch berechnete Grände zur Vorsicht. Inzwischen ist das Interesse für derartige Kraftübungen stark genug, um allabendlich zahlreiche Leute nach der Burgstraße zu locken, welche die Versicherungen, daß in diesem Fall Ehrlichkeit Trumpf sei, mit Respekt entgegennehmen. Die Kenner versichern, soll denn auch kein Grund zu Zweifeln vorliegen. Gestern rangen als erste Agel Kool, Schwede gegen den Italiener Giobanini. Der Italiener, den wir sonst nur als gewandten Verteidiger kannten, ging schnell zum Angriff über, mußte jedoch dem hühnerhaften Schweden schließlich weichen und ihm nach sechs Minuten den Sieg lassen. François de Ridder, Belgier, konnte seinen Gegner, den Deutschen Kramer, schon nach vier Minuten spannenden Kampfes auf die Schulter drücken. Zurich und der Bayer Kadel waren auch in vier Minuten miteinander fertig und der Bayer erwehte sich mit vielem Geschick der lustvollen Angriffe Zurich. Voller Interesse war der Kampf von Petroff gegen den Aeger Decco. Der gewandte Afrikaner, der auch über beachtenswerte Kräfte verfügt, machte Petroff tüchtig zu schaffen, bis er der eisernen Faust und überlegenen Ruhe Petroffs in zehn Minuten unterlegen mußte. Der Revanchekampf John Wohl Abs II gegen Schumiak bildete den Schluß. Ein spannender Kampf, der von seiten des hoffnungsvollen Schumiak mit großer Energie geführt wurde, da sich dieser nicht auf die Verteidigung beschränkte, sondern den gewaltigen Gegner oft mit vielem Geschick angriff, bis er nach 18 Minuten eine ehrenhafte Niederlage erlitt.

Im Arbeiterinnenheim I, Bräkenstr. 8, findet am Sonntag, den 13. d. M., ein musikalischer Abend statt, der von Fräulein Emilie v. Cramer und ihren Gesangsschülerinnen veranstaltet wird. Anfang 7 Uhr. Der Eintritt ist frei, Mädchen und Frauen sind willkommen.

Im Apollo-Theater ist die Ausstattungsoperette „Berliner Lust“ daran, in das Stadium der Popularität zu rücken. Die Melodien werden munter und fangen an, sich von der Bühne aus nach Schramm und anderen Pflögebüten der Tanzkunst zu verpflanzen. — Der Operette voran geht ein Spezialitätentel, der diesmal nicht als Anhängel im Programm steht, sondern einen sehr in Betracht kommenden Bestandteil des Abends bildet. Vor allem ragt hier eine Schlangendame hervor, Miz Matha. Kontortionistin nennt sich die Künstlerin mit dem klassischen Namen selbst; wir dürfen wohl annehmen, weil das gebildete Kind. Aber ebenso unverständlich wie diese verdrehte Bezeichnung ihres Berufs sind ihre Leistungen. Die verdreht den Körper, daß man in Zweifel kommt, ob sie noch Knochen im Leibe hat; und wie elegant immer ihre Verrenkungen bleiben, so wünscht man der Künstlerin doch zum Schluß Glück dazu, daß es ihr gelungen ist, sich wieder in normale Verfassung zu bringen. Häßliche Dressurstücke führt Aitty Franch vor, die im blumengeschmückten Dogcart auf die Bühne gefahren kommt und dort ihre Hunde allerley Spiele aufführen läßt. Die Herren Picardy und William sind vortreffliche Gymnasten und wissen in der Pause von Max und Mariz ihren schwierigen Leistungen den bergnüttesten Ausdruck zu geben. Eine amnische Tänzerin und Sängerin tritt in Vissi Liso auf. Besonders ist es der Schutzhaz der Amerikanerin, der im Apollo-Theater Anfang findet. Meisters Wopphon, eine Verbindung von Grammophon und Kosmogroph bringt neue, hübsche Bilder.

Theater. Luisen-Theater. Die Tochter des Herrn Fabricius, Schauspiel von Wilbrandt, welches morgen Donnerstag zum erstenmal in Szene geht, ist in den Hauptrollen mit den Damen Venkendorf, Ratowolska, Schulz und den Herren Rajewski, Böhm, Kuff besetzt. — Die Direction des Herrnsfeld-Theaters teilt uns mit, daß „Prinz Lech in Albed“ jetzt einen lustigen Schluß bekommen hat. — In Belle-Alliance-Theater geht heute Donnerstag als zweite Gastvorstellung des National-Theaters die dramatische Oper „Rigoletto“ in erster Fassung in Szene; Freitag wird wieder die „Zugendblode“ gegeben. — New York, fünf Bilder mit Gesang aus dem Nachleben einer Weltstadt, Text und Musik von Adolf Philipp, ist der Titel der nächsten Novität des Deutsch-Amerikanischen Theaters, welche demnächst zur Ausführung gelangt. In dieser Novität tritt wiederum Adolf Philipp als Gast in der Hauptrolle auf.

Rixdorf. Ein Wartburg-Abend wird am Sonntag im Realgymnasium veranstaltet. Eintrittskarten zum Preise von 2,50 M. (1. Platz) und 1,75 M. (2. Platz) sind nur noch bis zum nächsten Sonntag in den bekannten Verkaufsstellen (Widhardt, Bergstr. 13, Gastwirt Hoppe, Beckmstr. 14) zu haben. Abend selbst sind Eintrittskarten zum Preise von 40 Pf. erhältlich.

Aus den Nachbarorten.

Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung beschäftigte sich am Mittwoch zunächst mit der Frage der Einrichtung eines Säuglings- und Wöchnerinnenheims. Anlaß dazu bot ein Antrag des Stadtv. Dr. Spiegel (lib.), ob der Magistrat gewillt ist, die Einrichtung eines Säuglingsheims in Verbindung mit einem Wöchnerinnenheim, das auch Wöchnerinnen vor der Entbindung aufnimmt, näher zu treten. Namens des Magistrats leitete Stadtrat Boll mit, daß in der Entbindungsstation des alten Krankenhauses Schwangere wochenlang vor der Entbindung aufgenommen werden und wochenlang nach der Entbindung darin bleiben können. Die Zahl der Plätze werde von 80 auf 125 erhöht werden. Auch seitens der Armenverwaltung könnten schwache Säuglinge auf die Station geschickt werden. Bis jetzt seien seit dem 1. Juli 179 Patientinnen in der Anstalt gewesen, augenblicklich befänden sich darin 9 Wöchnerinnen und 6 Schwangere. Der Magistrat bittet, zunächst die weitere Entwicklung abzuwarten. In dem gleichen Sinne äußerten sich Stadtrat Samter, Oberbürgermeister Schustehrus und Stadtv. Schmidt (freie Wg.), während die Stadtv. Spiegel (lib.), Vogel (Soz.) und Romfen Bedenken gegen diese Einrichtungen äußerten. In der Debatte betonte der Oberbürgermeister unter andern, daß der Plan, einen Teil des alten Krankenhauses zu einem Waisenhaus umzugestalten, aufgegeben werden mußte, daß der Magistrat aber

den Gedanken des Baues eines Waisenhauses keineswegs aufgegeben habe. Dr. Zepher (Soz.) wies auf die Notwendigkeit der Schaffung eines Waisenheims hin, der viel notwendiger sei als ein Säuglingsheim. Ueberhaupt seien in medizinischen Kreisen die Ansichten über Säuglingsheime sehr geteilt, die Sache sei noch nicht spruchreif. Vorläufig möge man für gute Milch und gute Pflegerinnen für Säuglinge sorgen.

Eine weitere Anfrage des Stadtv. Braune (lib.) betreffend die Errichtung einer städtischen Markthalle beantwortete der Magistrat dahin, daß, sobald die noch bestehenden Schwierigkeiten, namentlich die über den Anschluß der Bahngleise überwunden sind, mit dem Bau der Markthalle begonnen werden soll. Nach Entgegennahme verschiedener Berichte, u. a. des Berichtes vom ersten allgemeinen Wohnungsausschuß, den Stadtv. Kaufmann erbatete, und nach Erledigung einiger kleiner Vorlagen übertrug die Versammlung die Vorlage betreffend Änderung der Bestimmungen für die Anstellung städtischer Schwestern einem Ausschuß und nahm die Vorlage betreffend Erweiterung des städtischen Elektrizitätswerks unverändert an.

Eine gelungene Ueberrasschung ist den Stadtvätern Spandau durch den Eisenbahnschluss zuteil geworden. Man erinnert sich, daß die städtischen Körperschaften nach einem leidenschaftlich geführten Kampfe und gegen den heftigsten Widerstand der Sozialdemokraten vor Jahresfrist beschlossen haben, der Eisenbahnverwaltung als Kostenbeitrag für den Umbau der vorläufigen Bahnanlagen, Beschaffung der Gleise, Anlage eines zweiten Bahnhofes usw. das Summen von 700 000 M. zu zahlen. Damals hieß es, daß der zweite Bahnhof unter keinen Umständen, so wie es städtischerseits gefordert wurde, nicht an die Klosterstraße, sondern 400 Meter weiter, neben die Staatseisenstraße zu liegen kommen sollte. Die Bewilligungsschritte der Stadtverordneten schloßte aber auch diesen Bemühungen hinunter und schlug alle Bemühungen der Opposition zu Boden, — sie bewilligte eben. Nun plötzlich, nach einer „Konferenz“ von Regierungsdirektoren mit Vertretern des Magistrats — unter Zurückführung der bestehenden Spezialkommission — heißt es, die anfänglich vorgeschlagenen Schwierigkeiten für die Anlage des neuen Bahnhofes direkt an der Klosterstraße beizubehalten nicht mehr, und die Eisenbahnbehörde sei jetzt bereit, diesen Bahnhof den Wünschen der Stadt entsprechend zu bauen, aber — Widel halt den Atem an — die Stadt solle noch tiefer in den Sack greifen und 200 000 M. mehr betragen. Natürlich schreien jetzt alle Philister über solche „Struppellofigkeit“, aber ganz zu Unrecht; die Regierung schätzt unsere ehrbaren Philister vollkommen richtig ein, wenn sie glaubt, daß sie ihnen alles, aber auch alles bieten darf.

Lichtenberg. Die Kommission zur Prüfung des Ortstatuts für das am 1. Januar ins Leben tretende Kaufmannsgericht hat ihre Arbeiten beendet. Charakteristisch ist, daß auch die Wünsche der nationalen und freisinnigen Handlungsgesellschaften auf Verbesserung des Entwurfs keine Gnade gefunden haben. So ist der Wunsch, die Wahlen am Sonntag stattfinden zu lassen, abgelehnt worden. Das Verlangen, auf Grund amtlicher Listen wie zur Reichstagswahl oder ganz ohne Listen zu wählen, wurde ebenfalls verworfen. Es sollen nur die Wähler zugelassen werden, die nach erfolgter Aufforderung in der Ortzeitung sich zur Eintragung in die Wählerliste gemeldet haben. Die Zahl der Wähler wurde von 20 auf 12 herabgesetzt, während der Antrag, die Zahl der Unterzeichner einer Vorschlagsliste von 10 auf 5 herabzusetzen, glatt abgelehnt wurde. Dasselbe Schicksal erlitt das Verlangen nach gebundenen Listen. Beliebt wurde das System der freien und verbundenen Listen, angeblich um die Freiheit der Selbstbestimmung der Wähler zu sichern. Im Gegensatz zu dem örtlichen Gewerbegericht, bei dem Gebührensfreiheit besteht, wurde beschlossen, Gebühren zu erheben, die sich etwa in der Mitte zwischen dem zulässigen höchsten und niedrigsten Satze bewegen. Die Begründung der Gebührenerhebung gipfelte in der Behauptung, daß bei Gebührensfreiheit auch das Lichtenberger Kaufmannsgericht gleich dem Gewerbegericht von denen, die die Wahl zwischen mehreren Gerichten haben, mit Vorliebe aufgesucht würde, und daß weiter die Erfahrung gelehrt habe, daß Gebührensfreiheit das ungerichtfertige Prozessieren fördere. Die Einrichtung eines Ausschusses für Anträge statutarisch festzulegen, wurde abgelehnt; es soll das Gesamtgericht beraten und entscheiden. Die Zahl von zehn bis fünfzehn, auf deren Antrag das Kaufmannsgericht bezu. ein Ausschuß zur Gesamtsitzung berufen werden soll, wurde auf vier herabgesetzt. Die Verhandlungen ergaben von neuem den Beweis, daß auf eine freiwillige Konzeption an den Fortschritt bei unseren „Bürgerlichen“ nicht zu rechnen ist!

Aus Lichtenberg. Die Gemeindevertretung wird am Donnerstag in öffentlicher Sitzung über das beschriebene Verlangen der Hausbesitzer an der Frankfurter Chaussee verhandeln. Nicht weniger als 60 000 M. Pflasterkosten, die die Gemeinde vorauslagert hat, sollen nach Wunsch der Herren nicht erhoben werden. Vielleicht wird sich das eine oder andere Mitglied der Gemeinde auf eine Stunde frei machen, um das Gebären der „Privilegierten“ aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Die Sitzung beginnt um 5 Uhr nachmittags. — Vier Fuhren Reihenscheine im Werte von etwa 200 M. sind dem Steinmetzmeister Dellos von der Pflasterstelle im Bürgerheim gestohlen worden. Von den Tätern fehlt noch jede Spur. — Mit den 10 000 M., die an die Gemeindefälle als Beihilfe zur Verbreiterung der Bahnüberführung in der Gärtelstraße von dem Vertreter der königlichen Konstruktionsstelle für den Pflasterkonkurs zu einer auf dem Terrain der Masse neuanzulegenden Straße bezahlt worden sind, hat die Konstruktionsstelle nicht weniger als 500 000 M. verdient. Das Terrain ist mit 1/2 Millionen in den Besitz eines Baukonjunktionsübergangens. Heißt ein Geschäft! — Auch das Terrain zwischen Ostbahn und Friedriehsstraße, links von der Frankfurter Chaussee, ebenso das zwischen der Lindenauer und der Köpenicker Straße der Ringbahn wird jetzt, nachdem auch hier Banken sich engagiert haben, der Bebauung erschlossen. In Lichtenberg giebt es kaum noch einen Fußbreit Boden, den nicht Terraingesellschaften ausschlagen. — Die Orts-Krankenkasse wird am 15. November ihre neuen Büroräume in der Frankfurter Chaussee 115 (das erste Haus an der Ringbahnstation Frankfurter Allee) eröffnen. Die Geschäftszeit für den öffentlichen Verkehr ist von 8—1 Uhr angelegt.

Sacroto bei Potsdam. Durch den Wasserbau-Inspektor war feinerzeit die Einstellung des Nachtbetriebes der Sacrotoer Fäbre verfügt worden. Nach einer vergeblichen Beschwerde bei der Regierung hatten sich eine Anzahl Bewohner der Havelhalbinsel im Schulhaus versammelt, um zu beraten, welcher Rechtsweg weiter zu beschreiten sei. Die Veranlasser, Holzendorf und Genossen, wurden wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes angeklagt, weil sie die Zusammenkunft nicht der Polizei gemeldet hätten. Sie wurden auch vom Landgericht Potsdam als der Berufungsinstantz zu Geldstrafen verurteilt. Das Landgericht erachtete die Zusammenkunft für eine Versammlung, die zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten bestimmt gewesen sei. Der Strafsenat des Kammergerichts verwarf die Revision der Angeklagten mit folgender Begründung: Es möge ja stimmen, daß die Veranlasser und die Erschienenen vor allem beraten wollten, wie sie selber nach Einstellung des Tagesbetriebes der Fäbre über das Wasser kämen. Aber zugleich hätten doch die Erörterungen das Interesse sämtlicher Bewohner Sacroto's, also öffentliche Interessen, betroffen.

Verfassungen.

Zweiter Wahlkreis. Auf der Tagesordnung der Generalversammlung des Wahlkreises, die am Dienstag im Hofjäger-Palast in der Hofenstraße tagte, stand außer dem Geschäftsbericht des Vorstandes die Berichterstattung der Vertreter des Kreises in der Preß-, der Agitations- und der Lokalkommission. — Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte man das Andenken von drei verstorbenen Mitgliedern in der üblichen Weise.

Die Arbeiten des Vorstandes seien in dieser Zeit weniger als in dem vergangenen Halbjahr nach außen hin bemerkbar, aber deswegen nicht minder erfolgreich gewesen. Es wurden fünf Versammlungen, davon drei Generalversammlungen, außerdem eine Anzahl von Abteilungsverfammlungen und Bezirksführer-Sitzungen abgehalten. In 12 Vorstandssitzungen war jedesmal ein reichhaltiges Maß von Arbeiten zu erledigen. Unterführungsgesuche von Mitgliedern, welche beim Vorstand eingetrugen, wurden gründlich abgelehnt, da der Verein keine Unterführungsorganisation ist. Dem Vorstand gingen mehrere Anträge auf schiedsgerichtliche Entscheidungen zu, die jedoch nur persönliche Angelegenheiten betrafen. Sie wurden dadurch erledigt, daß man den Beteiligten den Rat gab, die Streitigkeiten untereinander zu beilegen. — Das Flugblatt zugunsten des „Vorwärts“ wurde in einer Anzahl von 90 000 verbreitet. Der Erfolg war nur gering, denn es sind nur etwa hundert neue Abonnenten im Kreise gewonnen. — In der Berichtszeit sind 534 neue Mitglieder aufgenommen. Gegenwärtig hat der Verein 3217 zahlende Mitglieder. Die Beiträge gehen jetzt pünktlicher und regelmäßiger ein wie früher. Das ist eine Folge der Neuorganisation, die überhaupt das Vereins- und Parteileben reger und erfolgreicher gestaltet hat. Mit dem, was seit der Neuorganisation und durch dieselbe während der neun Monate ihres Bestehens geleistet wurde, kann man durchaus zufrieden sein.

Den Kassenbericht erstattete der erste Kassierer Schmidt. Eingenommen wurden 13 703,71 M., ausgegeben 13 477,06 M., darunter 10 400 M. an die Parteikasse, 819,30 M. für Agitation im Kreise Frankfurt-Bezirk, 354 M. für den Kreis Kalau-Ludau. — Der Ueberschuß betrug 226,65 M. — Die 3217 Mitglieder verteilten sich in folgendem Verhältnis auf 168 verschiedene Berufe: 500 Tischler, 314 Maurer, 277 Arbeiter, 175 Gastwirte, 168 Schneider, 125 Schlosser, 89 Zimmerer, 79 Schriftsetzer, 75 Schuhmacher, 75 Maler, 69 Klempner, 60 Buchbinder, 58 Buchdrucker, 56 Gärtler, 48 Hausdiener, 40 Sattler, 39 Kaufleute, je 38 Metallarbeiter, Tapezierer und Töpfer, je 31 Dreher und Schleifer, 29 Rohrer, je 28 Schmiede und Händler, je 25 Bildhauer, Stukkateure und Schriftsetzer, 24 Drechsler, 23 Mechaniker, 21 Steinmetzen, je 20 Ausgeber und Bäcker, 18 Barbier, 15 Drucker, 10 Former, 16 Zigarrenhändler, 15 Lederarbeiter, 13 Bergolder, 15 Möbelpolierer, 13 Steinbrücker, 12 Brauer, 11 Stellmacher, 10 Dachdecker, 11 Glaser, 10 Monteur, 10 Graveure, 10 Porzellanmaler, 9 Maschinenarbeiter, 9 Brauerarbeiter, 9 Schuhmachermeister, 8 Gerüstbauer, 8 Kranenlassen-Angestellte, 7 Klavierarbeiter, 7 Kleiner, 7 Radierer, je 6 Schriftsetzer, Hefeleure, Lithographen, Gewerkschaftsbeamte, Stereotypen, Wärtter, Präker, je 5 Schneidermeister, Marmorarbeiter, Zigarrenmacher, Milchhändler, Schraubendreher, Buchhalter, je 4 Portiers, Packer, Puffer, Lagerhalter, Uhrmacher, Tischlermeister, Zugschneider, Kupferstecher, Bierbrauer, Kassierer, je 3 Konditoren, Maschinenführer, Bureaugehülfen, Instrumentenmacher, Kürdner, Waich-anstalts-Besitzer, Korrektoren, Sekretäre, Kermacher, Heizer, Agenten, Waldhüter, Fliesenleger, Feinmaler, Bierfahrer, Silberpolierer, Heilgehülfen, je 2 Bureauvorsteher, Malermeister, Weber, Kholographen, Elektrotechniker, Schlächtermeister, Stepper, Bauarbeiter, Diener, Fensterputzer, Musiker, Reisende, Kontordienner, Zigarrenfabriken, Netoucheure, Mohrer, Optiker, Schlächter, Presser, Ristenmacher, Sieber, Guttmacher, Zinliger, Galvaniseur, Kändler, Korbmacher, Glasarbeiter, Gärtner, Installateure; je 1 Kondagist, Apotheker a. D., Handtuchmacher, Steinsetzer, Drochsenkutscher, Stürzer, Stodarbeiter, Schmelzer, Beleuchter, Zuliefer, Rentier, Schreiber, Kellnermeister, Rorrichter, Albumarbeiter, Redakteur, Lehrer, Staler, Votz, Dr. phil., Dr. chem., Dr. med., Reflektenschied, Ingenieur, Buchdruckerbesitzer, Verwalter, Städter, Hülfarbeiter, Vertreter, Kartographen, Gummiarbeiter, Braumeister, Zeitungsredakteur, Geschäftsleiter, Architekt, Bierverleger, Kammer, Wademeister, Tanzlehrer, Goldschmiedmeister.

Der zweite Kassierer Lohse berichtete über den Ertrag aus dem Vertrieb von Bonds und anderen außerordentlichen Einnahmen. Die Gesamt-Einnahme betrug 4521,30 M., die Ausgaben hatten dieselbe Höhe.

In der Diskussion über den Vorstandsbericht bemerkte Grempe: Er erkenne die Tätigkeit des Vorstandes an, wolle aber einige Anregungen geben. Er bedaure, und mit ihm andere Parteigenossen, daß der Königsberger Prozeß nicht mehr, als es geschehen, agitatorisch ausgenutzt worden sei. Es hätte nach dem Prozeß nicht nur eine Versammlung für ganz Berlin, sondern für jeden Kreis eine abgehalten werden müssen. — Auch die Verteuerung des Straßenschilder-Abonnements hätte zum Gegenstand einer Protestbewegung gemacht werden müssen. Das wäre eine Gelegenheit gewesen, unseren prinzipiellen Standpunkt zum Regiebetrieb der Verkehrsmittel geltend zu machen. Ferner hätte der Redner gewünscht, daß die auf der Provinzialkonferenz erwähnte Ausbeutung von Berliner Waisenkindern auf dem Lande in Versammlungen besprochen worden wäre, um die öffentliche Aufmerksamkeit auf Mißstände in der Berliner Waisenpflege zu lenken. — Werner bemerkte darauf: Die Anregung hinsichtlich der beiden letztgenannten Punkte werde der Vorstand als einen Fingerzeig für seine künftige Tätigkeit betrachten. Was die agitatorische Verwertung des Königsberger Prozesses betreffe, so seien die Vertrauensleute nach reichlicher Erwägung aller Umstände zu der Ansicht gekommen, daß zur fraglichen Zeit eine größere Zahl von Versammlungen aus diesem Anlaß nicht abgehalten werden konnten. — Diese Ansicht begründete auch Richard Fischer, indem er die Gründe, welche feinerzeit für eine gewisse Zurückhaltung in der agitatorischen Verwertung des Königsberger Prozesses sprachen, eingehend darlegte. — Nach Schluß der Diskussion wurden die Kassierer auf Antrag der Revisoren entlassen.

Den Bericht der Preßkommission erstattete Reier. Er verwies darauf, daß die Genossen durch die Besprechungen in den Jahlabenden auf dem Laufen den erhalten würden und er sich deshalb auf die Erörterung der letzten Vorgänge beschränken werde. Die meisten Beschwerden, welche an die Kommission gelangten, betrafen Äußerungen oder zeitweise Zurückhaltung in den Versammlungsberichten aus Gewerkschaften sowie aus den Vororten. Derartige Beschwerden seien meist zur Zufriedenheit der Beteiligten erledigt worden. Ein von russischen Genossen gestelltes Verlangen, die verschiedenen Richtungen der russischen Genossen im „Vorwärts“ ihre Ansichten vertreten zu lassen, hielt die Preßkommission nicht für angebracht. — Der Abonnementstand des „Vorwärts“ betrage jetzt 87 000. Im zweiten Wahlkreise werden 5033 Exemplare durch die Parteipostition verbreitet. Während das vorige Quartal einen Ueberschuß von 26 000 M. brachte, hat das letzte Quartal nur 9000 M. Ueberschuß gebracht. Das liege teils daran, daß die Inserateneinnahme im Sommer geringer zu sein pflege, andernteils habe die Berichterstattung über den Parteitag und den Königsberger Prozeß erhöhte Ausgaben verursacht. Die Klagen der Genossen aus den Vororten über zu geringe Verlesbarkeit ihrer örtlichen Angelegenheiten seien berechtigt, es müßten Mittel und Wege gefunden werden, um die Wünsche der Vororte zu befriedigen. In eine Verbilligung des „Vorwärts“, wie sie Genosse Fischer in einer schwachen Stunde in Aussicht gestellt habe, sei vorläufig nicht zu denken. Ein Antrag der Korrektoren auf Gehaltssteigerung sei abgelehnt worden. Es sei dringend zu wünschen, daß eine Gehaltsstala für die Angestellten in Parteigesellschaften geschaffen und dadurch die Gehaltsfrage ein für allemal geregelt werde.

Den Bericht der Agitationskommission erstattete Zinke. Er beschränkte sich auf eine kurze Besprechung der Verhältnisse in den dem zweiten Wahlkreise zugewiesenen Kreisen der Provinz. Im Kreise Kalau-Ludau lägen die Verhältnisse recht unglücklich, es sei jedoch zu hoffen, daß die Neuorganisation des Kreises eine Besserung bringen werde. Der Mangel an Sälen erschwere die Agitation durch Versammlungen. Nur in einzelnen Orten händen und Säle zur Verfügung. Der Kreis habe jetzt neun örtliche Partei-Organisationen mit 427 Mitgliedern. 27 000 Kalender und 5400 Exemplare der „Fadet“ seien im Kreise verbreitet worden. Die Parteizeitung „Märkische Volksstimme“ sei im Kreise noch wenig verbreitet, auf 18 sozialdemokratische Wähler komme erst ein Exemplar der Zeitung, es

soll deshalb eine lebhaftige Agitation für die Parteipresse im Kreise betrieben werden. — Ueber den Kreis Jandz-Velzig-Ludowalbe sei nicht viel zu sagen, der Kreis stehe gut da und liefere Geld an die Partei ab. Er habe 10 000 Kalender verbreitet, die „Fadet“ werde in 88 Orten verbreitet. Grempe, der als einziger Diskussionsredner zum Bericht das Wort nahm, sagte unter anderem: In der Provinz werde darüber geflagt, daß wir uns eben so wie andere Parteien nur vor den Wahlen um die Wähler in der Provinz kümmern. Es müsse auch zu anderen Zeiten agitiert werden. Die Annahme, daß die Sommermonate sich nicht zur Agitation in der Provinz eignen, treffe nicht allgemein zu. In manchen Orten werde die Agitation auch im Sommer Erfolg haben. Das richte sich ganz nach den Verhältnissen in den betreffenden Orten. Um diese kennen zu lernen, sei die Aufnahme einer Statistik zu empfehlen, wie sie der Wahlkreis Teltow-Beeslow veranstaltet und das Ergebnis derselben in einer Broschüre niedergelegt hat.

Zinke bemerkte dazu, die Statistik von Teltow-Beeslow sei zweifellos eine anerkannt wertvolle Arbeit, aber leider ständen nicht jedem Kreise die Kräfte zur Durchführung eines solchen Werkes zur Verfügung.

Den Bericht der Lokalkommission erstattete Schröder: Differenzen mit Gastwirten des Kreises hätten nicht vorgelegen. Die Kommission erledigte ihre Arbeiten in vier Sitzungen (während der letzten neun Monate), dreimal wurde eine Lokalliste herausgegeben, der Obmann erteilte in 59 Fällen persönliche Auskunft. Die Kommission hat 200,49 M. eingenommen, 62,05 M. ausgegeben, so daß ein Kassenbestand von 147,44 M. verbleibt. Der Redner erbatete die Genossen, welche Vereinspartien für den kommenden Sommer mit der Dampfmaschine Tömer vereinbaren wollen, dies dem Obmann der Lokalkommission mitzuteilen, weil mit Bezug darauf eine Angelegenheit zu regeln sei.

Hiermit waren die Berichte erledigt, die Versammlung nahm darauf die Neuwahl des Vorstandes und der Funktionäre des Kreises vor. Gemäß den Vorschriften der Bezirksführer-Versammlung wurden gewählt:

- 1. Vorsitzender: Berner, 2. Vorz. Schneider. 1. Kassierer Schmidt, 2. Kassierer Lohse. 1. Schriftführer Raumann, 2. Schriftführer Gutschmidt, Weißer Donath. Revisoren: Hinz, Hennig, Jwanzig. Preßkommission: Reier und König. Agitationskommission: Zinke. Lokalkommission: Schröder und Eisenhauer. Zeitungskommission: Michelsen, Schäfer, Käter. Schließlich nahm die Versammlung folgende Anträge an: Das Eintrittsgeld wird von 20 Pf. auf 10 Pf. herabgesetzt. — Dem ersten Kassierer ist ein Mantelgeld von 30 M., dem zweiten Kassierer ein solches von 20 M. vierteljährlich zu gewähren. — Ein Antrag, auch den Abteilungs-Kassierern 5 M. Mantelgeld zu gewähren, wurde nach kurzer Debatte abgelehnt.

Verband der Sattler. Am Mittwoch, den 2. November, tagte in den Arminiallen eine Mitgliederversammlung des Verbandes der Sattler, in welcher vom Kassierer Wehner die Abrechnung gegeben wurde. Nach derselben betrug die Einnahme und Ausgabe 7315,15 Mark. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme inklusive des Kassenbestandes vom vorigen Quartal von 7448,95 M., ihr gegenüber steht eine Ausgabe von 641,50 M., so daß ein Bestand von 6807,45 M. verbleibt. Die örtliche Verwaltung erforderte 1212,71 M. von dem ihr zustehenden 1753,24 M. und schließt mit einem Kassenbestand von 540,53 M. ab. Die Zahlstelle hatte am Schluß des Quartals 1538 Mitglieder. Von Wehner wurde angeregt, für die Ausgestaltung der Bibliothek eine größere Summe auszugeben; namentlich sollten die alten Lokalfassen der Branden etwas geben, sowie der Zentralvorstand. Der Vortrag der Genossen Bily Braun über „Wohnungsnot und Wohnungsreform“ wurde von der gut besuchten Versammlung beifällig aufgenommen. An der Diskussion beteiligten sich Channowsky, Marschlefsky, Müntner, Pasche, Schmidt und Hesse. Danach erfolgte die Diskussion über den Bericht. Während Wehner den guten Fortschritt der Ortsverwaltung hervorhob, tabelte er das Verhalten der Kollegen untereinander. Mit den persönlichen Streitigkeiten müsse es endlich aufhören; die Agitationskommissionen und die Ortsverwaltung haben erstere Missionen zu erfüllen, als solche Streitigkeiten zu schießen. Nach kurzer Diskussion erfolgte auf Antrag des Revisoren Putensohn die Decharge-Erteilung des Kassierers.

Johannisthal. Am Sonnabend, den 5. November, hielt der hiesige Wahlverein seine regelmäßige Monatsversammlung ab. Nach einem mit Beifall aufgenommenen Vortrag des Genossen Berner über „Die französische Revolution“ wurde die Auffstellung eines Kandidaten zur Gemeindevertretung an Stelle des von hier verzogenen Genossen Mertins vorgenommen und fiel die Wahl auf Hedderoth. In der am 18. d. M. in Tempelhof stattfindenden Kreis-Generalsammlung wurden Dühring, Pasche und Pein delegiert. Hierauf erfolgte die Befragung der Statistik über die Berufstätigkeit der einzelnen Mitglieder. Danach verteilten sich dieselben auf folgende Berufe: 35 Arbeiter, 8 Tischler, 5 Metallarbeiter, 2 Former, 2 Gastwirte; mit je einem Mitgliede sind folgende Berufe vertreten: Brauer, Böttcher, Büfettier, Dachdecker, Drechsler, Kohnhändler, Lagerhalter, Lederarbeiter, Maurer, Schachmacher, Schlächtermeister, Schmieb, Schneider, Schriftsetzer, Schuhmachermeister, Steinmetz, Bergolder. Der Verein zählt somit 69 Mitglieder, von denen 43 gewerkschaftlich organisiert sind.

Zentralverband der Handlungsgeschäften und Gehilfen Deutschlands (Bezirk Berlin). Heute, Donnerstag, den 10. November cr., im Reuen Klubhaus, Kommandantenstraße 72: Versammlung. Es spricht Kollege Julius Kallist über: „Die Fortbildungsschulen einst und jetzt“. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Die Ortsverwaltung.

Verband deutscher Barbier, Friseur- und Perückenmacher Gehilfen. Zweigverein Berlin. Sitzung Donnerstag, den 10. d. M., abends 10 Uhr, Holzmarktstr. 11.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Größter: 7 Uhr. C. P. 1. Soweit Ihre Schilberung erkennen läßt, sind die Forderungen auf beiden Seiten verjährt. — B. R. 37. Ein Schuldschein ist ein Beweismittel für die Schuld, aber keine Sicherung der Forderung. Sie können klagen und eventuell Pfänden lassen. Ihre Frage, ob Ihnen Ihr Geld verloren gehen wird, ist unmöglich zu beantworten. — Richter Konkurrenten. Ist die Frau ein Mitglied der Kasse geworden, hat sie nie ein Kaufmännisches unterzeichnet oder dergleichen, so kann sie der Kasse mit Ruhe entgegengehen.

Wasserstand am 8. November. Elbe bei Kuffig — 0,39 Meter, bei Dresden — 1,81 Meter, bei Magdeburg + 0,60 Meter. — Unkrut bei Strausfurt + 0,75 Meter. — Oder bei Rathor + 1,78 Meter, bei Breslau Ober-Pegel + 5,12 Meter, bei Breslau Unter-Pegel + 0,44 Meter, bei Frankfurt + 1,61 Meter. — Weichsel bei Brahmünde + 3,20 Meter. — Warthe bei Wosen + 0,18 Meter. Reye bei Wsch — Meter.

Witterungsübersicht vom 9. November 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. d. Tag	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. d. Tag
Spinnende	743	SSW	5	bedekt	6	Saparanda	747	NO	2	smolten	-15
Damburg	742	SSW	6	Regen	8	Hetersburg	744	OED	3	bedekt	-1
Berlin	747	SSW	3	Regen	6	Cort	—	—	—	—	—
Jena a. M.	756	SSW	6	bedekt	9	Werdeen	739	SSW	4	bedekt	7
München	761	SSW	7	bedekt	6	Paris	762	SSW	5	bedekt	9
Wien	758	SSW	6	wolfig	8	—	—	—	—	—	—

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 10. November 1904. Zunächst etwas wärmer, vorwiegend trübe mit Regenschauern und sehr lebhaften westlichen Winden; später zeitweise aufkarend. Berliner Wetterbureau.

W. Noacks Theater.

Direction: Rob. Dill. Brunnenstr. 10. Extra-Elite-Vorstellung: Zar und Zimmermann.

Das Arbeiterrecht

von Artur Stadthagen, Mitglied des Reichstags.

Die Rechtsverhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeiter haben durch die Gesetzgebung eine erhebliche Umgestaltung erfahren.

Arbeiterrecht

Die drei vollständig vergriffene Ausgaben zeigen von der wachsenden Bedeutung dieses Buches durch die wachsende Bevölkerung.

Preis geb. 7 Mark. Nach in 28 Lieferungen a 20 Pf. Zu beziehen durch Buchhandlung Vorwärts.

Allen Kollegen hierdurch zur Mitteilung...

Otto Wunsch am Sonntagabend nach schwerer Operation plötzlich verstorben ist.

Dr. Simmel, Spezialarzt für Haut- und Hautleiden.

Kredit. Monatlich. 10 Mark. Keine Vorauszahlung.

Eine Mark. Täglich. Fertige Herren-Moden. Spezialgeschäft für Herren-Bekleidung.

Sozialdemokratischer Wahlverein

6. Berliner Reichstagswahlkreis. Todes-Anzeige. Am 6. d. M. verstarb unser Mitglied...

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied...

Arbeiter - Radfahrerverein Marienfelde. Sonnabend, 12. November, abds. 8 1/2 Uhr, im Tempelhofer Abt.

Zentralverband der Handlungs-

gehülfen u. Gehülfinnen Deutschl. Bezirk Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Montag, den 7. Nov., unser Kollege...

Sozialdemokratischer Wahlverein im 3. Berl. Reichstagswahlkreis. Todes-Anzeige.

Bauanschläger!

Freitag, den 11. d. M., abends 8 Uhr, bei Franke, Seckelfustr. 39. Außerordentliche Generalversammlung.

Zentralverband der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter Deutschlands. Ortsverwaltung Berlin I.

Ordnung. Tages-Ordnung: 1. Mitteilung, 2. Kassen- und Arbeitsnachweis-Bericht...

Fachverein der Tischler Berlins und Umgegend. Donnerstag, 10. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Kleinitz.

General-Versammlung. Die Pünktlichkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Mitglieder.

Das beste und beliebteste aller Hustenmittel. Spitzweggerichth-Bonbons.

Table with lottery results for 2. Biehung 5. Klasse 211. Rgl. Preuss. Lotterie. Includes numbers and winning amounts.

Table with lottery results for 2. Biehung 5. Klasse 211. Rgl. Preuss. Lotterie. Includes numbers and winning amounts.

Table with lottery results for 2. Biehung 5. Klasse 211. Rgl. Preuss. Lotterie. Includes numbers and winning amounts.

